

8609

Stenographisches Protokoll

97. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 26. Juni 1985

Tagesordnung

Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 8611)

Entschuldigung (S. 8611)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 8611)

Verhandlungen

Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 8611)

Bundesminister Dr. Vranitzky (S. 8620)

Durchführung einer Debatte gemäß § 81 der Geschäftsordnung (S. 8626)

Redner:

Ing. Sallinger (S. 8626),
Mühlbacher (S. 8632),
Grabher-Meyer (S. 8637),
Dr. Taus (S. 8644),
Dr. Nowotny (S. 8654),
Ing. Derfler (S. 8659),
Haigermoser (S. 8663),
Dr. Steidl (S. 8666),
Dr. Veselsky (S. 8669),
Burgstaller (S. 8670),
Ing. Ressel (S. 8672) und
Dr. Helga Rabl-Stadler (S. 8674)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Wanda Brunner, Dr. Reinhart, Weinberger, Dr. Lenzi, Mag. Guggenberger, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Säuglingssterblichkeit in Österreich (1445/J)

ger, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Säuglingssterblichkeit in Österreich (1445/J)

Wanda Brunner, Dr. Reinhart, Weinberger, Dr. Lenzi, Mag. Guggenberger, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Säuglingsnahrung (1446/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1447/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1448/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1449/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1450/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1451/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1452/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1453/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1454/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1455/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1456/J)

595

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1457/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1458/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Wis-

senschaft und Forschung betreffend Personalentwicklung und Überstunden (1459/J)

Dr. Nowotny und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Beitritt Österreichs zur Europäischen Raumfahrtorganisation (1460/J)

Elmecker und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die zu erwartende Streichung der Mühlkreis-Schnellstraße S 21 aus dem Bundesstraßengesetz (1461/J)

Beginn der Sitzung: 12 Uhr 10 Minuten

Vorsitzende: Präsident Benya, Dritter Präsident Dr. Stix.

Präsident Dr. Stix: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ing. Gassner, Mag. Minkowitsch, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Fauland und Prechtl.

Entschuldigt hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Jankowitsch.

Zuweisungen

Präsident Dr. Stix: Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 152/A der Abgeordneten Deutschmann, Pfeifer, Hintermayer und Genossen betreffend Marktordnungsgesetz-Novelle 1985 weise ich dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zu.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebührenzulagengesetz und die Bundesforste-Dienstordnung geändert werden (8. Pensionsgesetz-Novelle; 6. Nebengebührenzulagengesetz-Novelle; Bundesforste-Dienstordnungsnovelle 1985) (667 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Finanzstrafgesetz geändert wird (Finanzstrafgesetznovelle 1985) (668 der Beilagen);

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Bundesgesetz, mit dem das Forstgesetz 1975 geändert wird (Forstgesetz-Novelle 1985) (669 der Beilagen),

Bundesgesetz über den Verkehr mit Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln (Düngemittelgesetz) (670 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungs-

akademiegesezt geändert wird (2. Verwaltungsakademiegesezt-Novelle) (674 der Beilagen), und

dem Justizausschuß:

Bundesgesetz über zivilrechtliche Bestimmungen zur Förderung der Jugendwohlfahrt (677 der Beilagen).

Ferner weise ich das Volksbegehren über ein Bundesgesetz, mit dem das Zivildienstgesetz geändert wird (683 der Beilagen), dem Ausschuß für innere Angelegenheiten zu.

Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Präsident Dr. Stix: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt: Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage.

Ich erteile zunächst dem Herrn Bundeskanzler das Wort.

12.13

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Als ich im Mai 1983 das Arbeitsprogramm der neuen Koalitionsregierung vorlegte, befand sich Österreich in einer wirtschaftlich außerordentlich schwierigen Situation. Im Jahre 1980 hatte es zum letzten Mal ein befriedigendes Wirtschaftswachstum gegeben. Seither stagnierte die Wirtschaft, nicht nur in Österreich, sondern weltweit. Im Verlauf dieser — wie sich später herausstellte — längsten Rezession seit Ende des Zweiten Weltkrieges stieg auch in Österreich die Arbeitslosenrate über die Drei-Prozent-Grenze, und, was besonders bedrückend war, sie stieg mit jährlichen Zuwachsraten von rund einem Prozentpunkt. Gleichzeitig drohte auch der Kreditbedarf des Bundes zu explodieren. Nach 28 Milliarden Schilling im Jahr 1981 kam es 1982 und 1983 mit 47 beziehungsweise 66 Milliarden Schilling zu einer Verdoppelung des Nettodefizits.

Die Konjunktursituation erschwerte aber auch die strukturell ohnehin schwierige Finanzierung der Pensionsversicherung, womit ein weiteres Element der Unsicherheit geschaffen war.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Gleichzeitig erreichte die internationale Krise der Grundstoffindustrie einen neuen Höhepunkt mit den bekannten Auswirkungen auf die Bilanzen der in diesem Bereich tätigen österreichischen verstaatlichten Unternehmen.

Weltweit war die Lage jedenfalls alles andere als erfreulich. Man stand im dritten Jahr der Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenziffern stiegen überall dramatisch an, die Schuldenlast begann für eine Reihe von Staaten untragbar zu werden, die Firmenzusammenbrüche mehrten sich, und die hohen Zinssätze waren für viele Unternehmen nicht mehr zu verkraften. Die Zukunftsaussichten wurden allgemein als schlecht beurteilt.

Seit Mitte der siebziger Jahre war klarge worden, daß die permanente und ungebrochene wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Nachkriegszeit zu Ende war. Es gab sozusagen wieder das klassische Konjunkturmuster, wenn auch mit halbierten Wachstumsraten. Aber diese mehrjährige Stagnationsphase der beginnenden achtziger Jahre war eine völlig neue Erfahrung. Die Menschen waren darauf nicht vorbereitet, sie reagierten mit Unsicherheit und Angst. Die Zukunft wurde pessimistisch beurteilt wie noch nie zuvor, und allgemein hieß es, der österreichische Traum von der Insel der Seligen sei ausgeträumt.

Zu dieser wirtschaftlichen und subjektiven Unsicherheit kam — ich gebe es offen zu — noch eine politische Instabilität. Das Ende der 13jährigen Alleinregierung der SPÖ, der Antritt der neuen, noch unerprobten Koalitionsregierung aus SPÖ und FPÖ boten bei vielen Menschen Anlaß zu Skepsis. Die Frage war, ob diese Koalitionsregierung in der Lage sei, die wichtigen anstehenden Probleme der unmittelbaren Zukunft zu lösen.

Und in der Tat, die Zeit drängte nach raschen wirtschaftlichen Entscheidungen. Vier wichtige Fragen waren zuerst anzugehen: die Konsolidierung des Bundeshaushaltes, die Reform der Pensionsversicherung, der Strukturwandel der heimischen Industrie und die Sicherung unserer Umwelt.

Der gezielte Einsatz des Staatshaushalts zur Konjunktursteuerung ist seit vielen Jahren einer der wichtigsten Eckpfeiler der österreichischen Wirtschaftspolitik. Nicht zuletzt mit dieser Politik des Austro-Keynesianismus hatte es Österreich in den siebziger Jahren verstanden, die negativen Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung in anderen Ländern

von sich abzuwehren. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Daß es bei uns lange dauerte, bis man zur Kenntnis nahm, daß es in anderen Ländern Wirtschaftskrisen gab, hat seinen Grund in unserer österreichischen Situation. Daß es in anderen Ländern Wirtschaftskrisen gab, wußte man bei uns eigentlich nur aus den Medien. Der Österreicher selbst war davon nicht betroffen. Als in anderen Ländern bereits Einkommenseinbußen zu verzeichnen waren und die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellte, meldete Österreich noch neue Beschäftigtenrekorde und reale Einkommenszuwächse.

Für diese Wirtschaftspolitik ist Österreich im Ausland immer sehr gelobt worden, und eine Reihe von Wissenschaftlern und Politikern hat versucht, das österreichische Phänomen der wirtschaftlichen Stabilität zu untersuchen und, wenn möglich, auf andere Länder zu übertragen. Mit Recht sind wir auf diese Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre stolz gewesen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Hohes Haus! Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eines klarstellen: Diese damalige Form des Austro-Keynesianismus war die Rezeptur für die Probleme der siebziger Jahre. Der Erfolg dieses „Deficit-Spendings“ hatte aber zur Voraussetzung, daß nur kurzfristige wirtschaftliche Schwankungen ausgeglichen werden mußten. Die Formel vom Durchtauchen durch die Krise symbolisiert diese Zielsetzung ja sehr gut. Für eine längerfristige Stagnation, wie sie am Beginn der achtziger Jahre eintrat, war jedoch dieses System nie gedacht.

Der gezielte Einsatz des Bundesbudgets zur Konjunktursteuerung erfordert nämlich auch, daß es zwischendurch Phasen gibt, in denen die Regeneration des Bundeshaushalts wieder möglich ist. Da dies nicht in ausreichendem Maße gegeben war, ging der budgetäre Spielraum zur Konjunktursteuerung allmählich verloren, und als Folge traten die explodierenden Budgetdefizite der frühen achtziger Jahre auf.

Aufgrund der bekannten Trends bei den verschiedenen Ausgabengruppen sowie aufgrund der zu erwartenden wirtschaftlichen Situation mußte man davon ausgehen, daß bei gegebener Budgetstruktur der Überhang der Ausgaben über die Einnahmen weiter rapid ansteigen würde. Dies hätte aber nicht nur die österreichische Position auf den internationalen Kreditmärkten gefährdet, sondern unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Budgetdefizite hervorgeru-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

fen. Dringende Sanierungsmaßnahmen waren daher notwendig.

Die Bundesregierung hat daher unmittelbar nach ihrer Bestätigung durch das Parlament damit begonnen, die Budgetkonsolidierung einzuleiten. Mit dem Maßnahmenpaket vom September 1983 wurde dafür die Grundlage geschaffen.

Hohes Haus! Ich kann es mir heute ersparen, auf die Details des damaligen Maßnahmenpaketes einzugehen. Es war — und ich bekenne mich dazu — ein sehr massiver Eingriff vor allem im steuerlichen Bereich, und die Kritik war beträchtlich. Heute sehen wir, daß der damals eingeschlagene Weg richtig war. Der Budgetabgang konnte auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden, die Konsolidierung unserer Staatsfinanzen führte nicht zu dem prophezeiten Wachstumseinbruch, und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen blieb, wie die jüngsten Exporterfolge zeigen, ungefährdet.

Ebenfalls noch im Herbst 1983 mußte der Strukturwandel der verstaatlichten Industrie auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Die verstaatlichte Industrie Österreichs arbeitet zu einem großen Teil im Grundstoffbereich, der sich europaweit seit Mitte der siebziger Jahre in einer schweren Krise befindet. Die Stahlerzeugung war damals so gut wie nirgends kostendeckend, gleichgültig, ob es sich um verstaatlichte oder um private Unternehmen handelte. Bezogen auf die Tonne Stahl, war der Subventionsbedarf in Österreich sogar geringer als zum Beispiel in den EG-Ländern.

Aus dieser Situation heraus galt es, die nötigen Umstrukturierungen voranzutreiben mit der Zielsetzung, einerseits eine lebensfähige Finalindustrie aufzubauen und andererseits die Kapazitäten im Grundstoffbereich zu reduzieren und die Produktion zu modernisieren.

Bei Realisierung dieser Zielsetzung haben wir jedoch niemals die Tatsache aus den Augen verloren, daß hinter den modernen Schlagworten von der Umstrukturierung und der Redimensionierung das Schicksal Zehntausender Menschen steht, für die wir die Verantwortung tragen und die wir nicht einfach aus den Betrieben mit den Worten nach Hause schicken können, daß sie nicht mehr gebraucht werden. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Die für die Umstrukturierung notwendigen Mittel in der Höhe von 16,6 Milliarden Schil-

ling wurden im Herbst 1983 vom Parlament mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien beschlossen. Die positiven Auswirkungen dieser Mittelführung zeigen sich bereits heute. Fast alle Unternehmungen der verstaatlichten Industrie — sieht man vom Stahlbereich ab — konnten aus der Verlustzone geführt werden. Es muß aber mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die zur Verfügung gestellten Mittel keineswegs nur der Verlustabdeckung dienten. Sie wurden auch dazu verwendet, die verstaatlichte Industrie in die Bereiche der Hochtechnologie einzuführen. Hier verweise ich ganz besonders auf die Investitionen der VOEST-Alpine im Bereich der Mikroelektronik.

Das dritte große Problem, meine Damen und Herren, das auf die neue Bundesregierung zukam, war die finanzielle Situation der Pensionsversicherung. Infolge der abnehmenden Beschäftigung auf der einen Seite, der weniger rasch steigenden Einnahmen und der steigenden Zahl von Pensionisten auf der anderen Seite ergab sich eine rasch wachsende Unterdeckung der Ausgaben. Dies betraf unmittelbar den Staatshaushalt, weil der Bund verpflichtet ist, den gesamten Abgang zu decken.

Bei der Diskussion über die Reform der Pensionsversicherung war sich die Bundesregierung der Tatsache stets bewußt, daß hinter dem technokratischen Schlagwort „Pensionsreform“ das Schicksal vieler Hunderttausender Österreicher steht, die ihr Leben lang schwer gearbeitet haben und die ein Recht haben, ihren Lebensabend ohne finanzielle Sorgen zu verbringen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Dieses hohe Maß an Verantwortung, das den Entscheidungen zugrunde lag, brachte es mit sich, daß die Diskussion über die Reform der Pensionsversicherung einen längeren Zeitraum in Anspruch nahm. Dies führte verständlicherweise bei den Betroffenen zu einer gewissen Verunsicherung. Heute kann ich Ihnen sagen, daß mich damals viele Pensionisten gefragt haben, wie es mit ihren Pensionen weitergehen soll.

Aber wir haben auch diese schwierige Problematik mit der 40. Novelle zum ASVG bewältigt. Mit dieser Reform konnte die Finanzierung der Pensionsversicherung bis in die neunziger Jahre gesichert werden. Heute, ein halbes Jahr nach Inkrafttreten der Novelle, spricht niemand mehr davon, wie es damals gerne formuliert worden war, daß die Bundesregierung einen Anschlag auf die

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Brieftaschen der Pensionisten vorhabe. Die Menschen haben verstanden, daß es das Streben um die Sicherung der Pensionen war, das die Bundesregierung zu dieser Finanzierungsreform veranlaßt hat. Und sie haben verstanden, daß die Pensionen nicht durch große Worte, sondern nur durch verantwortungsbewußtes Handeln gesichert werden können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Österreich ist heute wieder in einer wirtschaftlichen Position, um die uns viele Länder beneiden. Wir befinden uns mitten in einem Konjunkturaufschwung. Das Wachstum wird in diesem Jahr drei Prozent erreichen, das ist mehr als in den vergangenen fünf Jahren. Die Arbeitslosenrate hat sich stabilisiert, und die Zahl der Beschäftigten wächst sogar schon wieder. Obwohl die Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts die Inflationsrate im Jahre 1984 ansteigen ließen, gelang es durch eine besonnene Einkommenspolitik, Österreich wieder zu einem der preisstabilsten Länder der Welt zu machen.

Mehr denn je gelingt es unseren Unternehmen, ihre Produkte im Ausland abzusetzen, sodaß Österreich derzeit auf den Weltmärkten Marktanteile gewinnt. Die Investitionsbereitschaft der heimischen Wirtschaft wächst, unsere Unternehmen investieren so viel wie schon seit Jahren nicht mehr. Der wirtschaftliche Optimismus ist wieder eingekehrt, und die Menschen blicken wieder zuversichtlicher in die Zukunft. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das alles wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Menschen dieses Landes mit ihrem Fleiß und ihrer Leistungsbereitschaft dazu beigetragen hätten. Es wäre aber genauso nicht möglich gewesen, wenn die neue Regierung nicht den Mut aufgebracht hätte, auch unpopuläre Maßnahmen zu setzen. Ich gebe gerne zu, daß es für mich auch angenehmer gewesen wäre, Steuersenkungen, soziale Reformen oder andere wirtschaftspolitische Maßnahmen beschließen zu können, die letztendlich zu einer weiteren Verbesserung des materiellen Lebensstandards der Bevölkerung geführt hätten. Aber eine verantwortungsvolle Politik — das habe ich hier immer wieder gesagt — muß so handeln, wie es im Interesse des Landes und seiner Menschen notwendig ist, auch wenn das in schwierigen Zeiten Opfer abverlangt.

Diesem Grundsatz verpflichtet, haben wir uns in den vergangenen zwei Jahren nicht

gescheut, heiße Eisen anzupacken, Tabus zu durchbrechen und Unpopuläres zu entscheiden. Und Sie können versichert sein, meine Damen und Herren Abgeordneten, daß wir auch in den nächsten zwei Jahren bis zum Ende dieser Legislaturperiode die Notwendigkeiten des Staates und das Wohl der Bevölkerung über persönliche Popularität und Parteieninteressen stellen werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es ist weder meine Absicht, hier in Euphorie zu verfallen noch Schönfärberei zu betreiben. Ich sage, wie es ist, und ich verschweige auch nicht die Gefahren und die Probleme, die weiterhin bestehen und gegen die wir uns rüsten müssen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine grundsätzliche Klarstellung treffen. Ein moderner Industriestaat wie Österreich kann in wirtschaftlicher Hinsicht keine Insel der Seligen im stürmischen Meer sein. Zu stark sind wir heute mit der Weltwirtschaft verflochten, als daß wir uns der Illusion hingeben könnten, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung ausschließlich in unserer eigenen Hand liegt. Wir verdienen mehr als ein Drittel unseres gesamten volkswirtschaftlichen Einkommens durch den Export oder durch den Fremdenverkehr. Im Guten wie im Schlechten sind wir daher mit dem Ausland verbunden. Es ist das Wesen einer modernen Industriegesellschaft, daß Entwicklungen nicht an Staatsgrenzen haltmachen.

Diese enge Verbundenheit mit der Außenwelt eröffnet uns aber auch beachtliche Chancen, meine Damen und Herren. Gar nicht so wenige österreichische Firmen sind heute in der Lage, sich auf den Weltmärkten zu behaupten und technologische Akzente zu setzen. In umweltpolitischer Hinsicht etwa haben wir ganz bewußt infolge unserer geographisch exponierten Lage eine Schrittmacherrolle für Europa übernommen. Und nicht zuletzt können wir in sozialer Hinsicht anderen Ländern zeigen, wie wichtig ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat für ein Leben in Freiheit und Sicherheit ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Ich möchte mich nun den wichtigsten Aufgaben zuwenden, die es in den nächsten Jahren zu lösen gibt. Im Mittelpunkt werden dabei zweifellos Fragen des Umweltschutzes, des Strukturwandels unserer Wirtschaft, der Konsolidierung der Staatsfinanzen sowie der Arbeitsmarktentwicklung stehen.

Wir haben die Aufgabe der Wahrung der Umwelt in den Verfassungsrang erhoben und

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

damit ein wichtiges Signal gegeben. Daß das keine bloße Farce war, zeigt, daß allein schon die Aufzählung der seit 1983 gesetzten Umweltaktivitäten einen eigenen Bericht rechtfertigen würde. Umso mehr kann ich mich heute auf die wesentlichsten Maßnahmen beziehen. Mit der Schaffung des Umweltfonds, dessen Aufgabe es ist, den Industrieunternehmen und Gewerbebetrieben bei der Beseitigung und Vermeidung von Umweltgefährdungen finanziell zu helfen, konnte allein in dem einen Jahr seines Bestehens ein Umweltschutzinvestitionsvolumen in der Höhe von 6,5 Milliarden Schilling in Gang gesetzt werden. Der Wasserwirtschaftsfonds, ein seit vielen Jahren bestehendes Instrument, wird jetzt immer stärker für umweltschutzpolitische Aktivitäten eingesetzt. Er ist heute das Instrument zur Abwasserreinigung und zur Finanzierung von Kanalisationsanlagen.

Mit der sogenannten Zweiten Durchführungsverordnung zum Dampfkesselemissionsgesetz im Sommer 1984 begann auch dieses Instrument, das erst 1981 geschaffen worden war, voll zu wirken. Mit diesem Gesetz werden für verschiedene Luftschadstoffe Grenzwerte entsprechend dem Stand der Technik festgelegt, so daß rund 5 000 Dampfkesselanlagen ihre Emissionen nach diesen Grenzwerten beschränken müssen. Nicht zuletzt durch dieses Gesetz konnte der Schwefeldioxidausstoß aus Dampfkesselanlagen von 1980 bis heute um rund ein Drittel reduziert werden.

Weiters haben wir als erstes Land Europas die niedrigen amerikanischen Grenzwerte für Schadstoffe aus Kraftfahrzeugen verbindlich beschlossen, wobei in einer Übergangsphase das Umsteigen auf schadstoffarme Autos mit einer staatlichen Prämie gefördert wird. Hand in Hand mit dieser sogenannten Katalysatorlösung ging die Einführung von unverbleitem Normalbenzin, die heute schon fast vollständig abgeschlossen ist. 97 Prozent der österreichischen Tankstellen führen heute bereits unverbleites Normalbenzin.

Ohne Übertreibung können wir mit Stolz darauf verweisen, daß Österreich mit seinen Bemühungen, die Umweltsünden der Vergangenheit zu beseitigen, Vorreiter einer europäischen Entwicklung ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Aber, meine Damen und Herren, auch hier ein offenes Wort: Ich will in diesem Zusammenhang weder schönfärben noch den Eindruck vermitteln, daß es genüge, sich auf den

eigenen Lorbeeren auszuruhen. Nach wie vor steht uns harte Arbeit bevor, Arbeit, die rasch erledigt werden muß.

Ich möchte diese Ausführungen im Hinblick auf die Umweltschutzaktivitäten der Bundesregierung nicht beenden, ohne vorher noch zwei der wesentlichsten Fragen, die uns in diesem Bereich beschäftigen, anzusprechen. Eines der ganz großen Probleme unserer Zeit ist, wie Sie wissen, die Abfallbeseitigung und hier insbesondere der sogenannte Sondermüll. Dieser Themenkomplex ist deswegen so brisant, weil weder die Deponierung des Sondermülls noch seine Verbrennung ohne die neuerliche Entstehung zum Teil gefährlicher Schadstoffe vor sich gehen kann. Die Bundesregierung hat im Bewußtsein dieser Materie vor rund eineinhalb Jahren das Sondermüllgesetz verabschiedet, und sie wird bis zum Jahresende ein Sondermüllkonzept vorlegen.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Feststellung: Bei der Präsentation des Sondermüllkonzeptes kann es nicht damit getan sein, daß der Umweltschutzminister und seine Mitarbeiter eine entsprechende Regelung vorbereiten, deren Realisierung dann aber am Einspruch der Länder und Gemeinden scheitert. Wir müssen uns im klaren sein, daß die Entsorgung der gefährlichen Abfallstoffe weder im Weltraum noch auf dem Mond stattfinden kann und daß auch nicht im Export dieser Schadstoffe die Lösung gefunden werden kann. Sondermüllentsorgung muß in Österreich, muß im Rahmen von Landesgrenzen, muß in bestehenden Gemeinden stattfinden. Ich möchte schon heute an alle verantwortungsbewußten Politiker des Landes appellieren, bei diesem Problem nicht nach dem bekannten Floriani-Prinzip vorzugehen, wonach — wie es einmal ein steirischer Landespolitiker formulierte — der Müll überall deponiert werden könne, nur nicht im eigenen Bundesland. Die Umwelt ist ein zu kostbares Gut, als daß es zum Spielball heuchlerischer Parteienstreitereien werden darf. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Das zweite Vorhaben der Bundesregierung, das ich im Rahmen dieses Berichtes anführen möchte, stellt die Verlagerung des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene dar. Ich erinnere an die enorme Transitbelastung Österreichs im Straßengüterverkehr. Allein durch das Inntal sind heute täglich mehr als 3 000 Lkw zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien unterwegs. Für eine erste Verlagerungsphase haben dazu die Österreichischen Bundesbahnen und die

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

benachbarten Eisenbahnverwaltungen attraktive Lösungen entwickelt, wie etwa den „Huckepackverkehr“, das Projekt der „Rollenden Landstraße“ und des „Kombinierten Verkehrs“. Alle mit dieser Materie befaßten Regierungsmitglieder haben bei ihren Kontakten mit Ressortkollegen im Ausland unmißverständlich darauf hingewiesen, daß Österreich nicht gewillt ist, die einseitige Straßentransitbelastung auf Dauer zu akzeptieren oder gar neue Straßentransitrouten durch Österreich bereitzustellen. Wir werden aber die Schieneninfrastruktur verstärkt ausbauen und erwarten dies auch von unseren Nachbarstaaten und von den EG, wenn diese ihren Güteraustausch über österreichisches Gebiet weiterhin sichergestellt wissen wollen.

Lassen Sie mich diesen Abschnitt über die Umweltpolitik mit einer grundsätzlichen Bemerkung abschließen. Ich habe nie verschwiegen, daß die Bundesregierung zwar Normen und Grenzwerte festlegen kann, daß sie selbstverständlich bereit ist, öffentliche Gelder für Umweltschutzaktivitäten zur Verfügung zu stellen, daß aber Umweltschutz in keinem Fall kostenlos sein kann. Ich möchte dies klar und deutlich nochmals wiederholen: Die Erhaltung und Verbesserung der Umwelt, die Beseitigung von Umweltschäden sind nicht zum Nulltarif möglich. Gleichgültig ob es um Umweltschutzmaßnahmen bei der Energieerzeugung geht, ob es sich um den Einbau von Katalysatoren in Kraftwerken und in Fahrzeugen handelt, ob es die Rauchgasentschwefelung großer Anlagen oder die Schwefelabsenkung im Heizöl betrifft, das alles ist nicht umsonst. Wir alle müssen dafür unseren Beitrag leisten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Diesen Kosten, meine Damen und Herren, stehen aber nicht zu unterschätzende Vorteile gegenüber. Die Erhaltung unserer Umwelt als Wert für sich liegt auf der Hand. Aber wir können auch wirtschaftliche Vorteile verbuchen, wenn wir hier konsequent und zügig an die Arbeit gehen. Österreich ist dabei, auf fast allen Gebieten die fortschrittlichsten Normen für Europa festzulegen. Dies bedeutet Chance und Herausforderung für die österreichische Industrie, für den Aufbau einer neuen Umweltindustrie. Schon heute können wir sagen, daß es eine Reihe von Unternehmen gibt, die auf diesem Gebiet Großartiges leisten. Die österreichischen Normen werden dazu führen, daß diese Unternehmen sehr bald eigenständige Lösungen für Umweltprobleme entwickeln werden, die dann ihrerseits wieder zu Wettbewerbsvorteilen auf den internationalen Märkten führen. Noch haben wir

Zeit, die Kosten-Nutzen-Bilanz der Umweltpolitik zu unseren Gunsten zu beeinflussen. Noch haben wir die Möglichkeit, daß unter dem Strich auch ein ökonomischer Vorteil herauskommt. Wir dürfen uns diese Chance nicht entgehen lassen!

Meine Damen und Herren! Der Aufbau einer neuen Umweltindustrie ist auch Bestandteil der künftigen Wirtschaftsstruktur. Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie erfordert es, daß den Unternehmen alle denkbaren Unterstützungen angeboten und daß tragende Impulse zur Strukturverbesserung gesetzt werden. Wir müssen versuchen, in jene zukunftssträchtigen Wirtschaftszweige hineinzukommen, für die Österreich auf Grund seiner Wirtschaftsstruktur und Tradition Vorteile zu bieten hat. Außer der Umwelttechnologie selbst kommt hier die Entwicklung neuer Werkstoffe in Frage, die die Voraussetzung darstellen für technisch bessere, ökonomisch günstigere und im Hinblick auf gesellschaftliche und ökologische Auswirkungen akzeptable Problemlösungen. Die Werkstofftechnologie ist ebenso eine Schlüsseltechnologie wie die Biotechnologie, wo Österreich sowohl auf Unternehmen der konventionellen Biotechnologie als auch der neuen Biotechnologien wie Gentechnik, Zellkulturen und Herstellung neuer Fermentatoren zurückgreifen kann.

Im Bereich der Mikroelektronik konnte durch eine gezielte Betriebsansiedlungspolitik in Österreich die Produktionsaufnahme mehrerer international tätiger Unternehmen bereits erreicht werden. In Zukunft ist die Erstellung von Software für große und kleine Systeme von besonderer Bedeutung. Damit ist es auch einem kleinen Land möglich, ohne große materielle Investitionen anspruchsvolle Aufgaben zu finden. Da die Gesamtkosten von EDV-Systemen in zunehmendem Ausmaß von der Software bestimmt werden, steigen dadurch die Wertschöpfungsmöglichkeiten und die Chancen auch für jene Länder, die keine Großrechner herstellen.

Ein weiteres Gebiet wäre das Gebiet der Industrieroboter und der flexiblen Automation. Auf diesem Markt werden auf lange Sicht nur jene Anbieter Erfolg haben, die neben dem Roboter komplette Problemlösungen liefern können. Um die Fertigungsabläufe bei kleineren und mittleren Stückzahlen besser in den Griff zu bekommen, werden neue Produktionsmethoden entwickelt, die die Bereiche der Fertigungsstruktur, der Bearbeitungsprozesse, der Fertigungssteuerung und die der Fertigung vorgelagerten Bereiche einbeziehen und automatisieren.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Konsolidierung des Bundesbudgets von Anfang an eines der Hauptanliegen der Bundesregierung gewesen ist. Die Verbesserung der Budgetstrukturen ist jedoch nicht mit einem Federstrich erledigt. Es ist die ständige Aufgabe der Bundesregierung, die Strukturen des Bundeshaushalts, die Einnahmen wie die Ausgaben, entsprechend den gesellschaftlichen und politischen Verpflichtungen festzulegen und für ein wirtschaftlich vertretbares Gesamtbudget zu sorgen. Diese Aufgabe ist in den letzten Jahren — ich gebe es zu — sicher nicht leichter geworden.

Aber einen günstigen Zeitpunkt zur Budgetkonsolidierung, und dies ist meine Erfahrung aus einer fast 14jährigen Regierungstätigkeit, gibt es nicht. Die Jahre 1985 und 1986 bieten sich allerdings schon deswegen an, weil in diesen beiden Jahren weltweit positive Wachstumsraten der Wirtschaft zu erwarten sind und jedenfalls in Österreich auf dem Arbeitsmarkt keine gravierenden Probleme auftreten werden. Das heißt, um für künftige Konjunkturschwankungen flexibel genug sein zu können, um einen entsprechenden konjunkturpolitischen Manövrierspielraum zu haben, benötigen wir die Fortsetzung der Budgetkonsolidierung.

Eine Einschränkung der Budgetdefizite ist auf der anderen Seite aber nur dann möglich, wenn es nicht gleichzeitig zu einer Steuersenkung kommt. In den vergangenen 15 Jahren hat die Bundesregierung wiederholt bewiesen, daß sie nicht prinzipiell gegen Steuersenkungen eintritt. Wann immer dies aus sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Gründen notwendig und möglich gewesen ist, hat die Bundesregierung eine Steuersenkung durchgeführt. Dies war in den Jahren 1971, 1973, 1975, 1979 und 1982/83 der Fall. Heute aber stehe ich nicht an festzustellen, daß für mich eine Steuersenkung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vertretbar ist. Sie würde den Staat, und zwar nicht nur den Bund, sondern auch die Länder und die Gemeinden, einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten und dem einzelnen Bürger vielleicht eine Steuersparnis von 100 bis 200 S im Monat bringen. Dieser kleine erreichbare Steuervorteil des einzelnen steht in keinem Verhältnis zu dem, was der Staat durch den konzentrierten Einsatz dieser Gelder zu Zwecken der Budgetkonsolidierung und zur Konjunktursteuerung und damit für die soziale und wirtschaftliche Absicherung des einzelnen Bürgers zu leisten imstande ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich mir erlauben, eine Bemerkung zu machen. Ich halte es sachlich nicht für gerechtfertigt, die steuerlichen Belastungen stets von dem zu trennen, was mit den Steuergeldern für die Gemeinschaft gestaltet wird. Es scheint mir geboten, auf einen an sich einfachen Zusammenhang hinzuweisen: Die Steuern sind die wichtigsten Einnahmequellen des Staates, der mit diesen Geldern eine Reihe von Leistungen für die Staatsbürger erbringt. Ob es sich dabei etwa um die grundsätzlichen Fragen der Sicherheit und Landesverteidigung oder um Maßnahmen zur sozialen Sicherheit, zur wirtschaftlichen Stabilität, zur Bildung, zur medizinischen Versorgung oder zur Umverteilung handelt: Die Steuergelder fließen einer sinnvollen Verwendung zu und dienen dem Wohl und dem Fortschritt unseres Landes und seiner Menschen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich halte es daher für ein Gebot der Redlichkeit, der Steuerbelastung die Leistungen des Staates für den einzelnen gegenüberzustellen. Diese Kosten-Nutzen-Rechnung ist zugegebenermaßen in vielen Einzelfällen nicht leicht möglich. Ich möchte aber einen Punkt herausgreifen. Familien erhalten in Österreich Familienbeihilfen, die im internationalen Vergleich nicht unbeträchtlich sind. Bringt man von der Steuerbelastung eines Industriearbeiters mit einem durchschnittlichen Einkommen und zwei Kindern die Familienbeihilfe in Abzug, so kommt man im internationalen Vergleich der OECD auf ein für Österreich sehr erfreuliches Ergebnis. Diesem Industriearbeiter verbleiben in Österreich nach Abzug der Steuern und nach Hinzufügung der Kinderbeihilfe 92 Prozent seines Bruttoeinkommens. Nur in Luxemburg und in Frankreich bleibt dem Industriearbeiter mit 94 Prozent und 93 Prozent seines Bruttoeinkommens etwas mehr. In allen anderen Staaten fällt dieser Vergleich für den Industriearbeiter ungünstiger aus.

Eine andere Untersuchung rückt übrigens auch die Steuerbelastung für Ledige ins rechte Licht. Hier sind die japanischen Arbeitnehmer am günstigsten gestellt. Ihnen verbleiben vom Bruttoeinkommen nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben 86 Prozent. Österreich liegt hinter der Schweiz, Italien und Frankreich an fünfter Stelle. Einem ledigen Industriearbeiter mit durchschnittlichem Einkommen verbleiben in Österreich 75 Prozent seines Bruttoeinkommens zur persönlichen Verfügung. Die restlichen 25 Prozent, die ihm abgezogen werden, sichern immerhin seine Pension im Alter, seine Kran-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

ken- sowie Arbeitslosenversicherung und tragen zur Finanzierung öffentlicher Leistungen bei, die jeder einzelne Staatsbürger in der Regel sehr gerne konsumiert und ohne die, meine Damen und Herren, in Wahrheit jede Lebensqualität von heute in Frage gestellt werden müßte. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Ich möchte in dieser Erklärung auch jene Thematik ansprechen, die derzeit — zu Recht, wie ich meine — im Mittelpunkt vieler wirtschaftspolitischer Erörterungen steht: die Frage nämlich, ob es sich Österreich leisten kann, als fast einziges Land Europas auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zu verzichten.

Wie Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, bekannt ist, hat der Nationalrat mit den Stimmen aller drei im Parlament vertretenen Parteien nach der Volksabstimmung 1978 das als Initiativantrag eingebrachte Atomsperrgesetz verabschiedet. Ein Jahr darauf, im Dezember 1979, faßte das Parlament erneut einstimmig eine Entschlie ßung, in der die Bundesregierung ersucht wurde, in ihren energiepolitischen Planungen darauf Bedacht zu nehmen, daß eine Änderung des Atomsperrgesetzes nicht ohne neuerliche Volksabstimmung in Betracht komme, wobei der einer solchen Volksabstimmung zugrunde zu legende Gesetzesbeschluß mit einer Zweidrittelmehrheit im Nationalrat beschlossen werden müßte.

Es kann somit festgehalten werden, daß sämtliche Beschlüsse des Nationalrates, die den derzeit gültigen Rechtszustand hinsichtlich der friedlichen Nutzung der Kernenergie betreffen, ausschließlich durch parlamentarische Initiativen und nicht durch Regierungsvorlagen zustande gekommen sind. Und es kann weiters festgestellt werden, daß der politische Wille der gesamten Volksvertretung — und dies ist für eine Regierung wenn schon nicht *de iure*, so doch *de facto* bindend — dahin ging, eine neuerliche Volksabstimmung nur dann zu ermöglichen, wenn zumindest die beiden Großparteien die Verantwortung dafür zu tragen bereit sind. *(Abg. Dr. B l e n k: ...Energieminister!)*

In der nun seit einigen Monaten geführten Diskussion über das endgültige Schicksal des Kernkraftwerkes Zwentendorf — in das bisher rund 14 Milliarden Schilling investiert wurden — wurde von seiten der Österreichischen Volkspartei eine Stellungnahme der Bundesregierung zu den Fragen der Sicherheit sowie der Endlagerung verlangt. Um diesen sachlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen, hat auf mein Ersuchen die Reaktorsicherheitskommission einen Komplex von vier Gutachten erstellt. Diese Gutachten habe ich am 21. Feber dieses Jahres auch den Klubobmännern der drei im Nationalrat vertretenen Parteien übermittelt. Der Leiter der Reaktorsicherheitskommission, Professor Dr. Plöckinger, hat mir wegen der besonderen Bedeutung des Sicherheitsaspektes die diesbezüglichen Schlußfolgerungen am 11. März in einem Aide-Memoire zusammengefaßt übergeben. Darin heißt es wörtlich — ich zitiere —: „... , daß das Kernkraftwerk Zwentendorf unter Berücksichtigung der noch notwendigen zusätzlichen Maßnahmen baulicher Art nach einer Inbetriebnahme dem Stand der Technik von Kernkraftwerken mit Leichtwasserreaktoren entsprechen würde.“ Und weiter heißt es — ich zitiere nochmals wörtlich —: „Diese Begutachtung der Reaktorsicherheitskommission erlaubt es der Bundesregierung, sich in der Frage der Sicherheit des Kernkraftwerkes Zwentendorf auf das Urteil der Reaktorsicherheitskommission abzustützen. Dies sollte auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß bei einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich und insbesondere über das Kernkraftwerk Zwentendorf nicht über dessen technische Sicherheit abzustimmen sein wird, sondern über die politische Zweckmäßigkeit seiner Verwendung.“ *(Ruf bei der ÖVP: ... kann man nichts machen!)*

Was nun die Möglichkeit der Entsorgung und der Endlagerung der radioaktiven Abfälle betrifft, hat die GKT sowohl mit China als auch mit der UdSSR Verhandlungen über ein Entsorgungskonzept für Zwentendorf geführt. Bereits am 20. Feber wurde den Klubobmännern der drei im Parlament vertretenen Parteien das im Auftrag des sowjetischen Außenministers Gromyko am 13. Feber 1985 überbrachte „Memorandum über die Übernahme von ausgebranntem Kernbrennstoff aus der Republik Österreich durch die UdSSR“ zur Kenntnis gebracht. Die UdSSR verpflichtet sich im Punkt drei dieses Memorandums, das in den abgebrannten Brennelementen enthaltene Material ausschließlich für friedliche Zwecke zu verwenden und eventuelle Reexporte in Drittländer nur im Einklang mit den Leitsätzen der IAEA vorzunehmen. Die vorgesehene Entsorgungsregelung steht somit in keinem Gegensatz zu den Neutralitätsverpflichtungen Österreichs. Der auf Basis dieses Memorandums von der GKT mit den sowjetischen Vertragspartnern ausgehandelte Vorvertrag wurde am 19. März den Klubobmännern nach einstimmiger Zurenkenntnisnahme im Ministerrat übermittelt. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Hohes Haus! Mit diesen Ausführungen möchte ich betonen, daß die Bundesregierung einstimmig der Auffassung ist, daß die 1978 noch als ungelöst erachtete Endlagerfrage als lösbar bezeichnet, die Sicherheit des Kernkraftwerkes Zwentendorf bestätigt und der kostenmäßige Vorteil einer Inbetriebnahme Zwentendorfs als gegeben angenommen werden kann. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Blenk: Der Energieminister ist dagegen!)* Ich erachte es daher als meine Pflicht, die im Nationalrat vertretenen Parteien zu ersuchen, angesichts der sich neu ergebenden sachlichen Tatbestände... *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Sie sollten diese Ausführungen, die ich hier mache, besonders ernst nehmen von Ihrer beruflichen Funktion her! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel. — Gegenrufe bei der SPÖ.)* Ich wiederhole: Ich erachte es als meine Pflicht, die im Nationalrat vertretenen Parteien zu ersuchen, angesichts der sich neu ergebenden sachlichen Tatbestände die Abhaltung einer Volksabstimmung besonderer Art zu prüfen und insbesondere durch die Aufhebung des Klubzwangs eine freie Entscheidung darüber durch die Abgeordneten zu ermöglichen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Blenk: Neue Minister, dann geht es viel leicht...!)*

Hohes Haus! Die westlichen Industriestaaten weisen 1984 und 1985 ein deutlich positives Wirtschaftswachstum auf. Dennoch ist es in den meisten Ländern nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit zu senken; die Arbeitslosenrate ist gleichgeblieben oder sogar gestiegen. Die Entwicklung in Österreich ist, wenngleich auf deutlich niedrigerem Niveau, ähnlich. Trotz einer vermutlich dreiprozentigen Wachstumsrate werden wir im heurigen Jahr ein wenn auch ganz leichtes Ansteigen der Arbeitslosenrate hinnehmen müssen, und für nächstes Jahr prognostiziert uns das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung bei einem Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent wiederum ein leichtes Ansteigen der Arbeitslosenzahl.

Wachstum und Beschäftigung sind nicht mehr so wie früher gleichzusetzen. Auch wenn wir die sogenannten demographischen Faktoren in Betracht ziehen, müssen wir feststellen: Die Produktivität, also das, was ein einzelner Arbeitnehmer an Gütern und Diensten produzieren kann, wächst deutlich stärker als die Nachfrage, sodaß die notwendige Gütermenge mit immer weniger Beschäftigten erzeugt werden kann. Es ist mir bewußt,

daß die Gründe für dieses Phänomen sehr vielschichtig sind. An der Tatsache selbst wird sich in den nächsten Jahren allerdings wenig ändern.

Aber können wir es vertreten, daß unsere Wirtschaft in den nächsten Jahren im Schnitt um 2 bis 3 Prozent wächst und die Zahl der Arbeitslosen langsam aber stetig ansteigt? Können die Industrieländer mit einem Heer von Dauerarbeitslosen leben, mit einem Heer, das ständig noch wächst?

Als Sozialdemokrat halte ich dies für eine nicht akzeptable Situation und für eine sinnlose Verschwendung menschlicher Fähigkeiten, der wir nicht zuschauen dürfen. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.)* Ich halte daher eine Arbeitszeitverkürzung mittelfristig für notwendig, und zwar sowohl aus gesellschaftspolitischen wie aus wirtschaftspolitischen Gründen. Gesellschaftspolitisch deshalb, weil nicht einzusehen ist, warum gerade mit Erreichen der 40-Stunden-Woche die Entwicklung zur Verkürzung der Arbeitszeit abgeschlossen sein sollte. Und wirtschaftspolitisch deswegen, weil der technologische Fortschritt und die Entwicklung der Nachfrage ansonsten zu einer nicht vertretbaren Zweiteilung der Gesellschaft führen würden. Auf der einen Seite steht die Mehrheit derjenigen, die nach wie vor Beschäftigung finden, auf der anderen Seite eine wachsende Minderheit von Menschen, die aller Chancen beraubt sind, für lange Zeit oder gar für immer ein menschenwürdiges Dasein sich selbst gestalten zu können. Verschiedentlich wurde befürchtet, meine Damen und Herren, daß eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gefährden würde. Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat jedoch in einer sehr verdienstvollen Studie, die von allen Sozialpartnern akzeptiert wurde, diese Fragen genau untersucht und theoretisch gelöst. In einigen Bereichen ist es auch schon zu positiven Abschlüssen gekommen. Ich bin zuversichtlich, daß diese Entwicklung unter Beachtung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Situation der einzelnen Wirtschaftszweige einvernehmlich fortgesetzt werden kann. Was in anderen Ländern schwere wirtschaftliche Auseinandersetzungen ausgelöst hat, wird und muß bei uns in einem ruhigen, sachlichen Klima abgewickelt werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Mit großer Sorge beobachten wir die in allen Ländern stark steigende Jugendarbeitslosigkeit. Gerade hier erachten wir es als notwendig, alle Anstrengungen zu unternehmen, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

8620

Nationalrat XVI. GP — 97. Sitzung — 26. Juni 1985

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Der Sozialminister hat daher an die Wirtschaft appelliert, Arbeitsplätze für Jugendliche zu schaffen. Er hat dafür insgesamt über 2 Milliarden Schilling an Förderungsmitteln bereitgestellt.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben heuer das vierzigjährige Bestehen der Zweiten Republik und das dreißigjährige Jubiläum des Staatsvertrages feierlich begangen. Ohne selbstgefällig zu sein, können wir heute mit Stolz auf diese vier vergangenen Jahrzehnte zurückblicken. Aus dem armen Österreich des Jahres 1945, das über nichts anderes als den festen Willen zur Einheit und Unabhängigkeit verfügt hat, aus dem Land unserer Väter, das nur auf die Arbeitskraft und den Arbeitswillen seiner Bevölkerung pochen konnte, ist ein Staat geworden, der Ansehen in der Welt genießt und der seinen Menschen ein Leben in Freiheit und Wohlstand ermöglicht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, auf die wir alle zusammen stolz sind, hatte nicht zuletzt ihren Ursprung in einem politischen Klima, das sich wohltuend von jenem vieler anderer Länder unterschied; einem Klima, das gekennzeichnet war von gemeinsamen Grundsätzen, Fairneß in der politischen Auseinandersetzung und dem Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung. Ich sage dies deswegen am Schluß meiner Ausführungen, weil ich der Überzeugung bin, daß wir alle, unabhängig, in welcher politischen Bewegung wir beheimatet sind, auch weiterhin das Gemeinwohl unseres Staates und seiner Menschen in den Vordergrund unserer Überlegungen stellen müssen, und zwar auch — ich betone das — in Hinblick auf die wirtschaftspolitische Aufgabe, die es in unserer Zeit im Interesse der Menschen unseres Landes zu bewältigen gibt. Die Bundesregierung ist dazu bereit. *(Anhalten der Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 13.00

Präsident: Ich erteile nunmehr dem Herrn Bundesminister für Finanzen das Wort.

13.01

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky: Herr Präsident! Hohes Haus! Eine umfangreiche Darstellung der österreichischen Wirtschaft liegt Ihnen in gedruckter Form vor. Erlauben Sie dazu einige ergänzende und grundsätzliche Ausführungen.

Der Konjunkturaufschwung in Österreich festigt sich. Die Wirtschaftsforscher haben

erst in diesen Tagen ihre positiven Zukunftseinschätzungen wiederholt. Unser Land untermauert damit seinen Spitzenplatz in der Rangfolge der Industriestaaten. Darüber in Selbstzufriedenheit zu verfallen, wäre zuwenig. Es gilt vielmehr, zur Bestätigung dieser Position zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen. Das ist, auf einen Nenner gebracht, die zwingende Erkenntnis aus allen uns vorliegenden Studien auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Die österreichische Wirtschaft konnte sich im vergangenen Jahr sehr gut behaupten und trat gut gerüstet in den Konjunkturaufschwung ein. Das heißt, sie war und ist in der Lage, die zunehmende Belegung der Auslandsmärkte durch Exportaufträge zu nützen.

Der aus dem Ausland und dem Inland resultierende Nachfrageanstieg ermöglichte erstmals seit 1981 wieder eine Zunahme der Beschäftigung. Die Arbeitslosenrate ist geringer als ursprünglich prognostiziert. Die günstige Entwicklung der volkswirtschaftlichen Eckdaten konnte dazu genutzt werden, wichtige Schritte in Richtung der mittelfristig angestrebten Budgetkonsolidierung zu setzen.

Nach dem guten Jahr 1984 hat sich das Wirtschaftsbild bis zur Jahresmitte 1985 weiter gebessert:

Das Bruttoinlandsprodukt wird 1985 den Prognosen zufolge real um 3 Prozent zunehmen.

Die Investitionstätigkeit verlief im bisherigen Jahresverlauf außerordentlich dynamisch. Im ersten Quartal wurde real um rund 15 Prozent mehr in Ausrüstungsgüter investiert als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Insgesamt wird mit einer Investitionskonjunktur gerechnet, die für das gesamte Jahr 1985 eine Zunahme der Investitionen um real 4,5 Prozent bringen wird.

Der private Konsum wird, begünstigt durch den Rückgang der Inflationsrate und die damit verbundenen höheren Realeinkommenszuwächse, 1985 wieder deutlich zunehmen.

Die Warenexporte entwickeln sich auch heuer wieder überaus erfreulich. Nach den guten Ergebnissen des Vorjahres konnte der Warenexport in den ersten vier Monaten dieses Jahres nochmals um rund 14 Prozent gesteigert werden. Für das gesamte Jahr 1985 wird mit einem realen Exportanstieg von 9,5 Prozent gerechnet.

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Die Inflationsrate sank in den ersten Monaten des heurigen Jahres auf durchschnittlich 3,5 Prozent. Damit gehört Österreich weiterhin zu den preisstabilsten Ländern der Welt. Mit einer Teuerung von nur 0,2 Prozent im Monatsvergleich lag unser Land im April unter allen 24 OECD-Staaten nur hinter der Schweiz. Während zu Jahresbeginn 1985 noch eine Inflationsrate von 4 Prozent vorausgesehen wurde, dürfte der Preisanstieg heuer unter 4 Prozent bleiben.

Die Arbeitslosenrate wird 1985 voraussichtlich bei 4,7 Prozent liegen. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einem geringfügigen Anstieg um zwei Zehntelprozentpunkte. Eine Ursache dafür liegt allerdings auch darin, daß mit der günstigeren Konjunkturentwicklung auch das Angebot an Arbeitskräften wieder stärker zunimmt. Die guten Wirtschaftsaussichten geben den Menschen wieder Hoffnung, Arbeit zu finden, und sie lassen sich wieder vormerken. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß die Zahl der Beschäftigten wieder steigt. Ende Mai waren mit 2,75 Millionen um rund 19 000 Personen oder 0,7 Prozent mehr beschäftigt als Ende Mai 1984.

Meine Damen und Herren! International liegt Österreich mit diesen Daten weiterhin im Spitzenfeld. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Das reale Wachstum unserer Wirtschaft wird heuer über dem Durchschnitt der europäischen Industriestaaten liegen, bei der Inflationsrate werden wir deutlich darunter sein. Besonders günstig schneiden wir trotz der Sorgen, die wir haben und die wir nicht verheimlichen wollen, hinsichtlich der Arbeitslosenrate ab: Sie beträgt deutlich weniger als die Hälfte des Durchschnittswertes von 11 Prozent für die europäischen OECD-Staaten.

Hohes Haus! Diese günstigen Wirtschaftsergebnisse finden ihren Niederschlag auch auf internationaler Ebene. Davon zeugen die Einschätzungen durch die internationalen Unternehmen, die die Kreditwürdigkeit eines Landes zu prüfen haben. Österreich bekommt von ihnen regelmäßig die beste zu vergebende Wertung.

Wie hervorragend unsere Kreditwürdigkeit im Ausland ist, bestätigen auch regelmäßige Umfragen in der internationalen Finanzwelt. Erst in der jüngsten Ausgabe eines amerikanischen Finanzmagazins nimmt Österreich in der Reihung der Kreditwürdigkeit unter 109 bewerteten Staaten den ausgezeichneten zehnten Rang ein. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hinter Österreich liegen in dieser Reihung so bedeutende Industriestaaten wie Frankreich, Italien, Schweden und Belgien.

Bei der Beurteilung eines Landes wird dabei großes Augenmerk auf die Auslandsverschuldung gelegt. Und gerade hier haben wir durch die Senkung der Auslandsschuld im Vorjahr gegenüber 1983 um 6,6 Milliarden Schilling einen wesentlichen Beitrag geleistet. Zugleich konnte der Anteil der Schuld des Bundes in fremder Währung an der Gesamtschuld von rund 30 Prozent auf 25 Prozent reduziert werden. Auch für heuer sind wir optimistisch, weitere Schritte zur Verminderung der Auslandsschuld setzen zu können. Diese Maßnahmen tragen nicht nur zur Verbesserung der Kreditwürdigkeit im Ausland bei, sondern entlasten auch unsere Zahlungsbilanz.

Meine Damen und Herren! Gerade auf dem Gebiet der Verschuldung gilt es auch mit einigen Vorurteilen aufzuräumen. Zieht man die gesamte öffentliche Verschuldung zur Bewertung der Situation heran — und nur die gesamte Verschuldung ist aussagefähig, da ja von Land zu Land die Kompetenzen zwischen Zentralregierung und anderen Gebietskörperschaften ganz verschieden aufgeteilt sind —, zeigt sich, daß Österreich mit einer Verschuldungsquote von rund 73 200 S pro Kopf zum Teil beträchtlich günstiger liegt als so wichtige Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland, Japan, die vielzitierte Schweiz oder auch die USA.

Diese Zahlen sind international bekannt und stärken unseren Ruf als ausgezeichnete Kreditnehmer. Die Erfolge der Emissionen der Republik Österreich auf den internationalen Finanzmärkten sind in diesem Licht zu sehen.

Zur weiteren Reduktion des Zinsaufwandes des Bundes führt die Ausnützung neuer Marktinstrumente. Die Anwendung dieser Instrumente — wie der in jüngster Zeit oft zitierten Null-Kupon-Emissionen — wird im übrigen derart erfolgen, daß der Gegenwert des rechnerischen Zinssatzes jährlich einem Fonds zugeführt wird, sodaß die Zinsenlast entsprechend einer üblichen Kreditaufnahme über die Jahre verteilt aus dem Budget dargestellt wird. Damit gelingt es, sowohl eine neue Finanzierungsform in den Staatshaushalt zu integrieren, die derzeit zu deutlich günstigeren Konditionen abgeschlossen werden kann als konventionelle Anleihen, als auch aus dem Titel „Zinskosten“ Vorbelastungen künftiger Budgets zu vermeiden.

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Hohes Haus! Die Wirtschaftsdaten, die ich skizziert habe, stellen sich im internationalen Vergleich als sehr erfreulich dar. Doch diese hervorragende Ausgangsposition muß immer aufs neue bestätigt und verteidigt werden. Das bedarf für eine kleine, offene Volkswirtschaft wie der unseren in Zeiten der geänderten, der neuen Rahmenbedingungen besonderer Anstrengungen. Diese geänderten Bedingungen ergeben sich durch ein allgemein langsames Wachstum der Weltwirtschaft, sie ergeben sich durch den beschleunigten technologischen Wandel, weiters durch den oft zitierten Wertewandel, der nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine gesellschaftliche und psychologische Kategorie ist, durch die verschärfte internationale Konkurrenz auf den Weltmärkten sowie durch das Fehlen der Bereitschaft der meisten Staaten zu einer breitflächigen internationalen Kooperation.

Die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes, beträchtlich anwachsende Ungleichgewichte in den Außenbilanzen der Länder, drastische Verschiebungen bei Rohstoffpreisen und Wechselkursen und ein neuer Höchststand an Protektionismus charakterisieren den Rahmen für unser wirtschaftspolitisches Handeln, von dem wir realistisch auch für die nächste Zukunft ausgehen müssen.

Hohes Haus! Diesem Rahmen müssen wir unsere Konzepte anpassen, nicht jedoch unsere Ziele. Entsprechend der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers vom 31. Mai 1983 sind das Recht auf Arbeit, die Konsolidierung des Bundeshaushaltes, die Verbesserung der Infrastruktur und der Umweltschutz die Hauptziele in dieser Legislaturperiode.

Unsere wirtschaftspolitische Gesamtstrategie wird sich auch weiterhin vorrangig daran orientieren, unseren hohen Beschäftigungsgrad mit allen vernünftigen Mitteln zu verteidigen. Es wird weiterhin darum gehen, das soziale Netz so zu gestalten, daß die wirklich Bedürftigen und Schwachen vom Wohlstand unserer Gesellschaft nicht ausgeschlossen werden. Und es wird darum gehen, diesen Wohlstand quantitativ und qualitativ zu vermehren, unter Berücksichtigung ökologischer Grundsätze. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ein geändertes wirtschaftspolitisches Umfeld erfordert aber die konsequente Anpassung der Denkansätze und der Konzeptionen der wirtschaftspolitischen Strategie an diese neuen Herausforderungen. Bewährtes

ist fortzusetzen, Überholtes neu zu gestalten. Bewährt hat sich insbesondere das spezifische Zusammenwirken von Währungspolitik, Einkommenspolitik und Fiskalpolitik, das von vielen Beobachtern als die Grundlage für das erfolgreiche Abschneiden Österreichs angesehen wird.

Diese Globalstrategie hat uns Stabilität, Wohlstand und Arbeit gebracht. Das läßt sich an einigen Erfolgsziffern deutlich dartun. Im letzten Jahrfünft, das heißt bis Ende 1984, ist der österreichische Schilling um 13 Prozent stärker geworden, sind die Verbraucherpreise um 33 Prozentpunkte langsamer gestiegen als in unseren westeuropäischen Nachbarländern, hat der Wohlstand, gemessen an den verfügbaren Realeinkommen, um 9 Prozent zugenommen und lagen im Durchschnitt 5,5 Prozent weniger Arbeitsressourcen brach als im westeuropäischen Ausland.

Gleichzeitig hat sich unsere an den Kosten gemessene Wettbewerbsfähigkeit um 19 Prozent verbessert und haben wir real 12 Prozent Marktanteile gewonnen.

Worum es heute geht, ist, die langjährig gewachsenen und von sozialem Konsens getragenen Instrumente der Wirtschaftspolitik den zu erwartenden Anforderungen der späten achtziger Jahre und frühen neunziger Jahre anzupassen. Diese Aufgabenstellung umfaßt alle Bereiche des Wirtschaftslebens, unter anderem auch die Abgrenzung der wirtschaftlichen und sozialen Verantwortlichkeit zwischen staatlichem und privatem Bereich.

Der Bundeshaushalt hat während zweier langer Phasen weltwirtschaftlicher Rezession die Hauptlast der Sicherung von Beschäftigung und Wohlstand getragen. Um den Erfolg dieser vorher gezeichneten österreichischen Gesamtstrategie dauerhaft zu sichern, ist eine weitere Konsolidierung des Bundeshaushalts unerlässlich und ist die Ausgabenseite straff zu kontrollieren.

Budgetkonsolidierung hat dabei einen quantitativen wie einen qualitativen Aspekt: Der quantitative Aspekt liegt darin, das Netto-defizit und damit das Ausgabenwachstum insgesamt einzugrenzen. Angesichts der Eigen-dynamik wichtiger Ausgabenpositionen ergibt sich hier ein deutlicher Handlungsbedarf. Qualitative Budgetkonsolidierung bedeutet, daß auch Inhalt und Art staatlicher Aufgabenerfüllung in wichtigen Bereichen immer wieder zu überdenken und anzupassen sind.

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Über die vergangenen Jahrzehnte hat sich allerdings zunehmend ein Budgetierungssystem herausgebildet, das den jährlichen Gestaltungsspielraum im wesentlichen auf jene Positionen einengt, deren Beibehaltung oder Aufstockung wir unter strukturpolitischen Gesichtspunkten wünschen. Der Rückführung dieses Prozesses der Ausgabenversteinerung werden wir uns daher vorrangig widmen müssen, denn die Erstellung des Bundesvoranschlages darf nicht auf eine bloße Bestandsaufnahme gesetzlich und vertraglich abgesicherter Ansprüche reduziert werden, ohne daß deren gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Stimmigkeit an den geänderten Rahmenbedingungen geprüft wird. Und auch außerhalb der Budgetierungstermine sind die Weichen in Richtung einer maßvolleren Ausgabenentwicklung zu stellen, die in ihrer Zusammensetzung politische Prioritäten und Effizienz der Aufgabenerfüllung gleichermaßen widerspiegeln.

Wenn bei der Erstellung des Bundesvoranschlages 1986 besonders strenge Maßstäbe angelegt und dabei auch bisher weitgehend ausgesparte Bereiche einbezogen werden, so ist das somit nur ein — wenn auch sehr bedeutender — Schritt. Weitere Schritte in Richtung einer Neugestaltung auch gesetzlich und vertraglich geregelter Ausgaben und Finanzierungsmodelle werden folgen müssen. Prozesse der Konsolidierung und Neustrukturierung von Ausgaben vollziehen sich nicht kurzfristig, sondern über Jahre. Sie schließen auch organisatorische und administrative Aspekte ein.

Hohes Haus! All das nimmt sich in verbaler Darstellung natürlich sehr viel einfacher aus, als es dann in der Anwendung und Durchführung wirklich ist. Trotzdem dürfen wir nicht, um einen Buchtitel zu verwenden, vor der „Tyrannei des Status quo“ kapitulieren.

Die hohe und wachsende Außenorientierung der österreichischen Wirtschaft gebietet ein rasches Reagieren auf weltwirtschaftliche Veränderungen. Dieser Aufgabenstellung haben wir unsere Strukturpolitik maßgeblich unterzuordnen. Auch hier erlauben Sie einen Blick auf die Ausgangssituation.

Wichtige Indikatoren zeichnen ein günstiges Gesamtbild:

Erstens: Die Leistungsbilanz, wichtigstes Gesamtmaß unserer Außenposition, wird 1985 praktisch ausgeglichen sein, obwohl die österreichische Wirtschaft voraussichtlich um

3/4 Prozentpunkte rascher wachsen wird als die des westlichen Auslandes.

Zweitens: Produktivitätsvorsprünge haben Wettbewerbsfähigkeit und Ertragslage der Exportindustrie verbessert.

Drittens: Der Anteil von technischen Fertigwaren ist im vergangenen Jahrzehnt gestiegen, während der Anteil traditioneller Massengüter und Rohstoffe abnahm; Produktionsverfahren wurden modernisiert.

Die Frage, ob der strukturelle Wandel rascher oder langsamer verläuft als in wichtigen Partnerländern, wird derzeit allerdings unterschiedlich eingeschätzt. Eine systematische Analyse der einschlägigen, für die Wirtschaftspolitik relevanten Fragen durch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung ist derzeit in Ausarbeitung.

Unabhängig von der Beantwortung dieser Frage sind die Engpässe bereits heute erkennbar. Sie sollen in einer nüchternen Analyse — was sonst wäre zweckmäßig? — nicht verschwiegen werden. Diese Engpässe liegen vor allem

im weiterhin hohen Anteil traditioneller Massengüter, bei denen weltwirtschaftlich längerfristig Überkapazitäten bestehen;

in einer noch zu geringen technologischen Durchdringung der Wirtschaft, inklusive neuer Technologien;

im zu engen regionalen Exportradius der österreichischen Industrie, mit einer ungünstigen Auswirkung auf Ertragslage und Kreditrisiken;

sie liegen teilweise in Schwächen der Finanzierungsstruktur der Unternehmungen und schließlich auch in organisatorischen Bereichen.

Daraus leiten sich wichtige Schlüsse für unsere Strukturpolitik ab. Es ist erfreulich, daß erstmals in Österreich auch eine von Regierung und Wirtschaftspartnern gemeinsam getragene systematische Bestandsaufnahme der Effizienz der Wirtschaftsförderung vorliegt.

Es geht jetzt darum, möglichst rasch die zur Effizienzsteigerung unseres Förderungsinstrumentariums notwendigen Maßnahmen zu setzen. Die einzelnen Instrumente, die im Lauf der Jahre mit vielen Nebenzielen verknüpft wurden, werden wieder auf ihre ursprüngliche Zielsetzung zurückgeführt.

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

Übersichtlichkeit gewährleistet eine leichtere Anwendbarkeit. Die Wirtschaftsförderung muß den Unternehmen näherrücken. Priorität muß dem im internationalen Wettbewerb stehenden Sektor zukommen. Außerdem wird man sehr genau zwischen offensiven Instrumenten zur Wettbewerbsstärkung der österreichischen Wirtschaft und defensiven Maßnahmen zur Vermeidung momentaner volkswirtschaftlicher Schäden zu unterscheiden haben.

Die von der Bundesregierung in der jüngsten Vergangenheit verwirklichten oder initiierten Maßnahmen haben sich bereits an den Grundsätzen einer effizienten Mittelvergabe orientiert.

Es wurden Förderungsschwerpunkte neu gesetzt, mit stärkerer Betonung des industriell-gewerblichen Sektors und der Betonung von Mikroelektronik und Biotechnologie; eine branchenspezifische Förderungsaktion wird nach achtjähriger Laufzeit 1986 beendet.

Joint Ventures wurden, soweit für die industrielle Weiterentwicklung von Vorteil, ausgebaut.

Organisatorische Unterstützung für Unternehmungen, die neue Verfahren einführen, neue Märkte erschließen oder sich in Österreich etablieren wollen, wird im Rahmen spezialisierter Einrichtungen angeboten; ich erinnere nur an die Innovationsagentur und ICD. Sanierungswürdige Unternehmungen werden unter bestimmten Voraussetzungen subsidiär und über einen beschränkten Zeitraum aufgenommen und saniert; am besten dargestellt durch die Gesellschaft für Bundesbeteiligungen an Industrieunternehmen.

Risikokapital wird im Wege von Beteiligungsfonds und Wagnisgesellschaften zur Verfügung gestellt.

Durch steuerliche Maßnahmen werden Anreize zur Stärkung der Eigenkapitalbasis sowohl im industriell-gewerblichen Bereich als auch auf dem Kreditsektor gesetzt, wobei ich sowohl an die Eigenkapital-Stärkungsinstrumente bei Ges. m. b. H. und Aktiengesellschaft denke wie auch an eine vorbereitete leichte Verbesserung der Bildung von Sammelwertberichtigungen bei Kreditinstitutsbilanzen.

Die nähere und ferne Zukunft wird uns selbstverständlich mit weiteren wichtigen Themen konfrontieren: Rentabilität und

Rationalisierungsstand unserer Industrie sind dabei ein Beispiel, Stellenwert der staatlichen Abnahmegarantien für wachsende landwirtschaftliche Überschußproduktion ein anderes.

Wir müssen all diese Überlegungen dazu nüchtern aufgreifen und eine sachliche Diskussion darüber führen: Vereinfachende Konzepte und vergrößernde Verallgemeinerungen sind keine brauchbaren Mittel, um anstehende Probleme zu lösen. Auch können Forderungen nach Senkung der Steuerbelastung und der Staatsquote nur von jenen glaubhaft vorgetragen werden, die auch die Bereitschaft zeigen, eigene Ansprüche an den Staat zurückzunehmen.

Bei all diesen Fragen geht es um das Finden eines neuen Gleichgewichtes, sodaß Freiheit und Eigeninitiative des einzelnen gefördert und Korrekturen dort vorgenommen werden, wo Einzelinteresse und gesellschaftliches Gesamtinteresse deutlich auseinanderklaffen.

Beispielhaft sei angeführt, daß die derzeit in Vorbereitung befindliche Novelle zum Kreditwesengesetz durch Vorgabe eines geeigneten ordnungspolitischen Rahmens die Stärkung der langfristigen Funktions- und Leistungsfähigkeit der österreichischen Kreditwirtschaft anstrebt; insbesondere sollen die Eigenkapitaldecke und damit die Risikotragkraft der Kreditunternehmungen verbessert werden.

Hohes Haus! Mit dem Vorrang, den wir der Budgetkonsolidierung einräumen, sind auch die Grenzen für den Problembereich klar vorgegeben, der unter dem Titel „Steuerreform“ einen Fixpunkt in der innenpolitischen Diskussion darstellt. Dabei muß zwischen den Begriffen „Steuerreform“ und „Tarifsenkung“ unterschieden werden. Daß der Österreichische Gewerkschaftsbund aus seiner Position und seiner Vertretungsbefugnis für unselbständig Erwerbstätige in bestimmten Intervallen eine Tarifsenkung verlangt, ist klar und verständlich. Ich mußte aus der mir übertragenen Verantwortung heraus erklären, daß 1985 und 1986 aus Budgetgründen, das heißt im Klartext, weil wir sie uns nicht leisten können, keine Tarifsenkung bei der Lohn- und Einkommensteuer in Frage kommen kann. Ich habe aber nicht gesagt, daß wir keine Steuerreform machen können. (Abg. Dr. Kohlmaier: Erst im Wahljahr!)

Schumpeter meinte einmal, das Steuersystem sei ein exaktes Spiegelbild der Gesellschaft. Und genauso wie wir diese nicht ruck-

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

weise und auf einmal, dafür aber schrittweise und permanent ändern, genauso sollten wir es auch mit unserem Steuersystem halten.

Wir alle wissen, daß steuerpolitische Reformschritte größeren Stils in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger geworden sind. Einerseits dürfen steuerliche Änderungen zu keiner Mehrbelastung des Staatshaushaltes führen, andererseits sind gerade in Perioden langsameren Wirtschaftswachstums steuerliche Anreize zur Stützung der Nachfrage und Förderung des Strukturwandels notwendig. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß steuerpolitische Maßnahmen stets ausgewogen zwischen den einzelnen sozialen Gruppen zu setzen sind.

Wir werden daher auch im Jahr 1985 an der weiteren Verbesserung unseres Steuersystems arbeiten und dies im Rahmen der von uns gesetzten Vorgaben tun, nämlich das Steuersystem sozial möglichst gerecht, möglichst einfach und möglichst leistungsfördernd zu gestalten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Bogen der Vorlage, die dann auch das Hohe Haus beschäftigen wird, wird sich vom Einkommensteuergesetz über das Grunderwerbsteuergesetz und das Erbschaftsteuergesetz bis hin zum Strukturverbesserungsgesetz spannen, das über das Jahresende 1985 hinaus verlängert werden soll. Außerdem sind zusätzliche Vereinfachungen im Verwaltungsbereich vorgesehen.

Hohes Haus! Einen weiteren Handlungsschwerpunkt stellt der Bereich des Umweltschutzes dar. Die Umweltproblematik hat neben der ökologischen und sozialen Dimension auch einen zweifachen wirtschaftlichen Aspekt: Umweltschäden bedingen ökonomische Verluste, während die Vorbeugung und Behebung gleichzeitig innovativen Unternehmen die Chance bieten, neue Märkte zu erschließen.

Grobe Schätzungen setzen umweltbedingte Schäden an Wäldern und Gebäuden mit rund 8 Milliarden Schilling an. Umgekehrt sind heute in Österreich bereits rund 30 000 Menschen mit der Produktion von „Umweltgütern“ beschäftigt. Diese beiden Größenordnungen zeigen sowohl die Dringlichkeit von Korrekturmaßnahmen als auch die Chancen für eine neue Markterschließung auf.

Wie in anderen Bereichen der Politik hält die Bundesregierung auch beim Umweltschutz an ihrem Prinzip fest, die notwendigen

Rahmenbedingungen zu setzen, um so den Individualbereich des einzelnen zwar nicht einzuschränken, diesen aber trotzdem für die gesamtgesellschaftlich wünschenswerten Handlungen zu gewinnen.

Für den Umweltschutz bedeutet dies, ausgehend vom Verursacherprinzip, die Festlegung stufenweise anzuhebender Normen für die Schadstoffbelastung der Umwelt. Öffentliche Mittel sind nur ausnahmsweise dort einzusetzen, wo bereits eingetretene Schäden die finanzielle Belastbarkeit des Verursachers übersteigen oder die öffentliche Bewußtseinsbildung noch nicht genügend fortgeschritten ist.

Ergänzend zu den bereits getroffenen Maßnahmen im Bereich der Luft- und Gewässerreinigung und der Sonderabfälle haben wir zu Jahresbeginn 1985 die Voraussetzungen für eine schrittweise Verminderung der Schadstoffbelastung durch den Autoverkehr geschaffen.

Hohes Haus! Österreich hat in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die langen Rezessionsphasen deutlich besser überstanden als die meisten anderen Industrieländer. Nun ist die Bundesregierung dabei, die Absicherung der Basis für die zweite Hälfte der achtziger Jahre zu erarbeiten. Die zentralen wirtschaftspolitischen Aufgaben, die diesen Zeitraum prägen werden, lassen sich so umschreiben:

Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft muß den national und international stark veränderten Bedingungen entsprechend in einem ständigen Anpassungsprozeß verbessert werden.

Wie ich ausgeführt habe, bedeutet das Effizienzsteigerung sowohl in den Unternehmen und Betrieben wie auch in der öffentlichen Verwaltung.

Die Investitionstätigkeit spielt dabei naturgemäß eine wichtige Rolle.

Eine weiterhin aktive Politik in den Bereichen Umweltschutz sowie in Richtung sparsamerer Verwendung von Energie und Rohstoffen und zur Verbesserung der Palette der Produkte, der Verfahren, des Marketings ist daher geboten.

Die globale Interdependenz, also die wechselseitige Abhängigkeit im Weltmaßstab, wird weiter zunehmen. Ihr gilt es Rechnung zu tragen und unsere in bestimmter Hinsicht

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky

immer noch gegebene „Introvertiertheit“ in größere „Extrovertiertheit“ zu verwandeln. Dazu gehören viele Anstrengungen, unter anderem die noch zu forciierende Ausbildung in Fremdsprachen genauso wie die stärkere Betonung des internationalen Aspekts in den traditionellen Bereichen Ökonomie und Recht.

Wissenschaft und Forschung genießen bereits einen erfreulich hohen Stellenwert in unserem Gemeinwesen. Wir werden ressortüberschreitende, gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um im Interesse des Fortschritts das Verhältnis Wissenschaft — Wirtschaft noch enger und verstärkt zu gegenseitiger Befruchtung zu gestalten.

Die Konturen in der Wirtschaftspolitik, mit denen wir diese Aufgaben bewältigen werden, sind klar und eindeutig:

Aufrechterhaltung der bewährten Politik eines abgestimmten Einsatzes von öffentlichen Finanzen, Einkommenspolitik und Währungspolitik — hier insbesondere das Festhalten an der mitteleuropäisch orientierten Hartwährungspolitik.

Um für künftige Wechsellagen gerüstet zu sein, muß der Budgetkonsolidierung Vorrang eingeräumt werden.

Die Förderungssysteme sind in verstärktem Maß in den Dienst der erforderlichen Strukturverbesserung zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir dürfen somit auch den kommenden Jahren mit realistischem Optimismus entgegenblicken. Im zurückliegenden Halbjahr haben sich nicht nur die objektiv meßbaren Indikatoren unserer Wirtschaftsentwicklung verstärkt, sondern auch Klima und Erwartungen haben sich deutlich verbessert. Die Voraussetzungen für das Weiterarbeiten an der stets von neuem notwendigen Strukturanpassung sind daher gut. Die Bundesregierung verfolgt in ihrer Wirtschaftspolitik die heute wieder skizzierte klare Linie, ist aber für neue Überlegungen und Gedanken stets aufgeschlossen, wenn diese im Sinne der uns auferlegten Verpflichtung, für wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität zu sorgen, vertretbar sind. *(Langanhaltender lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 13.33

Präsident: Es liegt mir ein Verlangen vor, gemäß § 81 der Geschäftsordnung über diese Erklärungen sogleich eine Debatte durchzuführen.

Werden gegen diesen Zeitpunkt Einwendungen erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sallinger.

13.34

Abgeordneter Ing. Sallinger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister haben hier heute einen Bericht zur Lage der österreichischen Wirtschaft abgegeben. Ich kann verstehen, daß die Regierung alles sehr positiv sieht, denn sie hat von der Medaille nur eine Seite gezeigt. Es gab eigentlich mehr Eigenlob, und man hat die Unternehmer weder besonders erwähnt noch hat man auf sie Rücksicht genommen. Die beiden Berichte entsprechen zum großen Teil nicht der Wirklichkeit. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sicher gibt es auch positive Aspekte, die von der Regierung ausgegangen sind. Ich möchte das auch sagen. Daß aber nur die Regierung alles Gute gemacht hat, ohne daß auch die Wirtschaft daran teilgenommen hat, ist ein bißchen zu viel und deshalb nicht ganz glaubwürdig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aus diesem Grunde muß ich ein wenig ausholen, um zu zeigen, was die Wirtschaft in Österreich in Bereichen geleistet hat, die nicht so sehr in den Vordergrund gestellt wurden. Der Bundeskanzler hat nämlich vergessen, daß es die österreichischen Unternehmer und ihre Mitarbeiter sind, denen der Aufschwung der letzten Zeit, der vor allem durch ihre Arbeit und durch ihre Tüchtigkeit erreicht wurde, zu danken ist.

Wesentliche Probleme der Wirtschaft, die in nächster Zeit zu lösen sein werden, wurden im Bericht zwar erwähnt, es wurde aber nicht gesagt, wie sie zu bewältigen sind.

Die Sorgen der Unternehmer und die Leistungen ihrer Mitarbeiter, aber auch das Klima werden oft viel zu wenig wahrgenommen. Vielleicht sollte man diese lebendigen Betriebe etwas genauer betrachten. Nur mit Zahlen und Berechnungen, die uns heute vorgelegt wurden, ist es nicht möglich, diese lebendige Wirtschaft zu erfassen, aber auch nicht zu kritisieren. Deshalb müssen wir alle noch mehr die Schwierigkeiten in den Betrieben kennenlernen.

Ein Betrieb muß auf den neuesten Stand gebracht werden. Die Technik und die Technologie sind so großartig und so raschlebig,

Ing. Sallinger

daß die Betriebe kaum nachkommen. Sie müssen die neuesten Maschinen haben und müssen sich bemühen, in der Einrichtung an der Spitze zu stehen. In einem harten Wettbewerb müssen sie dann versuchen, Aufträge zu bekommen, was mitunter sehr schwierig ist. Manchmal kommen ausländische Firmen eher zum Zug als österreichische.

Hat nun ein solcher Unternehmer Aufträge, so kommt zum Beispiel noch die Schwierigkeit dazu, von der öffentlichen Hand rechtzeitig das Geld zu bekommen, welches er für die Löhne und für die Gehälter braucht. Er muß öfter einen Kredit aufnehmen, für den er Zinsen zahlen muß, die er nicht zurückbekommt.

Das gilt für die großen, aber insbesondere für die kleinen Betriebe, da ja Österreich ein Land der kleinen und der mittleren Betriebe ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Bundeskanzler hat in seinen Ausführungen gesagt, er möchte die Wirtschaft überall unterstützen. Ich habe sehr viele Vorschläge, die ich noch machen möchte, werde aber einen schon jetzt hervorheben.

Wir haben vor einigen Jahren ein Mittelstandsgesetz einstimmig beschlossen. Dieses Mittelstandsgesetz ist aber seither nicht mehr erwähnt worden, obwohl die wichtigsten Teile noch kommen sollten. Ich würde den Bundeskanzler bitten, in nächster Zeit über die Weiterentwicklung dieses Mittelstandsgesetzes miteinander reden zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich selbst habe ein Handwerk erlernt, ich war sowohl Arbeiter als auch Angestellter, ich habe ein Unternehmen und habe das vorher von innen und auch von außen kennengelernt.

Wir haben heuer das 40jährige Jubiläum der Zweiten Republik gefeiert, und wir sind stolz auf unsere Leistungen, die wir seit dem Jahre 1945 erbracht haben. Wir haben damals aus der Not heraus erkannt, wie wichtig die Wirtschaft ist und wie notwendig die Unternehmer sind, um mit ihren Mitarbeitern am Aufbau zu helfen. Anscheinend hat man das aber in den letzten Jahren vergessen.

Wir haben am Aufbau unseres Landes einen großen Anteil, und den haben wir bei der 40-Jahr-Feier auch herausgestellt.

Heute geht man aber zu leicht über die Wirtschaft hinweg, und man glaubt, daß die Wirtschaft nur zum Zahlen da wäre. Man

macht die Unternehmer für viele Fehlentwicklungen verantwortlich, die aber in Wahrheit einen politischen Ursprung haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe auch die positiven Seiten der Wirtschaftspolitik anerkannt, doch stimmen damit die Wünsche und die Forderungen, die wir haben, im großen und ganzen nur wenig überein. Treten Erfolge ein und geht es aufwärts, wozu natürlich auch internationale Aktivitäten beitragen, dann nimmt die Regierung für sich in Anspruch, daß sei von ihr allein gemacht worden.

Sie kennen meine Aussagen in meiner Eigenschaft als Präsident der Bundeswirtschaftskammer, meine Politik und auch meine Sachlichkeit. Und deshalb möchte ich mit aller Deutlichkeit hier jetzt feststellen: Die österreichischen Unternehmer haben in den letzten Jahren wirklich erhebliche Anstrengungen gemacht, um die Rezession zu überwinden und eine Wirtschaftsbelebung neu einzuleiten. Natürlich hat sich auch die internationale Konjunktur gebessert, und wir konnten von diesem Aufschwung auch profitieren. Das geht aber nicht von selbst, und die Firmen, die dabei vergessen wurden, haben dazu die größten Initiativen entwickelt.

Es ist sehr schwierig, sich auf den Märkten zu behaupten, und ich glaube, daß die Regierung den Unternehmen eine wichtige Hilfestellung leisten sollte. Die Unternehmer dürfen nicht das Gefühl haben oder spüren, daß sie behindert werden, so wie es jetzt der Fall ist. Die große Belastung durch Steuern, steigende Sozialkosten, bürokratische Hemmnisse und auch Eigenkapitalmangel sind nur einige Beispiele. Die Exportbemühungen und die Erfolge auf diesem Sektor zeigen aber, wie groß der Einsatz unserer Unternehmer ist. Sie haben rationalisiert, wo es geht, bei den Produkten, bei der Lagerhaltung, in den Büros, im Rechnungswesen und in vielen anderen Bereichen. Sie haben gewußt, was sie in den Betrieben tun und wo sie ansetzen müssen. Und da möchte ich sagen: Sie brauchen von außen wirklich keine Belehrungen!

Manchmal habe ich das Gefühl, daß es gewissen Politikern gar nicht paßt, wenn die Betriebe rationalisieren und damit auch wirklich konkurrenzfähig bleiben. Nach Meinung des Sozialministers sollen sie sogar mit einer Maschinensteuer bestraft werden. *(Abg. Dr. Schranz: Wertschöpfungsabgabe!)* Das ist der neue Name, der nur eine kleine Umgehung ist. — Führen die Betriebe keine neuen Maschinen oder keine neuen Arbeitsmetho-

Ing. Sallinger

den ein, dann sagt man, daß die Unternehmer schlafen. Machen sie Gewinne, zerbricht man sich sofort den Kopf, wo man sie umverteilen könnte, statt sie für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Machen die Unternehmer keine Gewinne, wird behauptet, daß sie am Markt vorbeiproduzieren. Das ist die Schwierigkeit, die man auch einmal aufzeigen und die die Öffentlichkeit auch hören sollte.

Meine Damen und Herren! Nur mit der Wirtschaft — nur mit der Wirtschaft! — und nicht gegen die Wirtschaft kann es weiterhin aufwärtsgehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Wirtschaft hat alles darangesetzt, trotz Kapitalmangel zu investieren, neue Ideen zu verwirklichen und auch neue Produkte auf den Markt zu bringen. Und wenn Sie in Ihrem Gedächtnis nachblättern, dann werden Sie feststellen können, daß die Bundeswirtschaftskammer allein zirka 110 Messen pro Jahr im Ausland hat, auf denen unsere Produkte, die Produkte, welche die Facharbeiter in den Betrieben erzeugen, einen großen Anklang finden. Wir gehen auch auf Messen. Wir haben die Wiener Messe, auf der die Wirtschaft zeigen kann, daß sie mit den Produkten der ausländischen Kollegen wirklich Schritt halten kann.

Wir gehen nicht an der modernen Technik vorbei und haben moderne Techniken und Technologien eingeführt und auch genutzt. Hier gibt es in vielen Bereichen noch einen großen Nachholbedarf und auch gewisse Schwierigkeiten bei der Anwendung der Informationsbeschaffung. Wir haben diesen Nachholbedarf erkannt und haben ihm Rechnung getragen. Wir unterstützen den Zugang der Unternehmer, vor allem der kleinen und der mittleren Betriebe, zu neuen Technologien, zum Teil auch auf ganz neuen Wegen.

Von der Handelskammerorganisation werden der Export und die Innovation stärker denn je gefördert. Wir haben die Außenhandelsorganisation ausgebaut und gefördert. In einigen Außenhandelsstellen werden eigene Bearbeiter für technologische Kooperation eingesetzt. Wir haben ein eigenes Japan- und USA-Konzept.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich daran erinnern, daß ich in der vorigen Woche mit führenden Vertretern der japanischen Industrie und der sowjetischen Wirtschaft beim Herrn Bundeskanzler gewesen bin und ihm klarmachen und ihn überzeugen konnte, wie gut die Verhandlungen laufen, welcher persönliche Einsatz und welche persönliche

Freundschaft da sind. Ich habe dann auch einen Besuch beim Herrn Handelsminister gemacht, um ihm zu zeigen, daß die Wirtschaft nicht schläft, daß die Wirtschaft aktiv ist und daß sie nicht allein für sich, sondern für die gesamte Bevölkerung arbeitet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

An erster Stelle sind es die Firmen, die die Grundlage für den guten Export schaffen. Dann kommt unsere Außenhandelsorganisation, die Marktlücken aufspürt und darauf die Firmen hinweist und die persönliche Gespräche führt. Darin liegt auch ein großer Anteil, daß unsere Exportprozente so hoch steigen.

Ich möchte auch betonen, daß die Reisen der Regierungsmitglieder einen positiven Einfluß haben. Einige Erfolge dieser Anstrengungen zeichnen sich jetzt schon ab.

Wir haben aber gar keinen Grund — ich glaube, dieser Meinung sind Sie alle —, uns auf irgendwelchen Lorbeeren auszuruhen oder uns mit der bisherigen Entwicklung zufriedenzugeben. Trotz aller Erfolge bestehen in Österreich noch immer schwerwiegende Strukturprobleme, die unsere wirtschaftliche Situation in Zukunft stark belasten oder behindern werden.

Wir von der Österreichischen Volkspartei bekennen uns zum Strukturwandel, zu gewinnbringenden Unternehmen, zur Rationalisierung und auch zum Wachstum. Das geschieht nicht aus eigenem Interesse, nicht für die Unternehmer allein, sondern im Interesse der gesamten österreichischen Bevölkerung.

Auch die Energiepolitik kann von strukturellen Überlegungen nicht ausgeklammert werden. Der Standpunkt der Wirtschaft in der Frage der Energiepolitik ist allen hinlänglich bekannt. Wir sind für eine sichere, kostengünstige und umweltschonende Energieversorgung. Dazu gehören ohne Zweifel die Wasserkraft und die friedliche Nutzung der Kernenergie.

Daß innerhalb der rot-blauen Koalition der Bundeskanzler für Kernenergie eintritt und der zuständige Handelsminister, Vizekanzler und auch Energieminister dagegen ist, ist für die Österreichische Volkspartei und auch für viele Menschen in der Öffentlichkeit unverstündlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Schon bei der Bildung der Koalitionsregierung haben Sie diese Einstellung der Freiheitlichen Partei

Ing. Sallinger

gekannt. Sie haben aber trotzdem diese Frage aus Ihrem Koalitionspakt ausgeklammert. Jetzt ist die Regierung am Zug, einen verbindlichen Vorschlag zu machen! Die Österreichische Volkspartei ist verhandlungsbereit, wenn ein einhelliger Antrag der Regierung zustande kommt.

Wie groß die Strukturprobleme wirklich sind, zeigt sich nicht zuletzt in der für österreichische Verhältnisse immer noch hohen Arbeitslosigkeit. Trotz der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung — das wurde ja heute auch schon ausgeführt — ist es nicht gelungen, die bestehende Arbeitslosenrate, die durchschnittlich 4,7 Prozent ausmacht, entscheidend zu senken.

Nach der letzten Prognose des Wirtschaftsforschungsinstituts wird im Jahre 1986 die Arbeitslosigkeit noch steigen. Auch der jüngste OECD-Bericht stellt fest, daß es Österreich noch nicht gelungen ist, die strukturellen Nachteile gegenüber anderen Ländern auszugleichen. Dafür wird vor allem die Politik in verstaatlichten Unternehmen und in Bankenkonzernbetrieben verantwortlich gemacht. Sie konzentrieren sich noch immer vorwiegend auf Branchen mit schwachem Wachstum.

Die Beschäftigungspolitik war in erster Linie auf die Erhaltung unproduktiver Arbeitsplätze unter Einsatz von Steuermitteln ausgerichtet. — So steht es im OECD-Bericht.

Der Bundeskanzler hat den OECD-Bericht zwar erwähnt, er hat daraus auch Zahlen zitiert, sich jedoch nur die positiven Dinge herausgenommen. Die tiefgreifende Kritik an der österreichischen Wirtschaftspolitik und die ernste Warnung für die Zukunft hat er eigentlich nicht so recht zum Ausdruck gebracht.

Keine Woche vergeht, ohne daß in den Zeitungen Alarmzeichen aus dem Bereich der verstaatlichten Industrie oder der Banken gemeldet werden. Und trotz aller schon genehmigten Zuschüsse werden immer neue Milliardenbeträge genannt, die natürlich aus dem Budget aufgebracht werden müssen. Das heißt aber nichts anderes, als daß die ohnehin schon mit Steuern überlasteten Privatbetriebe und auch die anderen Steuerzahler mit immer mehr Mitteln für die Defizite der Verlustbetriebe aufkommen müssen. Kritik an den verstaatlichten Unternehmen wird von vielen Seiten geübt.

Lassen Sie mich aber auch sehr deutlich

sagen: Ich bin immer für eine gesunde und konkurrenzfähige verstaatlichte Industrie eingetreten. Man muß auch einmal erwähnen, daß es die Manager dort nicht leicht haben. Aber wenn die Unternehmensführungen die notwendigen, oft harten Schritte zur Sanierung gehen wollen, mischt sich immer wieder die Politik ein. (Abg. Dr. M o c k: Sehr richtig!) Betriebswirtschaftliche Erfordernisse zur Strukturanpassung werden nicht selten durch politische Interventionen verhindert. So geht das natürlich nicht!

Wir wollen und wir brauchen eine gesunde verstaatlichte Industrie. Dabei muß man aber den verantwortlichen Managern auch freie Hand lassen, auch dann, wenn die zu treffenden Maßnahmen nicht in den regierungs- oder parteipolitischen Auftrag hineinpassen.

Die schlechte Lage des Bundeshaushaltes ist ja längst offenkundig und wird auch vom Finanzminister kaum noch beschönigt. Wenn sich der Zustand der verstaatlichten Industrie nicht ändert und weiterhin die Verlustbetriebe saniert werden müssen, dann besteht kaum Aussicht auf Abbau der Budgetdefizite und der Staatsschulden.

Damit rückt aber auch eine Steuersenkung in weite Ferne. Das ist für mich einer der springenden Punkte. Eine Steuersenkung hat die Österreichische Volkspartei zum Vorrang ihrer Parteipolitik gemacht. Und auch die Gewerkschaft ist jetzt mit Nachdruck darauf eingestiegen.

Ich möchte dazu sagen: Als wir selbst eine Steuersenkung verlangt und im Sophiensaal eine große Tagung gehabt haben, wo die Unternehmer sich einhellig dafür ausgesprochen haben, hat sich die Regierung nicht gerührt. Aber als dann von seiten der Gewerkschaft Präsident Benya darüber gesprochen hat, hat das auf die Regierung plötzlich gewirkt. Dabei war das ein zentrales Thema in der Regierungserklärung.

Der Finanzminister hat für das kommende Budget rigorose Sparmaßnahmen angekündigt. Leider sollen sie wieder zum beträchtlichen Teil zu Lasten der Wirtschaft gehen. So will er zum Beispiel direkte Wirtschaftsförderungsausgaben für den Fremdenverkehr drastisch senken.

Meine Damen und Herren! Der Fremdenverkehr ist eine der wichtigsten Säulen der österreichischen Wirtschaft. Er hat über 130 000 Beschäftigte, auch im letzten Jahr hat ihre Zahl zugenommen. Der Deviseneingang

Ing. Sallinger

hat sich im ersten Halbjahr um 15,5 Prozent erhöht. Also gerade beim Fremdenverkehr anzufangen, glaube ich, ist nicht sehr günstig.

Uns ist klar — wir haben es selbst verlangt —, daß bei den Budgetausgaben endlich wirkungsvoll gespart werden muß. Wir sind auch mit einer Reduzierung von Subventionen einverstanden, aber nur dann, wenn es gleichzeitig auch zu einer steuerlichen Entlastung der Betriebe kommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine Streichung der Förderungsmittel ohne irgendeine steuerliche Entlastung kann von der Wirtschaft nicht akzeptiert werden. Und schon gar nicht können wir mit einer willkürlichen Streichung von Förderungsbeiträgen in bestimmten Bereichen einverstanden sein.

Wenn Subventionen gekürzt werden, dann soll das in allen Bereichen und gleichzeitig mit einer steuerlichen Erleichterung für Investitionen geschehen.

Zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit, zur Stärkung der Ertragskraft und zu einer dauerhaften Wirtschaftsbelebung genügt für Österreich der internationale Konjunkturaufschwung nicht. Dazu müssen auch Impulse von der heimischen Wirtschaftspolitik, vor allem von der Steuerpolitik, ausgehen, die wir bis jetzt noch nicht haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Belastungsstopp und steuerliche Entlastung sind das Thema und das Problem Nummer eins für die Österreichische Volkspartei.

Der Steuerdruck ist in den letzten Jahren in einem großen Ausmaß gestiegen. Der Staatsanteil an der gesamten Volkswirtschaft wächst und wächst. Budgetdefizite, Staatsanteile und Steuerdruck bewegen sich, so kommt es mir vor, immer auf einer schiefen Ebene. Die Entwicklung muß die Regierung erkennen und endlich auch einmal einbremsen, sonst werden wir mit unseren Zukunftsproblemen nicht zu Rande kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat einen Reformplan ausgearbeitet. Die ersten Etappen sollen Wirtschaftsimpulse, familienpolitische Erleichterungen und eine Tarifreform bringen. Wir glauben, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist, da der Steuerwiderstand und die Ungerechtigkeit noch stärker werden. Die Regierungsparteien wissen es ganz genau. Sie sprechen über eine Steuerreform nur dann, wenn sie politisch für ihre Parteipolitik notwendig oder gut ist.

Der Finanzminister betont, daß die Eigenkapitalbildung in der Wirtschaft gestärkt werden soll. Und er hat wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Ertragskraft zu stärken und die Investitionen zu erleichtern. Auch heute hat er es in seinen Ausführungen gesagt.

Der Handelsminister verspricht der Fremdenverkehrswirtschaft seit langem eine Reform der Getränkesteuer. Und ich glaube, gerade von der Fremdenverkehrswirtschaft muß man sagen, wie stark sie in die andere Wirtschaft eingebunden ist, wie notwendig sie ist und welche große Bedeutung sie auch für die Arbeitsplätze hat.

Der Präsident des Gewerkschaftsbundes sagt ganz deutlich, daß die Besteuerung der Arbeitnehmer in der heutigen Form nicht mehr zu machen ist, ja sogar unerträglich ist. Die Österreichische Volkspartei hat, wie gesagt, konkrete Vorschläge zu einer Änderung der Steuerpolitik vorgelegt und dabei auch die Budgetsituation berücksichtigt. Das muß auch besonders unterstrichen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Worauf wartet die Regierung eigentlich noch, wann hört sie endlich auf, diese Probleme auf die lange Bank zu schieben? Wir wollen endlich ein gerechtes, ein unbürokratisches und wirtschaftsfreundliches Steuersystem haben! Ich glaube nicht, daß dies ein unbilliges Verlangen wäre. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerecht wird die Besteuerung, wenn nicht nur jene Vorteile haben, die sich auskennen und die komplizierten Bestimmungen für sich ausnützen können. Unbürokratisch wird das Steuersystem, wenn der Steuerpflichtige nicht mehr vor unverständlichen Formularen kapitulieren muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vor allem die kleinen und die mittleren Betriebe dürfen nicht länger mit komplizierten Vorschriften und Verwaltungsarbeiten an ihrer eigentlichen Aufgabe, der Aufgabe in ihrem Betrieb, gehindert werden.

Wirtschaftsfreundlicher ist die Besteuerung dann, wenn die Betriebe nicht finanziell abgewürgt werden, sondern Anreize für Innovation und Investitionen erhalten. Vor allem darf man ihnen die Erträge nicht bis zur Unerträglichkeit wegsteuern.

Wir haben in den letzten Wochen eine große Enttäuschung erlebt. Auch der neue Finanzminister Dr. Vranitzky, dem man Sachver-

Ing. Sallinger

stand und ein gutes Verhältnis zur Wirtschaft nicht absprechen kann, hat resigniert. Er hat die Steuerreform, die Teil der Regierungserklärung ist, abgesagt. Er will den Rotstift zuerst wieder einmal bei der Wirtschaft ansetzen. Und sein eigenes Bekenntnis zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis der Wirtschaft bleibt offenkundig eine Leerformel.

Sicher können nicht alle Forderungen auf einmal erfüllt werden. Sie sind aber schon sehr lange bekannt und offen. Es möge endlich ein erster Schritt gesetzt werden. Ein gerechtes, ein unbürokratisches und ein wirtschaftsfreundliches Steuersystem ist die entscheidende Grundlage für die Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft und für die Bewältigung künftiger Probleme!

Ein weiterer hausgemachter Einfluß, der die Wirtschaftsbelebung und Steueranpassung erschwert, geht von der Sozialpolitik aus. Die hohen Sozialbelastungen, zum Beispiel Lohnnebenkosten von 94 Prozent, schwächen die Konkurrenzfähigkeit aller Bereiche, auch der verstaatlichten Unternehmen. Sie wissen, daß mir das Polemisieren gar nicht so liegt wie Ihnen, Herr Sozialminister. Wenn ich etwas sage, soll das eine sachlich gerechtfertigte Kritik sein und auch als solche aufgenommen werden.

Ich bin auch immer zu gemeinsamen Lösungen, die allen nützen, bereit. Ich muß feststellen: Die sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fesseln, die wir haben, schwächen die Mobilität der Unternehmen und der Mitarbeiter mehr und mehr. Dieser negative Einfluß macht auch vor der verstaatlichten Industrie nicht halt und erschwert die Sanierungsbemühungen.

Dazu kommt eine permanente Ankündigungspolitik des Sozialministers, welche die Unternehmer stark verunsichert. Der Herr Sozialminister will in Österreich im Alleingang generell die 35-Stunden-Woche einführen. Wir haben das auch heute vom Herrn Bundeskanzler gehört. Er sollte einmal in diese kleinen Betriebe gehen und schauen, wie die Situation wirklich ist. Aus Zahlen und Statistiken ist das nicht zu ersehen.

Er will verstärkte Mitbestimmung und verstärkten Kündigungsschutz auch in den kleinsten Betrieben; auch dort soll hineinregiert werden.

Erst in den letzten Tagen hat er wieder angekündigt, daß er eine Verschärfung des Arbeitsverfassungsgesetzes auch ohne Kon-

sens mit den Sozialpartnern dem Parlament vorlegen und durchsetzen will.

Der Sozialminister liebäugelt damit, Rationalisierung und Modernisierung von Betrieben mit einer Maschinensteuer zu bestrafen.

Schließlich will er auch mehr Staatszugriff und Bürokratie in der Lehrlingsausbildung. Dabei ist gerade die Lehrlingsausbildung, die wir haben, international wirklich vorbildlich, sie steht an erster Stelle und wird sehr geschätzt. Im vorigen Jahr wurden praktisch alle, die eine Lehrstelle suchten, untergebracht, und das wird auch heuer wieder gelingen. Ich möchte den Kammern wirklich ein großes Lob aussprechen, weil sie sich sehr bemüht haben, die Jugendlichen unterzubringen, ihnen einen ordentlichen Lehrausbildungsplatz zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Mai 1985 hat die Arbeitslosigkeit bei den 19- bis 24jährigen 5,1 Prozent betragen, bei den 15- bis 18jährigen um 2 Prozent. 1984 hat die Wirtschaft 172 000 Lehrlinge beschäftigt. Von einem „Lehrlingsmangel“ haben wir nicht gesprochen, aber auch von einer Arbeitslosigkeit bei Lehrlingen kann nicht die Rede sein.

Wir haben nicht nur weltweit die besten Fachkräfte, unsere Betriebe sorgen auch in schwierigen Zeiten dafür, daß der größte Teil der Schulabgänger wirklich gute Ausbildungsplätze bekommt, und wir werden uns — dieses Versprechen können wir abgeben — von seiten der Interessenvertretung sehr bemühen.

Ich wage gar nicht auszudenken, wie der Wirtschaftsbericht ausfallen müßte, wenn die unrealistischen Vorstellungen des Herrn Sozialministers schon verwirklicht wären. Dann könnte die Regierung kaum wirtschaftliche Erfolge aufzeigen, sondern nur eine traurige Bilanz offenlegen.

Erlauben Sie mir eine grundsätzliche Bemerkung: Der soziale Fortschritt in Österreich wurde gemeinsam geschaffen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben dazu beigetragen. Aber der hohe Standard ist nur dann dauerhaft, nur dann gesichert und finanzierbar, wenn keine unrealistischen Forderungen durchgesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Alle Maßnahmen sollen und müssen im Einklang mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten geschehen. Diese Meinung ist auch oft von seiten der Gewerkschaften und ihrem Präsidenten ausgesprochen worden. Die

Ing. Sallinger

österreichischen Unternehmer sind nicht unsozial. Eine überzogene Sozialpolitik würde aber die Beschäftigung gefährden, statt sozialen Fortschritt zu schaffen. Je mehr versucht wird, den einzelnen Arbeitsplatz abzusichern, umso mehr geht die Chance für Mobilität und für den Anschluß an die moderne Weltwirtschaft verloren.

In einer lebendigen Wirtschaft gibt es keine starre Struktur. Solche Konservierungsversuche nehmen vor allem der Jugend jede Chance. Sie bedeuten Rückschritt und im hohen Maße auch Jugendarbeitslosigkeit. Unser ganzes Land, die Wirtschaft, die Bevölkerung und insbesondere die Jugend, braucht mehr Beweglichkeit und mehr Bewegungsfreiheit.

Was bedeutet „Beweglichkeit“? — Das bedeutet Entbürokratisierung, mehr Entscheidungsfreiheit, größeren finanziellen Spielraum für die Betriebe. Das bedeutet auch Mobilisierung des Kapitalmarktes, Erleichterungen von Betriebsgründungen und von Betriebsübernahmen. Das bedeutet auch flexiblere Arbeits- und Öffnungszeiten. Die Öffnungszeiten habe ich bereits in meiner letzten Budgetrede angezogen, dieses Problem wird jetzt untersucht, wobei vor allem die Möglichkeiten der Landeshauptleute berücksichtigt werden sollen.

Mehr Beweglichkeit ist nicht nur in der privaten Wirtschaft notwendig, sondern auch im Staat. In einer Zeit, in der auf den Staat immer neue Aufgaben zukommen, muß ständig geprüft werden, ob nicht manche Aufgaben wieder ausgegliedert werden könnten (*Beifall bei der ÖVP*), sonst riskiert man, daß sich die öffentliche Hand immer mehr ausbreitet und schließlich alles vom Staat erledigt wird.

Vieles, was heute im staatlichen Bereich gemacht wird, kann sicher von der Privatwirtschaft besser, billiger und wirkungsvoller besorgt werden. Das soll genützt und von Fall zu Fall ganz pragmatisch entschieden werden. Wichtig ist die bessere Leistung für den Staatsbürger, wichtig sind die geringeren Kosten für den Steuerzahler. Nicht starre ideologische Vorstellungen sollen ausschlaggebend sein, sondern eine flexible Haltung zur staatlichen und zur privaten Wirtschaft.

Wir brauchen ein Klima, das Unternehmer und Arbeitnehmer ermutigt, neue Wege zu gehen, selbständig zu werden und auch den Arbeitsplatz zu wechseln. Jedem soll es möglich sein, ihm gemäße Leistungen zu erbrin-

gen. Ausländische Beispiele zeigen, daß von der Politik große wirtschaftliche Impulse ausgehen können. Sie zeigen, daß man ein Klima schaffen kann, das zur wirtschaftlichen Beweglichkeit motiviert.

Zum Beispiel haben sich gerade in den Vereinigten Staaten viele tüchtige junge Leute mit Innovationen beschäftigt. Sie gehen dabei sicherlich ein großes Risiko ein, erzielen aber auch große Erfolge. Monat für Monat werden dort zirka 50 000 neue Betriebe gegründet. Allein im März dieses Jahres wurden in den Vereinigten Staaten 400 000 neue Arbeitsplätze vorwiegend in Klein- und Mittelbetrieben, allerdings der amerikanischen Größe angepaßt, geschaffen.

Politik kann also beleben, sie kann aber auch behindern und lähmen mit ständigen Staatseingriffen, mit Bürokratie und mit einer leistungsfeindlichen Besteuerung. Österreichs Wirtschaft hat ihre Stärke, ihre Wettbewerbskraft und ihre Leistungsfähigkeit auch in schwierigen Zeiten bewiesen.

Es zeigt sich aber, daß wir in vielen Bereichen behindert werden und dort Anpassungsprobleme haben. Wir haben einen enormen Wettbewerb, sowohl im Inland als auch auf den internationalen Märkten. Dieser Wettbewerb ist nützlich und bringt den Konsumenten mehr Qualität, bessere Preise und auch eine Vielfalt im Angebot.

Der Staat muß mit entsprechenden Spielregeln für einen lautereren Wettbewerb sorgen. Es dürfen nicht die Großen begünstigt und die Kleinen in den Abgrund gedrängt werden. Nur wenn alle eine faire Chance haben, wird der Markt funktionieren und die Wirtschaft florieren.

Mehr Wirtschaftsgesinnung in der Politik, sozialer Realismus, mehr Markt und weniger Staat sind für die Zukunft unserer Wirtschaft unbedingt notwendig. (*Beifall bei der ÖVP.*) 14.08

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Mühlbacher.

14.08

Abgeordneter Mühlbacher (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme den vorliegenden Wirtschaftsbericht 1985 zum Anlaß, einen kurzen Rückblick auf 40 Jahre österreichische Wirtschaft zu halten.

Ich selbst bin im Jahr 1945 als Zwanzigjähriger aktiv in die Wirtschaft eingestiegen und

Mühlbacher

fand die österreichische Wirtschaft sozusagen in der Stunde Null vor. Das heißt, wir Beschäftigte eines Großunternehmens räumen gemeinsam — das war eigentlich bezeichnend für ganz Österreich — vorerst den Schutt weg, und gemeinsam ist es gelungen, wohl in einem Zeitraum von mehreren Jahren, die österreichische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Der Österreicher und die Österreicherin von damals waren getragen von dem Gedanken, das eigene Land und die eigene Wirtschaft wieder aufzubauen. Es ist gelungen, wobei trotz Zusammenarbeit nicht erreicht werden konnte, daß wir sofort den Anschluß an Europa gefunden hätten.

Ich erinnere mich noch genau, daß es in den fünfziger Jahren und Anfang der sechziger Jahre so war, daß sich arbeitslose Facharbeiter dazu entschieden, einen selbständigen Beruf zu ergreifen. Wenn Sie nachsehen, finden Sie, daß gerade in diesen Jahren eine große Zunahme der Zahl unserer Handwerksbetriebe festzustellen war.

In diesen Jahren — das kann man auch feststellen — sind unsere Arbeitskräfte noch in die Bundesrepublik Deutschland gegangen, weil es dort bessere Verdienstmöglichkeiten gab. Es zeigte sich, daß sukzessive in den sechziger Jahren diese Gemeinsamkeit, diese Zusammenarbeit etwas ins Schwanken kam. Ich darf erinnern, daß Sie von der Österreichischen Volkspartei im Jahre 1986 die Alleinregierung angetreten haben ... (Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: Das waren noch goldene Zeiten!)

Ich erzähle Ihnen jetzt von Ihren sogenannten „goldenen Zeiten“ und darf daran erinnern, daß damals Koren als Finanzminister einen „Paukenschlag“ machen mußte, der zu großen Einschränkungen für die österreichischen Staatsbürger geführt hat. Es war auch gleichzeitig der Paukenschlag, durch den dann die ganze Österreichische Volkspartei wieder aus der Regierung gehen mußte. (Beifall bei SPÖ und FPÖ).

Es kam das Jahr 1970. Wir sind angetreten mit dem Ziel und mit der Vorstellung, Österreich europareif zu machen. Sie haben das vergessen. Das ist uns in kürzester Zeit gelungen, und seit damals haben wir wirklich wirtschaftliche Erfolge, die Sie nicht unter den Tisch kehren können. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. König: Herr Abgeordneter Mühlbacher! Der Koren hat das Budget saniert, Ihnen steht das noch bevor!)

Herr Abgeordneter König, Sie erinnern sich doch noch, daß der Abgeordnete Withalm hier gegessen ist und immer geunkelt hat. Ich sage immer, er war der erste Schwarzmalter der Österreichischen Volkspartei.

Sie sehen, er hat 15 Jahre lang nicht recht behalten (Abg. Graf: Er hat recht behalten!), und Ihr Abgeordneter Koren mit seinen Kassandrarufern hat auch nicht recht gehabt. Und wenn Sie das jetzt fortsetzen, Herr Abgeordneter Graf, das machen Sie jetzt schon lange Zeit, werden Sie auch nicht recht haben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Es kamen dann der Ölschock und die Weltwirtschaftskrise, die wir erfolgreich und präzise gemeistert haben. Allerdings hat das einen Preis gekostet. Das ist schon richtig. Aber wir sind heute auf dem Weg — auf Grund der eingeleiteten Budgetkonsolidierung —, auch das wieder wettzumachen. (Abg. Dr. Blenk: War es wirklich so schlecht vor 1970?)

Herr Abgeordneter Blenk! Ich weiß nicht, ob Sie vergessen haben, daß Sie ununterbrochen — das kann ich persönlich feststellen —, seit mehr als zehn Jahren (Abg. Dr. Blenk: Im Jahre 1970 hat doch die Verstaatlichte noch Gewinne gemacht!), und zwar bei jedem Wirtschaftsbericht — mein Vorredner, Abgeordneter Sallinger, hat sich das auch heute wieder nicht verkneifen können —, sagen, dieser Bericht wäre Eigenlob. Der nächste Abgeordnete wird sicherlich sagen, er wäre Schönfärberei. (Abg. Dr. Blenk: War es früher so schlecht?)

Die Kennzahlen, die dieser Wirtschaftsbericht ausweist, beweisen deutlich, daß wir die Wirtschaft in den letzten 15 Jahren auf das Niveau — das läßt sich wirklich gut vergleichen — der anderen westeuropäischen Länder gebracht haben. Das bestätigt dieser Wirtschaftsbericht neuerlich.

Sie kommen nicht davon weg und werden wieder von „Eigenlob“ und von „Schönfärberei“ sprechen. Aber Sie tun sich schon etwas schwer, wenn ich das letzte halbe Jahr oder Jahr verfolge, Sie sind nämlich immer mehr von den wirtschaftlichen Fragen weggegangen. Das hat Ihnen gar nicht gefallen, denn die positiven Ziffern, die wir aufweisen, wollten Sie ja gar nicht. Sie haben sich daher immer auf ein politisches Nebengebiet begeben und haben dort versucht, Ihre Politik zu machen, und Sie werden ja heute auch wieder nicht zugeben, daß die von uns getroffenen Feststellungen richtig sind, daß der Kurs

Mühlbacher

der sozialistischen Wirtschaftspolitik der richtige Weg war und in Zukunft auch sein wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Herr Präsident Sallinger, mein Vorredner, hat schon deutlich gesagt, er anerkenne natürlich auch vieles, unter anderem natürlich auch die Erfolge auf dem Exportsektor; das ist wirklich beachtlich. Es ist schon richtig, daß das die österreichischen Wirtschaftstreibenden zustande bringen, das soll hier voll unterstrichen werden. Aber er mußte auch zugeben, daß die Besuche der Regierungsmglieder, insbesondere in den Staatswirtschaftsländern, wirklich großen Vorteil für unsere Unternehmungen gebracht haben.

Ich stehe nicht an hier zu sagen, daß die Außenhandelsabteilung der Bundeswirtschaftskammer mit den vielen, fast 100 Außenhandelsstellen hervorragende Dienste für die österreichische Wirtschaft leistet. Ich muß noch unterstreichen, daß der Export ein ganz wichtiges Standbein der österreichischen Wirtschaft ist.

So kann man feststellen, daß die sozialistische Wirtschaftspolitik, die seit 15 Jahren erfolgreich geführt wird, gleichzeitig immer auch Arbeitsmarktpolitik war. Wie ich schon gesagt habe, in den schweren Zeiten der Weltwirtschaftskrise sind wir einen anderen Weg gegangen als die übrigen europäischen Staaten, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, aber unser Weg war der richtige.

Wir haben über die öffentliche Hand dafür gesorgt, daß es nicht so viele Arbeitslose wie in den anderen Staaten gibt, und auch das war richtig.

Ich weiß — und das wurde in den Erläuterungen des Herrn Bundeskanzlers schon angeführt —, daß wir weiterhin mit dem Problem Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben. Es ist ein wichtiger Punkt, auch in Hinkunft Arbeitsplätze zu schaffen. Ein Bereich, wo es wirklich noch möglich ist, Arbeitsplätze zu schaffen, ist die Ausweitung unseres Außenhandels, unserer Exporte; dort könnten zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, denn unsere Waren, unsere Erzeugnisse, die wir ins Ausland verbringen, haben auf Grund ihrer Qualität hohes Ansehen, und unsere Lieferbedingungen und unsere Zusagen werden voll eingehalten und anerkannt. Das heißt: Es ist möglich, daß wir unseren Außenhandel noch wesentlich erweitern.

Dazu ist es aber nötig, und jetzt komme ich

gleich zum nächsten, was zum Teil auch Herr Sallinger, mein Vorredner, aufgezeigt hat, daß unsere Betriebe dementsprechend ausgerichtet werden. Nun hört man immer wieder von Strukturwandel, der in unseren Betrieben endlich durchgeführt werden sollte — da wird mir der Herr Abgeordnete Taus recht geben —, in der Wirtschaft und bei unseren Betrieben gibt es einen permanenten Strukturwandel. Die Unternehmen müssen sich andauernd den Gegebenheiten anpassen, man kann nicht sagen, das soll schneller gehen, es soll abgeschlossen werden, denn es ist das ein permanenter Vorgang, und wir sind da auch dahinter.

Ich möchte noch eines aufzeigen, das mir wichtig erscheint. Wieso haben wir diese Erfolge beim Export und in der Wirtschaft? Ich glaube, dazu trägt zu einem guten Teil die Investitionsförderungs politik bei, die zum Teil immer und auch jetzt wieder in ihrem Steuerpapier von Ihnen so verurteilt wird. Nur manchmal komme ich ins Schwanken, wenn ich den Herrn Präsident Sallinger höre und er sagt: Ich stelle mich gegen die Abschaffung der Investitionsförderung in gewissen Branchen. Ich habe ihm das schon am Bundeskammertag gesagt, da hat er das Umgekehrte gesagt, da hat er gesagt, auf Grund des Steuerpapiers der ÖVP gehörten die direkten Investitionsförderungen abgeschafft. Im Papier selbst steht drinnen, daß Sie eine 10prozentige Kürzung aller direkten Investitionsförderungen wollen. Das finden wir nicht richtig. *(Abg. Dr. B l e n k: Die indirekten ...)* Wir werden bei unserem Weg bleiben und werden nach wie vor unseren Unternehmungen, die Arbeitsplätze schaffen — und dazu gehören unsere Exportbetriebe, unsere Fremdenverkehrsbetriebe und so weiter —, weiterhin Investitionsförderung zukommen lassen, denn das ist ja ein wichtiges Standbein unserer Wirtschaft. *(Abg. Dr. B l e n k: Zukommen lassen — die verdienen das ja! — Abg. Dr. M o c k: Lassen Sie sie verdienen!)* Herr Parteiobmann Mock! Was heißt, wir würden Sie nicht verdienen lassen? — Selbstverständlich verdienen sie, reden Sie nicht immer nur von drei, vier Betrieben, die Sie aus dem Sack ziehen und sagen: Da schaut es fürchterlich schlecht aus. Reden Sie doch einmal von den vielen Tausenden Betrieben, den guten Mittelbetrieben, die wir in Österreich haben, von denen wir überhaupt nie reden, weil sie uns keine Sorgen machen. Die kommen nicht, die arbeiten fleißig und passen sich an. Dort ist wirklich ein Reservoir, das unsere Wirtschaft hält, denn Sie sehen ja, was alles von dieser Wirtschaft hervorgebracht wird. *(Abg. Dr. T a u s: Trotz der Regierung! — Abg. Dr.*

Mühlbacher

Blenk: Wenn sie so zufrieden wären, hätten sie den Freien Wirtschaftsverband gewählt! Lieber Herr Kollege Blenk! Wenn Sie also auf die Kammerwahlen zu sprechen kommen wollen, sage ich Ihnen: Es hat sich überhaupt nichts geändert, es ist alles beim alten geblieben. Nur die Vereinbarungen, die Sie seinerzeit mit dem Ring der Freiheitlichen getroffen haben, sind ein bißchen zu hoch angesetzt worden, ansonsten ist nichts passiert. (Abg. Dr. Blenk: Sie kennen doch die Stimmung auch!)

Sie brauchen gar nicht auf diese Kammerwahlen anspielen. Ich kann Ihnen versichern, es bleibt alles beim alten. Ich habe beim Bundeskammertag gesagt, wenn man uns braucht — und man wird uns brauchen —, werden wir unsere Mitarbeit wieder anbieten, aber unter gegebenen Voraussetzungen.

Arbeitsplatzbeschaffung wird also notwendig sein. Der Staat wird sein möglichstes dazu tun, um Betriebe, die sich an die Gegebenheiten anpassen, in Form von Investitionsförderungen und sonstigen Förderungsmaßnahmen zu unterstützen. Die Unternehmer in Österreich können sich über Investitionsförderungen überhaupt nicht beklagen, denn sehen Sie sich bitte die indirekten Investitionsförderungen, das sind die über die Steuern, an, derartig hervorragende und großzügige Investitionsförderungen, wie wir sie haben, gibt es in der ganzen westlichen Welt nicht. (Abg. Dr. Blenk: Das müssen Sie sich in der Relation zur Gesamtbelastung anschauen!) Aber schauen Sie sich doch das Einkommensteuergesetz und das Gewerbesteuerengesetz in der Bundesrepublik an und alle Förderungsmaßnahmen, die es dort gibt, weil das für Sie vergleichbar ist! Da werden Sie sehen, daß wir hervorragende Förderungsaktionen haben, desgleichen auch bei den direkten Förderungen, die Sie ja abschaffen wollen, was die Unternehmer sicherlich nicht verstehen können. (Abg. Dr. Blenk: Sie geben mir recht, daß das nur in Relation zur Gesamtbelastung zu sehen ist!)

Herr Abgeordneter Blenk! Ich weiß schon, daß auch die Handelskammer- und Bundeskammervereine in Ihrer Partei sich sehr schwer tun, denn in diesem Steuerpapier, das sozusagen die Partei erarbeitet hat, steht vieles drinnen, was für die Selbstständigen nicht so günstig ist.

Sie klammern sich natürlich an dieses Papier, und wir werden heute sicherlich noch des öfteren hören — wie man aufgrund ihrer Redneraufstellung schließen kann —, wie gut

und wichtig dieses Steuerpapier wäre. Verehrte Damen und Herren! Dazu ist gleich noch einmal zu sagen: Sie verlangen da eine Steuersenkung. Sie gehen mit diesem Anliegen groß in die Werbung. (Der Redner zeigt eine Broschüre vor.) Hier habe ich die letzte mit dem Herzerl, Titel: „Mein Geld brauche ich selbst“. — Verehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ich habe von hier aus schon einmal gesagt: Auch eine Opposition hat Verantwortung. Es war schon einmal soweit, daß Sie derartige Werbungen gemacht haben, im Sinn von: „Der Staat als Verschwender“, im Sinn von: „Ihr zahlt die Steuer umsonst“. Seien Sie vorsichtig, überdrehen Sie das nicht! Beachten Sie, daß wir lieber bei einer hohen Steuermoral bleiben sollen, als derartig vorzugehen!

Verehrte Damen und Herren! Nun ein weiteres Gebiet der Arbeitsplatzbeschaffung, das schon in Angriff genommen worden ist und das sicherlich auch ausgebaut werden muß. Es sind das die Umweltschutzmaßnahmen, die Österreich zu treffen hat und noch zu treffen haben wird. Wir sind im Bereich der Umweltschutzindustrie am Anfang. Hier ergeben sich vielfältige Arbeitsplätze. Wie der Herr Bundeskanzler in der Erklärung schon gesagt hat oder der Herr Finanzminister: Das kostet aber auch Geld. Hier appelliere ich wieder einmal an die Österreichische Volkspartei: Umweltschutz soll uns ein nationales Anliegen sein. Ich habe es hier schon einmal gesagt: Wir werden hinausgehen müssen und die Bevölkerung aufklären müssen, was das heißt: Baumsterben. Wir werden die Bevölkerung dementsprechend motivieren müssen, sodaß sie versteht, warum hier Kosten für jeden einzelnen erwachsen. (Abg. Dr. Blenk: Das Wort „Wald“ kam in der Rede des Herrn Bundeskanzlers nicht einmal vor!) Ich bringe es aber jetzt. Er hat von Umweltschutz gesprochen, selbstverständlich meint er auch das. Er meint nicht nur den Wald, er meint auch die Luft und er meint auch das Wasser, er hat es ganz deutlich gesagt. (Abg. Dr. Blenk: Dann hätte er das auch sagen können!) Aber ich rede vom Baum, weil ich glaube, daß man mit dem Thema „Baumsterben“ am ehesten an den Staatsbürger herankommt und Verständnis finden wird. Denn Wasser und Luft, das ist alles schon ein bißchen weiter weg, aber wenn er sehen kann, daß dem Baum, den er vor seiner Eigentumswohnung oder vor seinem Einfamilienhaus hat, etwas passiert, ist nämlich das Einfamilienhaus oder die Eigentumswohnung oder die Zweitwohnung nichts mehr wert.

Wir werden da noch viel mehr Mittel benöti-

Mühlbacher

gen, als wir bis jetzt aufgebracht haben. Wenn man den Experten Glauben schenken kann, dann geht es um Beträge, die in den nächsten 15 Jahren horrend ansteigen, die Experten reden davon, daß man im Jahr 50 bis 60 Milliarden Schilling benötigen wird. Aber all das bringt für die Wirtschaft Arbeitsplätze, das heißt, wir müssen die Betriebe dementsprechend ausbauen. Wenn es uns gelingt, der Bevölkerung überzeugend klarzumachen, daß wir einerseits gesunde Unternehmungen brauchen für den Export, zur Schaffung der Arbeitsplätze, was notwendig ist, um die Mittel für den Umweltschutz aufzubringen, wenn es darüber hinaus gelingt, ihnen auch zu sagen, daß man für so viele Betriebe, die für den Export, für den Umweltschutz arbeiten, ausreichend Energie benötigt, dann kann ich schließlich sagen: Das wird uns gelingen. Sie werden alle erkennen, daß Wasserkraft- und Kernkraftwerke die saubersten Energiequellen sind. *(Abg. Brandstätter: Glaubt das der Steger auch?)*

Jetzt kommt einmal mehr mein Ersuchen an Sie: Überlegen Sie sich das doch einmal! *(Abg. Dr. Blenk: Sagen Sie das dem Herrn Energieminister!)* Wir werden in einem Monat Zwentendorf zusperren und werden vielleicht in fünf Jahren wieder ein Atomkraftwerk bauen, da lacht doch die ganze Welt über uns. Daher komme ich auf Sie zurück und muß sagen: Dem Herrn Sallinger war es unverständlich, daß der Herr Vizekanzler da nicht zustimmt *(Zwischenrufe.)*

Jetzt sage ich Ihnen: Mir ist es unverständlich, daß der Wirtschaftsflügel in der Österreichischen Volkspartei sich nicht durchsetzen kann, um zu einer Volksabstimmung Ihr Ja zu geben, das ist unverständlich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Was habt ihr für eine Regierung beieinander!)* Ich glaube, man kann dieses Recht jedem zugestehen — und das wird von Ihnen auch Ihren Leuten gegeben werden —, daß der eine oder der andere nicht zustimmt. Aber Sie müßten doch erkennen, daß es ganz gleich ist, ob die Freiheitliche Partei mitstimmt oder nicht, weil ja eine Zweidrittelmehrheit gebraucht wird. *(Abg. Dr. Blenk: Es geht ja nicht um die Partei, sondern um den Energieminister!)* Ist das Ihre immer wieder angebotene Mitarbeit? Ist das Ihr Verständnis für die Wirtschaft? Da müssen Sie es sich schon gefallen lassen, daß ich Sie wirtschaftsfeindlich nenne, das unterstreiche ich, daß Sie sich da nicht durchsetzen können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Das ist ja ein Abgesang der Regierung!)*

Aber es ist mir eine andere Vermutung gekommen, und zwar war das gestern oder vorgestern, als Ihr Herr Zentralsekretär *(Abg. Graf: Wir haben keinen Zentralsekretär!)* die Äußerung getan hat: Nur nicht abwracken, um Gottes willen, laßt das Kraftwerk Zwentendorf noch zwei Jahre stehen!

Jetzt habe ich mich gefragt: Warum zwei Jahre? Ah, da ist 1987, da ist die Wahl. *(Abg. Brandstätter: Da kommt vielleicht ein anderer Energieminister!)* Das heißt, Sie versprechen uns, wenn wir das nächste Mal eine große Koalition anbieten, dann sperren wir sofort auf. Dann gibt die Österreichische Volkspartei ihre Zustimmung. Aber bitte, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, das ist doch primitiv, was Sie da aufführen. Das ist lächerlich und unverantwortlich.

Das ist eine Trotzhandlung von Ihnen, weil Sie sagen: Wir sind nicht in der Regierung, darum wird nicht aufgesperrt, wir geben nicht einmal das Plazet dazu, daß wir zu einer Volksabstimmung kommen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Und das macht diese Wirtschaftspartei, der bewußt sein muß, was Energie für die Wirtschaft bedeutet. Verzeihen Sie mir, so kann man sich eine Zusammenarbeit auch in Hinkunft nicht vorstellen. Es wäre viel gescheiter, Sie würden jetzt mit uns übereinstimmen. Das wäre ein Beweis der Zusammenarbeit. So könnte man der österreichischen Wirtschaft dienen und nicht durch parteipolitische Taktik, wie Sie sie heute und in letzter Zeit vorführen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Ihr Energieminister ist auch Industrieminister!)*

Wir werden uns also weiterhin mit der neuen Technologie auseinandersetzen, das heißt — das ist heute schon gesagt worden —, die Technologie schlägt bei uns bereits am Arbeitsmarkt durch. Das heißt aber nicht, daß wir die Technologie verleugnen, sondern ich glaube, es ist notwendig, daß wir unsere Betriebe auf den neuesten Stand bringen und den anderen Weg gehen, den ich vorgeschlagen habe, den der Arbeitsplatzbeschaffung.

Natürlich soll man, wie Herr Sallinger sagt, die Klein- und Mittelbetriebe nicht vergessen, das ist nicht nur ein Anliegen des Herrn Präsidenten Sallinger. Es gibt auch andere, die sich darum sehr bemühen, vielleicht ehrlicher und vielleicht... *(Abg. Graf: Dafür haben Sie so viele Stimmen gewonnen bei der Kammerwahl! Wer kann denn Sie ernst nehmen?)*

Mühlbacher

Wissen Sie überhaupt, Herr Abgeordneter Graf, daß Sie in Wien eigentlich nicht die Mehrheit haben, weil dort nur 47 Prozent gewählt haben? Da waren ja 53 Prozent nicht wählen! Wer sagt, daß das Ihre Stimmen sind? (Abg. Dr. Blenk: Warum haben Sie Ihre Leute nicht zur Wahl geschickt? Dann hätten Sie 50 Prozent gehabt!) Damit haben Sie ja gar nicht die Mehrheit. (Zwischenruf der Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler.) Aber, Frau Vizepräsident! Rechnen Sie, Sie werden draufkommen. Ich weiß, es gefällt Ihnen nicht, wenn ich Ihnen sage, daß Sie nur 47 Prozent Wahlbeteiligung gehabt haben. (Ruf bei der SPÖ: Aber sie sind besser als die Studenten!)

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Ich habe immer gesagt, ich erkenne Ihre Macht, Ihre großzügige Macht dort an. Aber ich sage Ihnen noch eines, das habe ich am Bundeskammertag auch gesagt — ich muß das heute alles wiederholen, weil der Herr Abgeordnete Graf dort weggegangen ist. (Abg. Graf: Wegen Ihnen bin ich wirklich nicht dort geblieben!) Es wäre viel lustiger gewesen, wenn Sie dort geblieben wären. (Abg. Graf: Johannes XXIII. hat gesagt: Nimm dich nicht so wichtig! Das gilt nicht nur für mich, auch für Sie, Frau Kollegin Karl!) Herr Abgeordneter Graf, ich nehme Sie nicht so wichtig. Ich brauche aber einen Partner, es ist sonst viel zu langweilig.

Ich habe am Bundeskammertag gesagt, daß die kleinere Fraktion auch zu berücksichtigen ist, insbesondere, weil sie bei gewissen Dingen sehr notwendig ist, diese Mitarbeit habe ich dort wieder angeboten. Wenn es um die Wirtschaft, um die Klein- und Mittelbetriebe geht, gehen wir in gleicher Weise vor, davon bin ich überzeugt. Aber nicht bei solchen Steuerpapierln, wie Sie sie haben, bei Aussagen zur Investitionsförderung, wo es einmal ja, einmal nein heißt, jeden zweiten Tag etwas Neues, auch nicht in der politischen Taktik bei den Themen wie Zwentendorf (Zwischenruf der Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler), bei der Wasserkraft und so weiter. Meine Damen und Herren, insbesondere die Damen und Herren der Handelskammern, die Präsidenten, die dort sind, dieses parteitaktische Spiel lassen wir uns nicht gefallen.

Damit, verehrte Damen und Herren, schließe ich meinen Beitrag. Ich möchte nur zum Schluß noch sagen, daß wir 15 Jahre hindurch die Wirtschaftspolitik Österreichs beeinflusst haben (Abg. Dr. Maria Hosp: Nachteilig beeinflusst!), daß wir heute einen Wirtschaftsbericht vorlegen können, der trotz

der Ölschocks in den siebziger Jahren, trotz der weltweiten Krise ein hervorragendes Ergebnis im Vergleich zu den anderen westlichen Ländern aufzeigt. Ich möchte schließlich und nochmals betonen, für uns ist Wirtschaftspolitik immer Arbeitsmarktpolitik, in Hinkunft ist auch die Umweltpolitik von uns miteingeschlossen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 14.34

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

14.34

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Sowohl der Herr Bundeskanzler als auch der Herr Finanzminister haben die positive Wirtschaftsentwicklung Österreichs überzeugend und ausführlich dargestellt. Anhaltende Konjunkturerholung, stabiles Wachstum, Steigerung der Industrieinvestitionen, hohe Dynamik der Exporte, Belebung im Fremdenverkehr, steigende Beschäftigung, keine Probleme mit der Leistungs- und Zahlungsbilanz, stabile Preise, niedrige Arbeitskosten für die Wirtschaft: das ist eine lange Liste positiver Wirtschaftseckwerte.

Auf der Passivseite stehen dagegen die Arbeitslosenzahlen und die eher mäßige Endnachfrage, wobei bestimmt gewisse Zusammenhänge bestehen. Diesen Fragen werden wir zweifellos noch größeres Augenmerk schenken müssen. Doch immerhin: Die Passivliste ist sehr kurz.

Wir Freiheitlichen freuen uns von ganzem Herzen über das Florieren der österreichischen Wirtschaft und wir sind stolz auf die Erfolge der österreichischen Wirtschaftspolitik, die von der sozial-liberalen Koalition verantwortlich gestaltet wird. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) Natürlich hat es auch international einen gewissen konjunkturellen Aufwind gegeben. Warum sollten wir das leugnen? Aber niemand kann leugnen, daß wir den Aufwind bestmöglich genutzt haben.

Erstens, um die Budgetkonsolidierung einzuleiten. Daß dieses dringende Problem voll erkannt wird, darauf haben wir schon in Oppositionszeiten hingewirkt. Daß die Budgetkonsolidierung aber sogar von einem sozialistischen Finanzminister so intensiv betont wird, zeigt das gemeinsame Bemühen dieser Koalition um einen geordneten Staatshaushalt. Dafür sind wir Freiheitlichen schon immer eingetreten. Ein erster Schritt war und ist die Eingrenzung des Nettodefizits. Das ist erfreulicherweise gelungen. 1984 blieb das

599

Grabher-Meyer

Nettodefizit um fast 5 Milliarden unter dem Voranschlag. Außerdem war das Nettodefizit 1984 um zirka 8 Milliarden niedriger als 1983. Dieser Erfolg ist zweifellos zum Teil auf einnahmenseitige Maßnahmen zurückzuführen. Eine weitere Stabilisierung wird in Zukunft stärkere ausgabenseitige Maßnahmen erfordern.

Wir Freiheitlichen unterstützen den Finanzminister in seinem Bemühen, den zweiten Schritt zu tun: zur qualitativen Budgetkonsolidierung überzugehen.

Seit langem haben wir angeregt, neu zu überdenken, welche Aufgaben der Staat sinnvollerweise übernehmen sollte und wie er diese Aufgaben optimal erfüllen kann. Vom Präsidenten des Rechnungshofes wird uns alljährlich eindrucksvoll vorgeführt, wie gering der budgetäre Handlungsspielraum ist, weil allzu viele Ausgaben gesetzlich oder vertraglich festgelegt sind, teilweise seit Jahrzehnten nicht hinterfragt. Wir müssen die Ausgabenseite bändigen. Auch für diesen zweiten Schritt werden wir die Chancen des konjunkturellen Aufwindes nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Der dritte Arbeitsschwerpunkt liegt nach wie vor in der Umweltpolitik. Österreichs Vorreiterrolle zieht bereits auch andere Länder nach.

Wir Freiheitlichen waren die ersten, die in der Politik von qualitativem Wachstum gesprochen haben; von einem Wachstum, das sich nicht an starren materiellen Rechengrößen, sondern an den Werten der Lebensqualität orientiert. Andere sind uns dann mit dem Schlagwort von der „Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie“ gefolgt. Den wenigsten ist aber bewußt, daß in Wahrheit beiden Worten dieselbe Bedeutung zukommt, nämlich gut wirtschaften, gut haushalten. Ökologie ist nichts anderes als Ökonomie auf lange Sicht und in größerem Zusammenhang! — Wie es Professor Bruckmann definiert.

Die ökologische Sichtweise hält es zum Beispiel für wirtschaftlich sinnvoll, auch noch unseren Kindern gesunde Lebensbedingungen zu hinterlassen. Auch die ökologische Sichtweise ist für den Fortschritt, fragt aber nach seiner Richtung und nach seinem Preis inklusive Folgekosten. In diesem Sinne ist es durchaus ökonomisch, höheren Nutzen mit geringerem Aufwand erreichen zu wollen. Es geht uns allen nur dann besser, wenn wir, anstatt mehr zu vergeuden, so sinnvoll arbei-

ten und erzeugen, daß wir weniger vergeuden und wegwerfen müssen.

Unser freiheitlicher Handelsminister und Vizekanzler versucht oft gegen allergrößten Widerstand, diesen wirtschaftlichen Denkansatz in seinem Bereich zu verwirklichen. Ich spreche jetzt nicht nur von der Abfallverwertungsagentur, sondern beispielsweise auch davon, daß der von ihm ausgearbeitete und von der Bundesregierung präsentierte Energiebericht der erste nutzungs- und bedarfsorientierte Energiebericht in dieser Republik ist, denn die Nachfrage ist die wahre Frage des Marktes.

Bezeichnenderweise war die Österreichische Volkspartei gegen diesen nutzorientierten Denkansatz. Sie hat gegen den Energiebericht gestimmt; offenbar hält sie nichts von Ökonomie auf lange Sicht und in größerem Zusammenhang.

Die Grundfrage lautet: Können wir auf der Basis derzeitiger Energieverfügbarkeit mit Hilfe energiesparender Verfahren und Maßnahmen weiterhin gleich hohe Lebensqualität erreichen? Diese Frage beantworte ich mit einem eindeutigen Ja. Wer mich vom Gegenteil überzeugen will, der muß mir das mit Zahlen und Fakten beweisen.

Nun zur immer wieder aufflammenden Atomdebatte. Der Herr Bundeskanzler hat natürlich recht, wenn er die Verantwortung des Parlaments für die Inbetriebnahme oder Nichtinbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf hervorhebt. Selbstverständlich kann es nur Sache des Parlaments sein, die erforderliche Zweidrittelmehrheit für eine neuerliche Volksabstimmung zustande zu bringen. Bis dato hat das Parlament keine Zweidrittelmehrheit zustande gebracht. Die ÖVP und die SPÖ werden nächste Woche im Wirtschaftsausschuß des Bundesrates wieder einmal die Gelegenheit haben, die Sache zu beraten.

Die Freiheitliche Partei und unser Vizekanzler haben bisher ihre Schuldigkeit getan. Manche unserer Mitglieder meinen, wir haben sogar schon etwas mehr als nur unsere Schuldigkeit getan.

Der Vizekanzler hat jedenfalls dem Handelsausschuß jede mögliche Entscheidungshilfe geleistet. Er hat seine Beamten veranlaßt, Unterlagen für den Ausschuß zu erarbeiten; er hat jeden diesbezüglichen Bericht des Bundeskanzlers, der Reaktorsicherheitskommission, jedes Aide-mémoire und jedes son-

Grabher-Meyer

stige Schreiben den Ministerrat passieren lassen. Am Vizekanzler liegt es also nicht, wenn es noch keine parlamentarische Einigung gibt. Das hat ganz offensichtlich andere Gründe.

Die Bevölkerung hat klar erkannt, wer für das derzeitige Tohuwabohu verantwortlich ist, nämlich die Österreichische Volkspartei. Eine Gallup-Umfrage — ironischerweise im Auftrag der „Wochenpresse“ — hat folgendes Ergebnis gebracht: 42 Prozent der Österreicher weisen für eine Stilllegung des Kernkraftwerkes Zwentendorf der ÖVP die alleinige Verantwortung zu. Deutlicher kann ein Ergebnis wohl nicht sein.

Die Jein-Strategie der Österreichischen Volkspartei hat nicht nur zu einer internen Zerreißprobe geführt, sondern der ÖVP auch nach außen hin keine Lorbeeren gebracht. (Abg. Dr. Ettmayer: Gibt es in dieser Frage eine Einigung in der Regierung?) Der Klubobmann regiert mit seinem Generalsekretär gegen eine offenbar vorhandene Klubmehrheit — ein wahrhaft trauriger Zustand für innerparteiliche Demokratie. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) Herr Kollege Ettmayer, wenn Sie nicht wissen, wie es bei Ihnen zugeht, dann lese ich es Ihnen vor. (Abg. Dr. Ettmayer: Sind der Bundeskanzler und der Vizekanzler einer Meinung?) Ich lese es Ihnen vor. (Abg. Dr. Ettmayer: Nein, wir reden von der Regierung!) Schauen Sie, es sind nicht meine Worte, die den Zustand in Ihrer Fraktion kritisieren. Es sind Worte Ihres Freundes und Kollegen Keller. Keller sagt in der „Wochenpresse“ wortwörtlich (Abg. Dr. Kohlmaier: Was würde der Grabher-Meyer machen, wenn er den Keller nicht hätte?), hören Sie zu:

„Wenn wir schon eine demokratische Partei sind“ — er stellt das fast in Frage —, „dann müssen wir auch dem Volk die Mittel der Demokratie zumuten. Ich betreibe mein Vorhaben schon seit März, weil mir das zu blöd ist, wie sich die ÖVP mit der billigen Ausrede lächerlich macht, daß wir erst dann einer Volksabstimmung zustimmen, wenn die Regierung eine Vorlage einbringt.“ — Ihrem Abgeordneten Keller ist das zu blöd. (Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Ettmayer: Ihnen sollte das zu blöd sein!)

Keller sagt weiter: „Ich weiß genau, daß mehr als 80 Prozent der VP-Abgeordneten im Parlament für die Volksabstimmung sind. Ich kenne ja die Meinung meiner Kollegen. Da gibt es nur ein paar grün Angehauchte um den Heinzinger, vor allem aus dem Wiener

Raum, die dagegen sind. Auf die Dauer können wir uns in den Bundesländern von einer kleinen Gruppe von drei, vier Wiener Abgeordneten, eben die Busek-Heinzinger-Gruppe, nicht tyrannisieren lassen.“ (Abg. Dr. Kohlmaier: Der Keller ist heute berühmter als Sie! Das ist auch eine Leistung!)

Hier kommt doch deutlich zum Ausdruck, wie es bei Ihnen zugeht. Er sagt, er wurde in seiner Partei tyrannisiert, und bewahrheitet somit das, was ich gesagt habe. (Abg. Dr. Kohlmaier: Dort geht es fast so zu wie in der FPÖ!) Das Duo Mock-Graff hat Ihre Fraktion vergewaltigt, und Sie haben sich vergewaltigen lassen.

Wie lange, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, lassen Sie sich das noch bieten? Ich meine, Herr Präsident Graf hat solchen Dissidenten einen Ausweg gezeigt. Er — abgesichert durch einige Pfründen — hat gesagt: Es kann ja jeder sein Mandat zurücklegen. Nur: Das ist eben die Theorie, und das andere die Praxis der Österreichischen Volkspartei. (Abg. Graf: Von welchen Pfründen reden Sie denn?)

Eine Ihrer Pfründen ist wohl der Handelskammerpräsident im Burgenland. Oder ist das keine Pfründe? (Abg. Graf: Ich arbeite dort zum Unterschied von Ihnen, falls Ihnen das nicht bekannt ist!) Im Burgenland kann ich nicht gut arbeiten, Herr Kollege Graf. (Abg. Graf: Und niemand hat Sehnsucht nach Ihnen! Aber das ist doch keine Pfründe, wenn ich dort arbeite!) Ich bezeichne das schon als Pfründe, was Sie dort unten haben. Aber fragen Sie Ihren Keller, was der Ihnen sagt, wenn Sie ihm den Rücktritt empfehlen, Herr Kollege Graf. So einfach kann man sich innerparteiliche Demokratie auch nicht machen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.)

Auf der einen Seite kritisiert Ihr Parteiobmann Mock vehementest eine Erklärung von Sozialisten, in der es heißt: Die Partei bedeutet uns alles. Die Österreichische Volkspartei, Mock sagt: Bei uns ist der Abgeordnete, der einzelne alles, nicht die Partei. — So schaut es dann in der Praxis aus. Wenn einer einmal von dem Recht, selbst nachdenken zu dürfen und selbst initiativ werden zu wollen, Gebrauch macht, dann wird ihm gesagt: Ohne die Partei bist du gar nichts, tritt zurück! — Das ist die Demokratie der Österreichischen Volkspartei! (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Wir Freiheitlichen haben in der Atompolitik ein gutes Gewissen. Wir haben seit Jahren

Grabher-Meyer

eine klare, sachlich fundierte Linie konsequent vertreten. Wir spielen keine taktischen Spielchen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.)*

Wir können es uns sogar leisten, bei Abstimmungen keinen Klubzwang anzuwenden, den es nebenbei bemerkt in dieser Form bei uns gar nicht gibt. Wir brauchen den Klubzwang nicht einmal aufzuheben, wir wenden ihn einfach nicht an. Das ist bei der Österreichischen Volkspartei offensichtlich ganz anders, wie wir gerade in dieser Auseinandersetzung mit Keller und mit Ermacora in Ihrer Partei gehört haben.

Diese konsequente Linie gerade in dieser Frage wird von unseren Mitgliedern und Funktionären voll mitgetragen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Auch von Peter?)* Auf dem letzten Parteitag wurde die Atomlinie der Partei mit überwältigender Mehrheit bestätigt, ebenfalls ohne Abstimmungszwang. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Aber gegen die Auffassung Ihres Klubobmannes! — Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.)*

Klubobmann Peter kann wie jeder in unserer Fraktion von seinem Recht als Abgeordneter Gebrauch machen und abstimmen, wie er es für richtig hält. Bei Ihnen ist das eben nicht so, bei uns ist das so. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Darüber hinaus erhalten wir auch Unterstützung von fachlich qualifizierten Personen, die nicht unserer Gesinnungsgemeinschaft angehören. Wir bekommen Zuschriften von Zivilingenieuren, von Physikern, von Geologen und anderen Wissenschaftlern, die unsere Auffassungen mit ihren Argumenten bestärken. Wir Freiheitlichen sehen also wirklich keinen Grund, von unserer konsequenten Linie abzugehen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Mit Ausnahme Ihres Klubobmannes!)*

Ein weiterer Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit dieser Koalition muß die Strukturpolitik sein und bleiben. Auch hier können wir auf langjährige positive Ansätze zurückblicken. Die ersten Gespräche über strukturpolitisch wichtige Maßnahmen zwischen Freiheitlichen und Sozialisten gehen noch auf ferne Oppositionszeiten zurück. Kontinuierlich haben wir unsere Ideen vorgebracht, Zweifel ausgeräumt und gemeinsame Lösungsansätze gefunden.

Wenn wir Freiheitlichen Strukturpolitik sagen, dann meinen wir nicht nur das Upgrading eines Unternehmens in Richtung höher-

wertiger Produktion, wir schließen in den Begriff Strukturpolitik die Betriebsgrößen, die Branchen, Sektoren und Regionalstruktur ein.

Das ist umfassend, das ist kompliziert, das ist aber leider notwendig. Denn nur die ganzheitliche Betrachtung führt zu einer ausgewogenen Entwicklung der gesamten Wirtschaft. Dies wiederum ist der Garant für eine gleichwertige Entwicklung der Lebensqualität für die gesamte Bevölkerung.

Für die zweite Hälfte der Legislaturperiode ist also wiederum ein großes Arbeitspensum vorgezeichnet. Wir Freiheitlichen haben uns als arbeitswillig erwiesen: als Minister, als Staatssekretäre und als Mandatare.

Ich glaube für uns alle sagen zu können: Wir sind gerne bereit, uns auch in Zukunft, in der zweiten Halbzeit, ordentlich in die Riemchen zu legen, wenn es um die Umsetzung wichtiger Vorhaben in konstruktiver Zusammenarbeit geht. In nächster Zeit wird die sozial-liberale Koalition noch eine ganze Reihe zukunftsorientierter Aufgaben anpacken. Die Grundlagen dazu beschaffen wir uns laufend von der Wirtschaftswissenschaft.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat eine umfangreiche Studie im Handelsministerium abgegeben. Ziele, Instrumente und Effizienz der Investitionsförderung in Österreich wurden analysiert, die Schlußfolgerungen liegen vor. Viele wertvolle Ratschläge sind in diesem Bericht enthalten, die politische Umsetzung wird allerdings noch vieler Gespräche bedürfen.

Nun ist von der Wissenschaft bestätigt worden, was wir Freiheitlichen immer wieder vermutet und ausgesprochen haben: daß es bei der Investitionsförderung Überschneidungen, Verflechtungen, Mitnahmeeffekte und Widersprüche gibt, daß es an Flexibilität und Transparenz mangelt, daß die Zinsverbilligung für den Förderungswerber oftmals geringer ist als die Aufwendungen des Förderungsgebers, daß diese Art der Förderung industriellastig ist, daß Förderungsaktionen jahrzehntelang weitergeschleppt werden, obwohl der seinerzeitige Sinn nicht mehr gegeben ist, und so weiter und so weiter.

Wir Freiheitlichen werden diese Studie Punkt für Punkt durchgehen und eine sinnvolle Umgestaltung der direkten Investitionsförderung in Angriff nehmen. Das Ziel soll sein: Betriebe, die marktkonforme Verbesserungen durchführen wollen und dies aus eige-

Grabher-Meyer

nen Mitteln nicht können, sollen aufgrund modernster Vorgaberichtlinien direkte Investitionsförderungen bekommen.

Ebenso wie die Investitionsförderung gehören aber auch Exportförderung, Produktionsförderungen, Verkaufsförderungen, Arbeitsmarktförderungen und Agrarförderungen sowie andere Interventionskanäle untersucht. Auch in diesen Bereichen ergibt sich ein weites Feld für Verbesserungen hinsichtlich Effizienz, Objektivität und gerechter Zugangsmöglichkeiten.

Ein weiteres Problemfeld ist der Außenhandel. Die beiden Regierungsmitglieder haben bereits auf die hohe internationale Verflechtung Österreichs hingewiesen. Dazu kommen noch spezifische Probleme, wie das WIFO in einem Strukturbericht dargestellt hat.

Die Erfolge im Außenhandel seit dem ersten Ölpreisschock 1973 seien vor allem durch Schleuderpreise und Produktionssteigerungen erkaufte worden. Den Grund dafür sehen die Wirtschaftsforscher vor allem darin, daß die österreichische Wirtschaft im Warenaustausch noch immer relativ rückständig sei, vor allem in qualitativ-technischer Hinsicht. Nur der günstigen Struktur der Fremdenverkehrswirtschaft sei es zu verdanken, daß Österreich mit dem Ausland mithielt.

Im Vergleich zur Schweiz hat Österreich, so der Bericht, anscheinend den Strukturwandel versäumt und liege weiter zurück als vorher. Da sich die Schweiz auf technologisch hochwertige Produkte spezialisiert hat, habe sie ihre Austauschverhältnisse kontinuierlich verbessern können. Ziel einer kleinen offenen Volkswirtschaft müßte es nämlich sein, ein möglichst hohes Realeinkommen dadurch zu erreichen, daß solche Güter produziert werden, die auf dem Weltmarkt überdurchschnittliche Erlöse erzielen.

In Industrieländern sei der reale Marktanteil Österreichs trotz eines Preisrückganges um 2,5 Prozent nur unterdurchschnittlich um 2 Prozent ausgeweitet worden. Auch in Staatshandelsländern habe Österreich nur auf diese Weise mehr Produkte absetzen können. Einzig bei den Entwicklungsländern sei Österreich etwas erfolgreicher gewesen. Dennoch hätten auch hier die anderen Industriestaaten besser abgeschnitten. Erfolgreichstes Gebiet sind die OPEC-Staaten, wo bei einem Preisrückgang von 1,6 Prozent der Marktanteil um 5,3 Prozent gesteigert werden konnte.

Dies ist jedoch kein Grund, die Flinte ins Korn zu werfen, das WIFO bietet auch Lösungsmöglichkeiten an.

Mit Hilfe des Strukturberichtes sollen nun möglichst viele der Komponenten erfaßt werden, die für die nicht genügende Flexibilität österreichischer Unternehmen verantwortlich sind, auch in den Unternehmen selbst, wie organisatorische Hindernisse und Hierarchien. Der erste Spezialbericht „Aspekte betrieblicher Strukturanpassung“ zeigt, daß genau in diesen Details oft die Chance von Erfolgen liegt. Danach haben flexible Kleinbetriebe oder dezentralisierte Abteilungen von Großunternehmen, die kundenspezifisch in kleinen Serien produzieren und ihren Produktionsapparat rasch umrüsten können, die größten Überlebenschancen.

Aber auch die Organisation der Arbeitsprozesse und wenig hierarchische Führungsmodelle sind für den Erfolg oft ausschlaggebend.

Hervorgehoben wird in dem Bericht auch die Notwendigkeit der Kooperation aller Unternehmenstypen einer Volkswirtschaft, um die spezifischen Vorteile nutzbar zu machen.

Wir Freiheitlichen können viele Beispiele aufzählen, die beweisen, daß langfristige Wirtschaftspolitik Früchte trägt.

Ein fixer Angelpunkt effizienter Wirtschaftspolitik ist die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftswissenschaft. In letzter Zeit konnten wir viele wichtige Erkenntnisse der Wissenschaft in unsere politische Arbeit einbauen. Seit 1981 warteten wir auf Resultate der Input-Output-Berechnungen des Statistischen Zentralamtes. Damit soll ein besserer Überblick über Produktions- und Kostenstruktur, Importabhängigkeit, Güteraufkommen und Güterverwendung ganzer Branchen ermöglicht werden — das tägliche Brot der Wirtschaftspolitik. Vor kurzem wurden diese wichtigen Ergebnisse veröffentlicht.

Wir werden uns dieser Tabellen bedienen, wir werden sie aktualisieren lassen, wir werden ersuchen, auch Umweltfaktoren einzubauen. Dann zeigt sich ganz klar, welche Bereiche der österreichischen Wirtschaft zukunftsorientiert arbeiten. Diese wirtschaftlichen Hoffnungsträger werden wir Freiheitlichen in Zukunft fördern.

Die moderne Wirtschaft entwickelt sich durch ständige Anpassung an die Bedürfnisse des Marktes, aber auch durch Erfindungen

Grabher-Meyer

und neue Ideen ausdauernd weiter. Eine wesentliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist daher die Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas. Im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wurde dazu richtungsweisende Arbeit geleistet.

Im Vorjahr wurde die Innovationsagentur gegründet. Seit Jänner ist sie in Wien fix installiert. Vor kurzem hat sie der Öffentlichkeit ein ehrgeiziges Programm vorgestellt: das Transferprogramm für Diplomarbeiten und Dissertationen. Dabei geht es um die Herstellung der Verbindung zwischen universitärer Forschung und betrieblicher Anwendung.

Die Innovationsagentur ist das Bindeglied. Betriebe wenden sich an die Innovationsagentur mit einem betrieblichen Problem. Die Agentur definiert die genauen Aufgabenstellungen, sucht einen passenden Partner an der Universität, dieser vergibt ein entsprechendes Dissertationsthema, Betrieb und Institut erstellen gemeinsam einen Projektplan.

Dies ergibt einen zweifachen Nutzen. Dem Betrieb wird eine Problemlösung angeboten, und die Universitätsabsolventen finden einen Weg in die Wirtschaft und damit ins Berufsleben. Das ist ein Beispiel für aktive freiheitliche Wirtschaftspolitik.

Seit einigen Jahren pilgern Wirtschaftspolitiker aller Couleurs in das Silicon Valley im Süden von San Franzisko. Seither sind Gründerzentren in. Kaum nach Europa zurückgekehrt, wollen alle, die dort einmal waren, auch so ein Gründerzentrum bauen.

Viele glauben, es genüge, in einem Krisengebiet auf der grünen Wiese eine Zufahrtsstraße und eine große Halle mit allen Anschlüssen zu errichten. Das sei dann schon ein Gründerzentrum. Manche setzen eher auf die städtische Infrastruktur und versuchen, eine alte Fabrik wiederzubeleben. Andere wieder meinen, sie müßten ganz von vorne anfangen und eine ganz neue Stadt mit allen Schikanen hinstellen, damit ein Gründerzentrum daraus wird. Alle glauben, daß der Erfolg von der Höhe der Subvention abhängt. Allein in der Bundesrepublik Deutschland sind zirka 40 solche Zentren im Aufbau oder geplant.

Wir Freiheitlichen sagen: Vorsicht! Auch gute Ideen sind noch keine Erfolgsgarantie, und jede Euphorie endet im Katzenjammer.

Ein EG-Kongreß hat sich vor kurzem ausführlich mit den Technologieparks und

Gründerzentren befaßt und hat analysiert, welche Voraussetzungen für den Erfolg solcher Zentren wichtig sind.

Erstens: Das Gebiet sollte eine hohe Lebensqualität haben. Es sollte hochqualifizierte Fachleute zur tatsächlichen Ansiedlung veranlassen.

Zweitens: In dem Gebiet sollte sich eine technische Universität mit hohem wissenschaftlichen Standard, aber auch Aufgeschlossenheit gegenüber der Wirtschaft befinden.

Drittens: Auch öffentliche oder industrielle Forschungsinstitute sollten vorhanden sein oder angesiedelt werden, deren Nebenerfindungen von kleineren Firmen verwertet werden können.

Viertens: Ein gewisser Grundstock von guten Fachkräften und initiativen Unternehmerpersönlichkeiten sollte schon vorhanden sein.

Ich meine, wir sollten diese Vorschläge unvoreingenommen diskutieren und daraus Schlußfolgerungen für die Errichtung österreichischen Gründerzentren und Technologieparks ziehen. Wir alle wollen schließlich diese Chancen bestmöglich nützen und der österreichischen Wirtschaft zu Erfolgen verhelfen. Hüten wir uns also vor übersteigerten Erwartungen und übertriebenen Maßnahmen.

Eher im ideologischen Sinn wir die Diskussion über öffentliche Wirtschaft, Entstaatlichung, Reprivatisierung geführt.

Wir Freiheitlichen verfolgen in dieser Frage eine klare Linie, die sich schon vor Jahren herauskristallisiert hat und im Parteiprogramm festgeschrieben ist:

„Wir gehen grundsätzlich von einer privatwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur aus. Direkt oder indirekt verstaatlichte Unternehmen sind, soweit dies ihre spezifische Aufgabenstellung irgend ermöglicht, gleichfalls nach privatwirtschaftlichen Maßstäben zu führen.“

Unsere Delegierten haben zusätzlich folgenden Satz hineinreklamiert: „Die staatliche Wirtschaftspolitik hat öffentliche und private Unternehmen gleichzubehandeln, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.“

Die freiheitlichen Regierungsmitglieder und Mandatäre haben also einen sehr klaren

Grabher-Meyer

Auftrag, welche Wirtschaftspolitik sie zu vertreten haben. Wir sehen die gestaltende Mitwirkung an einem neuen System der Wirtschaftsförderung als Herausforderung an, unsere Vorstellungen im Interesse der gesamten österreichischen Wirtschaft in die Regierungsarbeit einzubringen und durchzusetzen.

Wir Freiheitliche sind also nicht prinzipiell gegen Betriebe in öffentlichem Eigentum. Wir verlangen aber — wie wir meinen, zu Recht —, daß diese Betriebe nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführt werden und daß das Management für eventuelle Fehlinvestitionen und Verschwendungsfälle verantwortlich ist.

Abgeordneter Schüssel ist da viel radikaler. In einem Gastkommentar beschreibt er, wie er sich eine Entstaatlichung in Österreich vorstellen könnte, nämlich nach dem Muster der Mrs. Thatcher. Er jubelt: Ein Dutzend großer staatlicher Firmen wurde in England reprivatisiert. 400 000 Arbeitnehmer wurden in den privaten Sektor gebracht, und dabei wurden noch 5 Milliarden Pfund Erlöse erzielt.

Dann stellt er die rhetorische Frage, ob derartige Modelle in Österreich wünschenswert, anwendbar und durchsetzbar sind. Und er beantwortet diese Frage mit einem uneingeschränkten Ja.

Wenn die Engländer über diese Reprivatisierung ihrer Mrs. Thatcher genauso jubeln würden wie Schüssel, dann wäre alles in Ordnung. Jubeln sie, die Engländer? — Leider nein.

Es gibt bereits eine englische Studie über die 15 größten Privatisierungen. Es waren also bereits mehr als ein Dutzend. Darin wird die konservative Regierung beschuldigt, sie verschleudere Volksvermögen, weil sie den Wert der Aktien beim Verkauf absichtlich zu niedrig ansetze. Die konservative Regierung wird beschuldigt, sie schanze ihren Freunden in der City die daraus entstehenden Spekulationsgeschäfte zu. Es seien immer wieder dieselben Banken, dieselben großen Makler, Rechtsanwaltsbüros und Wirtschaftsprüfer, die im Privatisierungsgeschäft eine prominente Rolle spielen.

Die Studie wirft der konservativen Regierung vor, sie enthülle aus politischen Rücksichten nicht das ganze Ausmaß der Gebühren, die für Vorbereitung und Durchführung der Emissionen zu zahlen sind.

Die Studie findet bei einer Untersuchung der Bilanzen der Banken und Versicherungs-

gesellschaften einen auffälligen Zusammenhang zwischen ausgewiesenen Spenden an die Konservative Partei und Beteiligungen an Privatisierungen. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Und das wünschen Sie sich, Herr Kollege Schüssel, offenbar auch für Österreich, denn Sie meinen: Dieses Modell ist für Österreich genauso anwendbar. (*Abg. Dr. Schüssel: Weil es großartig ist!*)

So, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, geht es nicht. Das werden wir auf diese Weise nicht mitvollziehen.

Sie, Herr Kollege Schüssel, argumentieren, daß damit ein Anreiz für Kleinaktionäre geschaffen wird. (*Abg. Dr. Schüssel: Ja!*) Kommt es wirklich zu einer breiteren Streuung des Aktienbesitzes?

In dieser Studie, die Sie offensichtlich noch nicht kennen, heißt es: Die meisten Investoren verkaufen rasch, wenn sie mit ihren billigen Aktien einen schnellen Profit gemacht haben. (*Abg. Dr. Schüssel: Das stimmt doch alles nicht!*) Dann kaufen Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften und Investment-trusts. — Wie gehabt, Herr Kollege Schüssel, wie gehabt.

Und besonders wettbewerbsfördernd ist es auch nicht, wenn aus dem staatlichen Monopol „British Telecom“ ein privates Monopol gemacht wird.

Herr Kollege Schüssel! Sie haben offenbar ein Rezept aus dem Wirtschaftskochbuch abgeschrieben und preisen ein Gericht an, das Sie selbst noch nicht einmal gekostet haben.

Schüssels Meinung zur Reprivatisierung ist offensichtlich — könnte man meinen — auch die Meinung der Österreichischen Volkspartei. Hier muß man wiederum sagen in bester ÖVP-Manier: Ja, aber.

Ganz offenbar nicht Ihrer Meinung, Herr Kollege Schüssel, ist Ihr Kollege, der Abgeordnete Taus. (*Ruf bei der ÖVP: Sagen Sie nein?*) Er antwortete auf den „Wochenpresse“-Gastkommentar vom 30. April am 5. Mai in der „Presse“: Zitat: Während in der Österreichischen Volkspartei die Diskussion um eine Reprivatisierung öffentlicher Betriebe und die teilweise Entstaatlichung diverser Industriezweige vor allem vom Wirtschafts-bund-Generalsekretär Wolfgang

Grabher-Meyer

Schüssel immer wieder forciert wird, steht der Industriesprecher Josef Taus solchen Gedanken eher reserviert gegenüber. Bei einer Pressekonferenz erklärte Taus, er gehöre in der ÖVP nicht zu den Entstaatlichungsfanatikern. Wir sollten nicht gleich den großen Bären losbinden, sagte Taus.

Im Gegenteil: Er kritisierte den Finanzminister wegen der geplanten Aktienreform. Taus beklagt, daß alle öffentlichen Betriebe von der Aktienreform ausgenommen werden, deshalb werde diese Reform für die Wirtschaft keine Bedeutung haben, für den Kapitalmarkt auch nicht. Taus fordert, man müßte viel mehr den Druck auf das Management erhöhen, jedenfalls Gewinne auszuschütten, indem man diese völlig von der Steuer befreit.

Ich habe mir verwundert die Augen gerieben, dann aber habe ich mich vor Lachen nicht halten können, obwohl die Sache eigentlich sehr traurig ist, Herr Kollege Taus. Ich habe mir vorgestellt, wie das VOEST-Management ohne Rücksicht auf alle Verluste — ohne Rücksicht auf alle Verluste! — jedenfalls Gewinne ausschüttet, wie Sie das sagen. Steuerfrei natürlich. Der Finanzminister verzichtet großzügig, weil er ja die Gewinne über die ÖIAG hereinbekommen kann, und das hat dann eine Bedeutung für den Kapitalmarkt und für die Wirtschaft. Laut Ihnen, Herr Kollege Taus.

Und dann beschließen wir die nächste Finanzspritze, damit das VOEST-Management im nächsten Jahr wieder Gewinne abliefern kann.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege Taus! Sie haben damit die Erfindung des Perpetuum mobile für die Wirtschaft gemacht. Vielleicht erklären Sie mir das bei Gelegenheit.

Ich würde niemandem raten, den ÖVP-Vorschlägen zu folgen, weder in Richtung „hü“ noch in Richtung „hott“. So uneinig sich die Österreichische Volkspartei in der Reprivatisierungsfrage ist, so klar ist die Meinung der Freiheitlichen dazu: Wir haben keine ominösen Zukunftsmanifeste, wir haben ein neues Parteiprogramm. Dort steht: Wirtschaftsaufgaben, die von verstaatlichten oder gemeinwirtschaftlichen Unternehmen oder von Behörden übernommen wurden, sind laufend auf eine mögliche Reprivatisierung hin zu überprüfen. Unsere Delegierten haben aber darüber hinaus noch verlangt: Bei Reprivatisierungen ist darauf zu achten, daß ausländi-

sches Kapital unsere Wirtschaft nicht zu kontrollieren beginnt.

Das ist der klare Standpunkt unserer Partei. Von anderen habe ich noch nichts Derartiges vernommen. In unserem Wirkungsbereich handeln wir nach diesen programmatischen Grundsätzen. Ich hoffe, daß sich auch andere Parteien zu diesem Grundsatz bekennen können.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum Schluß kommen mit dem Hinweis, daß wir glauben, daß die Zeit der Jubelfeiern, jene Zeit, in der wir 30-, 40-Jahre-Jubiläen gefeiert haben, vorbei ist. Die zweite Regierungshalbzeit beginnt. Ich habe gestern am Anfang der neuen Etappe eine eher kritische Rede gehalten. Trotzdem bin ich nicht unzufrieden, denn wir haben in diesen beiden Jahren viel erreicht. Wir Freiheitlichen konnten in einem konstruktiven Klima der Zusammenarbeit viele Ideen in die Regierung einbringen und politisch umsetzen.

Wir, die sozial-liberale Koalition, haben neue Wege der Entscheidungsfindung beschritten. Diese Wege sind manchmal etwas mühsam, aber nicht so ausgelatscht wie andere, sozialpartnerschaftliche Trampelpfade. Die neuen Wege bieten für alle, die sie gehen, neue Ausblicke.

Wir, die Österreicher, haben uns in einer schwierigen Zeit behauptet. Vergleichen wir unsere Wirtschaftsdaten mit denen anderer Länder, insbesondere jener europäischen Länder, in denen Konservative an der Macht sind, so können wir unvoreingenommen feststellen: Für Österreich besteht kein Grund zum Pessimismus, wir dürfen auf das Erreichte auch ein bißchen stolz sein! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 15.07

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Taus.

15.08

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einleitend einige wenige Sätze zum Herrn Abgeordneten Grabher-Meyer. Ich habe mich in den zehn Jahren, die ich als Abgeordneter in diesem Hohen Haus tätig bin, immer so verhalten, daß ich einen Kollegen zwar sachlich kritisierte, nie aber persönlich. Ich möchte das auch jetzt, wenn es geht, so halten.

Ich habe Ihrer Rede genau zugehört. Die Freiheitliche Partei bemüht sich seit Jahren

Dr. Taus

mit Krampf, von sich zu behaupten, sie sei eine liberale Partei. Aber die Rede, die ich heute hier gehört habe, war genau das Gegenteil von dem, was der moderne Liberalismus vertritt. (*Abg. Probst: Das kommt davon, wenn man nicht zuhört!*) Herr Probst, ich nehme an, Sie haben zugehört. (*Abg. Probst: Genau!*) Wunderbar. Ist das eine liberale Rede gewesen? Vielleicht tut es Ihnen weh: Es war keine. Wir können ja darüber diskutieren.

Das Gravierendere, jedenfalls für mich persönlich, ist, daß man gerade mit der Frage der Kapitalbildung, die in Österreich in den künftigen wirtschaftspolitischen Diskussionen eine große Rolle spielen wird, nicht so leichtfertig umgehen soll. Ich nehme an, Herr Abgeordneter Grabher-Meyer, Sie haben sowohl die Äußerungen meines Freundes Schüssel als auch meine Äußerungen nicht genau gelesen. Ich will nicht sagen, daß Sie sie nicht verstanden haben, ich nehme an, Sie haben sie nicht genau gelesen. Ich darf Ihnen ganz kurz sagen, worum es bei dem Vorschlag, den ich mache, geht; ein Vorschlag, der, soviel ich weiß, von vielen meiner Parteifreunde geteilt wird.

Der Herr Finanzminister hat dankenswerterweise — das ist auch gesagt worden — die Kapitalmarktdiskussion, die Eigenkapitaldiskussion nach vielen Jahren der Urgenz von unserer Seite in Bewegung gebracht. Nun kann man darüber diskutieren: Was ist vernünftiger, was ist weniger vernünftig? — Unser Vorschlag ist: Seine Halbsatztheorie, nach der er vorgehen wird — ich habe ja den Gesetzentwurf noch nicht gesehen —, ist wesentlich weniger wirkungsvoll als der Versuch, Ausschüttungen im Unternehmen steuerfrei zu stellen und eine höhere Steuer vom Dividendenbezieher zu kassieren, denn jeder, der sich mit Unternehmungen beschäftigt, weiß, daß ein Management normalerweise nicht sehr gerne ausschüttet. Das ist nichts Böses. Ich habe mich auch immer sehr bemüht, das in Grenzen zu halten.

Wenn man aber als Vorstand von den Aktionären das Argument bekommt: Du hast jetzt eine solche Begünstigung, schütte aus!, dann wird es für den Kapitalmarkt günstiger sein. Das kommt unserem Ziel, die Eigentumsstreuung zu verbreitern, und zwar wesentlich zu verbreitern, näher. Das ist ein altes ideologisches Ziel der Österreichischen Volkspartei, das sie seit 40 Jahren vertritt. Ich gebe durchaus zu, daß mich die derzeitige Kapitalmarktdiskussion und Eigenkapitaldiskussion sehr freut, weil sie eine Bestätigung dessen ist,

was unsere Partei seit 40 Jahren vertritt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist ja nicht schlecht. Das nur zur Erläuterung.

Zur Reprivatisierung: Es stimmt schon, daß ich hier eher zurückhaltend bin. Ich bin zwar dafür, daß starre Eigentumsstrukturen aufgelockert werden — das habe ich immer gesagt und immer vertreten —, aber ich würde keine Radikalvorschläge machen. Daher ergeht mein Vorschlag, daß man natürlich auch verstaatlichte Unternehmungen in die Steuerreform oder in die Kapitalmarktreform, wie immer Sie es nennen wollen, hineinnehmen soll. Damit wird ja die Möglichkeit geboten, daß auch bei diesen Unternehmungen Kapitalerhöhungen gemacht werden. Natürlich wird es nur bei den guten Unternehmungen gehen, daß man dort Kapital erhöht und daß eine Auflockerung der Eigentumsstruktur ohne eine besondere Radikalisierung der innenpolitischen Diskussion — an der liegt mir nichts — erreicht wird. Das ist die Linie, die wir vertreten.

Das wollte ich Ihnen nur antworten, weil das nicht im Raum stehenbleiben soll. Ich wundere mich eigentlich, daß ein Abgeordneter einer Partei, die von sich sagt, sie sei liberal, eine solche Rede hält, wie Sie sie hier gehalten haben; wobei ich Ihre Meinung durchaus respektiere. Es ist ja bekannt, daß es in Ihrer Partei nicht nur Liberale gibt.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun zu den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers kommen.

Ich möchte mit dem Schlußsatz des Herrn Bundeskanzlers beginnen, wo er gesagt hat, daß es wirtschaftliche Erfolge Österreichs — Erfolge, die wir gar nicht leugnen wollen — seit vielen Jahren gibt, daß diese wirtschaftlichen Erfolge in einem Klima entstanden sind, das „gekennzeichnet war von gemeinsamen Grundsätzen, Fairneß in der politischen Auseinandersetzung und dem Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung“. Ich glaube, ich kann sagen, daß wir diesem Bekenntnis des Herrn Bundeskanzlers vollinhaltlich zustimmen. Wir haben das immer vertreten. Wir, die wir an der Wiege dieser Republik gestanden sind, waren immer der Meinung, daß es ohne Grundkonsens bei aller Gegensätzlichkeit nicht gehen kann. Sie werden in der ÖVP immer Politiker finden, die sich bemühen, diesen Grundkonsens in diesem Lande zu sichern. Ohne Grundkonsens gibt es keine Existenz eines freien, demokratischen Staatswesens! (*Beifall bei der ÖVP.*) Daher

Dr. Taus

sind wir durchaus mit dieser Schlußpassage einverstanden.

Lassen Sie mich nun zu Ihren Ausführungen kommen. Diese sind für mich aus vielerlei Gründen interessant. Es ist zwar schade, daß sie wieder ein bißchen in Richtung Jubelbericht gegangen sind, aber, mein Gott, ich will das nicht allzu negativ vermerken. Ich möchte einige grundsätzliche Fragen hier anschneiden.

Zum Beispiel der Satz auf der ersten Seite Ihres Berichts: „Seit Mitte der siebziger Jahre war klar geworden, daß die permanente und ungebrochene wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Nachkriegszeit zu Ende war.“ — Das ist eines jener Klischees, die nicht nur in Österreich, sondern überall in der Welt verwendet werden. Ich halte diesen Satz für falsch. Mitte der siebziger Jahre war überhaupt nichts zu Ende, ganz abgesehen von einer ungebrochenen Entwicklung. Wenn Sie zum Beispiel das Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich hernehmen — ich tue gar nichts anderes, als die Beilage zu Ihrem Wirtschaftsbericht zu nehmen —, dann werden Sie sehen, daß von 1975 bis 1980 die westliche Wirtschaft ungeheuer stark gewachsen ist. Wachstumsraten von über 5 Prozent waren in vielen Staaten die Regel, vor allem in den USA und in Japan, und das ist gut die Hälfte der Bevölkerung der westlichen Industriestaaten.

Wenn man dann noch einen Schritt weitergeht, kann man sehen, daß nach dem Einbruch 1980/1981/1982 die Wachstumsraten 1983 und 1984 wieder ziemlich hoch gewesen sind: bei den Amerikanern 1983 schon wieder 2,9 Prozent und 1984 gar 6,8 Prozent, bei den Japanern 3,3 Prozent beziehungsweise 5,8 Prozent. Das sind ziemlich hohe Wachstumsraten, die gar nicht darauf hindeuten, als gäbe es ein Ende der Wachstumspolitik und als hätte Österreich so gigantische Schwierigkeiten, diese internationale Krise zu bewältigen.

Lassen Sie mich hier noch einige Zahlen aus Ihrer Unterlage nennen, die zeigen, daß man sich diesem Fragenkomplex schon ein bißchen kritischer nähern sollte. Die zehn Jahre von 1975 bis 1984, die Sie in Ihrer Unterlage anführen, zeigen, daß im Hinblick auf das Wachstum der kleinen Industriestaaten, also der Belgier, Dänen, Finnen, Holländer, Norweger und so weiter, Österreich während vier Jahren unter dem Durchschnittswachstum dieser kleinen Staaten, während eines Jahres ungefähr im Durchschnittswachstum

und während fünf Jahren darüber gelegen ist. Das bedeutet, daß wir keine Sonderentwicklung hatten, sondern genau im internationalen Trend der Wachstumspolitik lagen. Immer wieder wird in der Öffentlichkeit gesagt — auch von unserer Seite —, es hätte hier einen riesigen Einbruch gegeben, es wäre mit Aufschwüngen und ähnlichem mehr zu Ende. Ich sage Ihnen: Das stimmt nicht! Das ist meine Meinung, und wir können darüber diskutieren.

Jetzt kommen wir zur nächsten und für mich wichtigen Frage. Sie sagen am Ende der Seite 1 Ihres Berichtes, Herr Bundeskanzler — und das ist für mich eine bemerkenswerte Feststellung, wenn ich sie richtig verstanden habe, wie sie da steht —, im Hinblick auf das, was in Österreich Austro-Keynesianismus genannt wird: „Der Erfolg dieses ‚Deficit-Spendings‘ hatte aber zur Voraussetzung, daß nur kurzfristige wirtschaftliche Schwankungen ausgeglichen werden mußten. Die Formel vom Durchtauchen durch die Krise symbolisiert diese Zielsetzung ja sehr stark. Für eine längerfristige Stagnation, wie sie am Beginn der achtziger Jahre eintrat, war jedoch das System des Austro-Keynesianismus nie gedacht.“

Herr Bundeskanzler! Das ist von Ihrer Seite bisher die härteste Kritik an der Wirtschaftspolitik Ihrer Parteifreunde in den siebziger Jahren; die härteste Kritik aus einem ganz einfachen Grund: Sie geben damit zu, daß die Kritik der Volkspartei, die vor diesem Durchtauchen immer gewarnt hat, richtig war. Sie geben zu, daß diese Wirtschaftspolitik nur sehr kurzfristig wirken konnte, nachdem Sie vorher sagen, daß seit Mitte der siebziger Jahre klargeworden war, daß die permanente und ungebrochene Aufwärtsentwicklung zu Ende ist. So lautete Ihre Argumentation. Das heißt, Sie sagen damit eindeutig und implizit: Die Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre, die wir betrieben haben, war unrichtig. Ich meine, das ist eine Logik, die daraus hervorgeht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man kann diese Argumentation aufklären, aber so steht es halt da, und ich kann mich ja nur an das geschriebene Wort halten. Ich halte das für interessant und für wesentlich und sage Ihnen auch, warum. Man könnte vielleicht, wenn sich diese Meinung stärker durchsetzt, über die eine oder andere Frage reden. Solange man darauf beharrt, daß alles, was man gemacht hat, richtig war, nichts falsch war, die Linie immer richtig war und wir besser gefahren sind als alle anderen, kann man schwer miteinander reden. Das ist

Dr. Taus

dann eine sehr schwierige Angelegenheit. Wenn man aber einlenkt: Na ja, wir sind eingefahren — etwas anderes steht ja nicht im Bericht —, das hat auf die Dauer nicht funktioniert!, dann kann man vielleicht über die eine oder andere Frage reden.

Das wird ja auch noch von Ihnen und vom Herrn Finanzminister unterstrichen. Ich möchte die Passagen Ihrer eigenen Reden hier nicht ständig zitieren; Passagen, in denen Sie zum Beispiel anführen, daß Sie jetzt das Budget konsolidieren und — Herr Finanzminister, ich höre das von Ihnen sehr gerne — vor allem strengste Kontrolle — so ähnlich, glaube ich, haben Sie es genannt — bei den Ausgaben obwalten lassen müssen. Meine Damen und Herren! Das ist die These der Österreichischen Volkspartei, daß dieses Budget nur von der Ausgabenseite her zu sanieren ist; Sie kommen nur sieben Jahre später darauf. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist natürlich eine Sache, auf die man als Österreichische Volkspartei hinweisen muß, nachdem wir jahrelang kritisiert und Sie einen halben Wahlkampf damit bestritten haben, daß Sie sagten, die Österreichische Volkspartei wolle diese Volkswirtschaft „kaputtsparen“, wie das so schön heißt. Auf einmal ist keine Rede mehr von „Kaputtsparen“, auf einmal müssen wir wirklich sparen!

Herr Minister, ich akzeptiere, daß Sie das so sagen. Nur: Eine härtere Kritik über fünfzehn Jahre sozialistische Wirtschaftspolitik als das, was Sie in Ihren eigenen Referaten heute hier dargelegt haben, ist uns eigentlich bisher nicht gelungen; natürlich eine Kritik in sehr milden Worten, durchaus nicht ungeschickt formuliert, aber doch eben eine Kritik. Es ist jedenfalls eine Kritik, wenn man sich an das gesprochene und an das geschriebene Wort hält, meine Damen und Herren.

Nun lassen Sie mich ein paar weitere Sätze zu einigen Fragen, die der Herr Bundeskanzler hier auch noch angeschnitten hat, sagen, weil ich diese in vielen Bereichen für wichtig halte. Sie haben zum Beispiel die 40. ASVG-Novelle hier zitiert. Ich sehe durchaus ein, daß es bei dieser 40. ASVG-Novelle notwendig war — wir hätten es vielleicht anders gemacht —, das schwankende Sozialversicherungssystem zu stützen. Etwas anderes war es ja nicht. Und was haben Sie gemacht? — Sie haben zwei Dinge gemacht: Sie haben im wesentlichen einmal die Beiträge erhöht. 22,7 Prozent vom Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmerseite für Sozialversicherung zu zahlen, ist ja — ich will es nicht wienerisch

sagen: kein „Lercher!“ — es ist etwas Ordentliches, wir zählen damit mit zu den Spitzenreitern in der westlichen Welt. *(Abg. Dr. Mock: Das ist ein sozialer Rekord!)* Ich möchte hier aber gar nicht denjenigen spielen, der alles weiß und selber alles besser macht.

Im jüngsten Heft des Instituts für Wirtschaftsforschung gibt es einen Artikel über die soziale Sicherheit im Jahre 1984. Darin kommt sehr deutlich zum Ausdruck, was Sie getan haben. Sie, Herr Bundeskanzler, haben in die Erklärung zusätzlich noch den schönen Satz hineingeschrieben, daß die Bundesregierung keinen „Anschlag auf die Brieffaschen der Pensionisten“ vorgehabt hat. Sie haben das sicher mit einem Seitenblick auf uns, auf die ÖVP, so formuliert. Das Institut für Wirtschaftsforschung bringt aber zum Beispiel einen Zwischentitel im jüngsten Bericht: *Kaufkraft der Pensionen um 1,5 Prozent gesunken. Das steht also für 1984 da drin. (Abg. Dr. Kohlmaier: Das hat mit den Brieffaschen nichts zu tun? — Abg. Dr. Marga Hubinek: Das ist kein Anschlag?)* Es geht aber noch weiter: Auch im Jahr 1985 rechnet man mit einem Realeinkommensverlust der Pensionisten um ein weiteres halbes Prozent.

Nicht, daß ich das kritisiere, nicht, daß ich mit dem Finger hinweise: Jetzt kriegt ihr weniger!, aber lassen Sie mich sagen, warum ich das zitiere. Ich gebe zu: Es steht auch der Satz drinnen, daß auf Grund struktureller Verschiebungen die 1,5 Prozent vielleicht nicht bei jedem so arg gewesen sind. Aber lassen Sie mich hier sehr deutlich sagen: Was haben Sie denn gemacht — das ist für mich das entscheidende — ? — Sie haben die Beiträge erhöht und das Realeinkommen im Pensionsbereich etwas reduziert. Das geht ja in vielen Fällen nicht anders, ich meine, auf Dauer wahrscheinlich. Ich komme noch einmal auf diese Sache zurück. Was ich Ihnen sagen will: Anders ging es ja nicht, nachdem das System zu schwanken begonnen hat, aber man soll dann doch nicht die Worte gebrauchen, daß nur durch verantwortungsbewußtes Handeln die Pensionen gesichert sind, sondern schlicht und einfach sagen: Vielleicht haben wir überzogen, und jetzt müssen wir all das oder viel von dem, was wir euch in den siebziger Jahren gegeben haben, wieder zurücknehmen.

Das ist das, was wir ausdrücken wollen: Alles, was einem auf staatlicher Ebene gegeben wird, zahlen sich die Leute selber. Wenn es nicht mehr geht, wird die Umverteilung wieder geändert; dann sinken die Realein-

Dr. Taus

kommen der Pensionisten und steigen die Beiträge der Aktiven, und das nennt man dann „Reform“ in der Politik. Das ist so. Nicht, daß ich sage, das sei furchtbar und schrecklich, aber es ist eine Tatsache, und man sollte den Leuten die Wahrheit sagen. Um etwas anderes geht es ja hier nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt komme ich zum nächsten Punkt, der in den Ausführungen sowohl des Herrn Bundeskanzlers als auch des Herrn Finanzministers eine große Rolle spielt. Das ist die Frage der Strukturpolitik. Das ist, wie immer, nur ein Wort. Wir sind uns alle im klaren, nachdem uns sogar die bekannt vorsichtige OECD wegen unserer Struktur zu kritisieren anfängt — sie tut das, indem sie das Institut für Wirtschaftsforschung zitiert; ich möchte, damit es nicht langweilig wird, diese Passagen nicht auch noch vorlesen, die meisten von uns haben sie ja bereits gelesen —, daß man mit unserer Industriestruktur, das heißt, mit unserem Warenangebot nicht sehr einverstanden ist. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat das böse Wort — ich hätte es vielleicht selber gar nicht so geschrieben — von den „Gütern der armen Leute“ verwendet, die wir produzieren. Das steht in einer Untersuchung aus dem Jahre 1982. Ich hätte es vielleicht nicht so gesagt, aber es steht drinnen, es wird zitiert, und daher kann man darauf hinweisen.

Nun beginnen Sie, Herr Finanzminister — das halte ich auch für richtig —, zu sagen: Jetzt müssen wir einmal im Unternehmensbereich etwas tun. Wir müssen schauen, daß die Eigenkapitalbasis der Unternehmungen wieder gestärkt wird. Jetzt könnte man sagen: Gott sei Dank, das wird getan, das war in Österreich nie so, endlich einmal macht man es. Da nehme ich wieder etwas Offizielles her, nämlich die jüngste Veröffentlichung in Heft 4 der Oesterreichischen Nationalbank in diesem Jahr: Hochrechnung der Jahresabschlüsse österreichischer Industrieunternehmen, gegliedert nach Sektoren, von 1973 bis 1982. Ich zitiere nur einige wenige Dinge daraus, zum Beispiel den Cash flow.

Der Cash flow ist bei einem Unternehmen die Summe der Abschreibungen plus der Gewinne vor Steuern — grosso modo. Dieser Cash flow wird berechnet in Prozenten des Umsatzes und gibt einen ganz guten Hinweis auf die Ertragskraft eines Unternehmens.

Im Jahr 1973, also zu Beginn Ihrer Regierungszeit, betrug dieser Cash flow in Österreich 9 Prozent im industriellen Durchschnitt.

Das ist sehr hoch; sehr hoch! Im Jahr 1974 — es war eine gute Konjunktur — lag er bei 9,8 Prozent. Das heißt, Österreich hatte eine hohe Ertragskraft seiner Industrie bis in die Anfangsphase Ihrer Regierungszeit hinein. Nun leugne ich überhaupt nicht, daß die wirtschaftliche Lage dann international wirklich etwas schlechter geworden ist und sich etwas geändert hat. Nur: Damals war dieser Cash flow laut Nationalbank — das alles ist nicht von mir erfunden, ich zitiere aus keinen düsteren Quellen, sondern aus der Veröffentlichung der Nationalbank — 9 Prozent. Die Deutschen hatten 1973 nur 7,8 Prozent, die Amerikaner 8 Prozent und die Japaner 8,1 Prozent. Das heißt, wir lagen 1973 im Cash flow, in der Ertragskraft unserer Unternehmungen, sehr, sehr gut, was für einen kleinen Staat wie Österreich eine sehr günstige Sache ist. Das heißt, wir hatten diese gute Ertragskraft. Aber dann haben Sie zehn Jahre „glorreich“ regiert, und dann war sie weg.

Jetzt schauen wir die gleichen Zahlen für 1982 an; sie werden sich 1983 nur unwesentlich verbessert haben: 1982 hatten wir „heiße“ 4,3 Prozent Cash flow — 9,8 Prozent hatten wir gehabt! Bitte, auch bei den anderen ist er natürlich zurückgegangen, aber bei den Deutschen, die ursprünglich weniger hatten, betrug er immerhin 5,2 Prozent, die Yankee lagen schon wieder ganz gut mit 7,3 Prozent, und die Japaner hatten 5,9 Prozent. Das heißt, während wir 1973 und 1974 in der Ertragskraft — und das war ja der Aufstieg der österreichischen Wirtschaft, davon haben die Firmen bis tief in die siebziger Jahre hinein gelebt — deutlich vor diesen mächtigen Industriestaaten lagen, rangierten wir 1982 deutlich hinter ihnen.

Meine Damen und Herren! Einen besseren Beweis für Ihre Strukturpolitik oder, besser gesagt, für Ihre Nichtstrukturpolitik, Ihre Nichtwirtschaftspolitik, Ihre Schwierigkeiten, die Sie der österreichischen Wirtschaft damit eingehandelt haben, kann man ja kaum mehr erbringen als solch eine offizielle Statistik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das deckt sich ja mit der Kritik, ob sie absichtlich war oder unabsichtlich, an der Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre, die Sie in Ihren eigenen Referaten enthalten haben. Ich könnte Ihnen noch viele andere Beispiele bringen.

Ich komme natürlich auch auf die Frage der Beschäftigung zu sprechen, weil es nicht fair wäre, wenn ich das ausließe. Lassen Sie mich aber vorerst ein bisschen weitergehen und zur

Dr. Taus

Strukturpolitik ein paar Sätze sagen, weil ich das, von meiner Warte aus gesehen, für wichtig halte.

Die erste Frage dabei ist: Was heißt denn „Strukturpolitik“? — Strukturpolitik ist nichts anderes — da bin ich durchaus Ihrer Meinung, einen Wandel gibt es ununterbrochen, ein Unternehmen, das sich nicht wandelt, geht zugrunde, denn unser Wirtschaftssystem beruht auf ununterbrochener Bewegung — als die Frage, wie man diese Bewegung beschleunigt. Während Sie bisher in Ihrer „glorreichen“ Regierungszeit diese Bewegung gebremst haben, müssen wir sie jetzt bewußt — auch aus beschäftigungspolitischen Gründen; das will ich durchaus anerkennen — beschleunigen, und zwar mit einer Reihe von Maßnahmen.

Da gibt es jetzt wieder eine ganz entscheidende Frage: Wir stecken in der letzten Zeit in Technologiepolitik mehr Geld, als wir es bisher getan haben.

Lassen Sie mich hier nur einige wenige Sätze dazu sagen, was das bedeutet! Es wird in der Technologiepolitik uns Österreichern kein besonderer Erfolg beschieden sein, wenn wir noch so viel Geld in Institute, Institutionen, ausländische Firmen und ähnliches hineinstecken, falls wir etwas nicht haben: ertragskräftige Unternehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nur ein ertragstarkes Unternehmen ist in der Lage, Strukturpolitik im eigenen Bereich zu betreiben. Jetzt sage ich Ihnen etwas: Die schönste Technik, die Sie einem Fußmaroden geben, der Verluste macht, wird er nicht umsetzen können. Er hat ja seine alte Technik nicht gescheit umsetzen können, er verliert damit Geld. Er hat den Sprung in eine neue Dimension nicht geschafft. Wenn ich ihm jetzt noch so viel Geld und noch so viel neue Technik gebe: Mit der Mentalität, mit der er in den Verlust hineingefahren ist, wird er in den Gewinn nicht mehr hineinkommen. Das ist eine fundamentale Frage. Ich weiß schon, was ich damit sage.

Daher ist es sinnlos, in große neue Techniken Mannschaften hineinzustoßen, die bisher in den roten Zahlen fahren. Nur der, der stark ist und der gut ist, wird die neue Technik annehmen können, das heißt, wir werden die Milliarden beim Fenster hinausmarschieren lassen, und es wird nichts passieren. Das ist das Problem, das ich heute sehe. Ich wollte es Ihnen von dieser Warte des Parlaments aus einmal gesagt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Das heißt nicht, daß man nicht auch als kleiner Staat Technik importieren muß. Selbstverständlich: 7,5 Millionen Menschen kann nicht alles einfallen, was wir brauchen, 7,5 Millionen von den etwa 700 Millionen, die es in der westlichen Welt gibt. Doch die Frage ist: Was kaufe ich? Wie kaufe ich es?

Jetzt kommt für mich eine fundamentale Frage, die ja fast grotesk ist. Ich kann mich erinnern: Da war ich, glaube ich, noch nicht im Haus, als junger Staatssekretär in der Regierung habe ich anzukämpfen gehabt gegen die Meinung, daß wir etwa die österreichische Wirtschaft, Verstaatlichte oder so, ans Ausland ausliefern. Die ÖVP war damals gemeint. Es ging darum, daß wir multinationale Unternehmungen begünstigen und ähnliches mehr.

Alle Älteren hier in diesem Hause werden sich an diese Diskussion der sechziger Jahre noch sehr gut erinnern. Ich war einer der Involvierten als junger Staatssekretär und dann später im Rahmen der ÖIAG.

Jetzt ist es umgekehrt in der Argumentation: Auf einmal beginnen Sie, ausländischen Unternehmungen nachzulaufen (Abg. Dr. Mock: Genau!), seit einigen Jahren. Nicht daß wir gegen ausländische Investitionen in Österreich wären, ganz im Gegenteil. Wir waren immer dafür. Wir mußten unsere Meinung nicht ändern.

Wir glauben aber nicht, daß es einem entwickelten Industriestaat ansteht, mit Subventionen, die Schwellen- oder Entwicklungsländer vielleicht geben können, ausländische Firmen ins Land zu ziehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist eine Frage des Selbstverständnisses eines Industriestaates. Er hat soweit wie möglich seine Probleme selbst zu lösen.

Ich sehe auch mit einer gewissen Sorge — ohne daß ich den Leuten, von denen ich jetzt reden werde, das Geschäft neide; sie sollen es ruhig machen —, daß Österreich der Garten Eden für internationale Consultinggesellschaften wird. Denn alle, die bis zur Halskrause in den roten Zahlen stecken, suchen irgendein Exposé, und diese werden jetzt zuhauf über sogenannte Sanierungen geliefert. Ich lese vieles von dem. Der Großteil dessen, was dort steht, erschöpft sich darin, daß man irgendwelche internationale Zeitschriften zitiert und abschreibt.

Meine Damen und Herren! Eine Consulting-

Dr. Taus

gesellschaft hat eine wesentliche Funktion: In bestimmten Teilbereichen einer Firma kann man sie einsetzen. Aber sie insgesamt zu einer Firmensanierung heranzuziehen, hat überhaupt keinen Sinn. Dazu gibt es das Management, die Führung. Die müssen sie sanieren. Dafür kriegen Manager ihre Gage, und diese Gage soll nicht zu knapp sein. Sie sollen gut verdienen, und wenn sie eine Sanierung schaffen, sollen sie „super“ verdienen.

Ich sage das hier offen. Da sollen Millionen durchaus gegeben werden. Ich sage das in dieser Härte, auch wenn jemand sagt: Um Gottes willen, da beginnt der Neid wieder zu wallen.

Das heißt: Wenn einer eine Firma ordentlich saniert, gehört ihm eine ordentliche Honorierung. Das ist sein Beruf. Eine Consultinggesellschaft wird das nie machen. Sanieren heißt, von früh bis spät hart arbeiten.

Ich sage da gleich auch ein paar Sätze zur Verstaatlichten. Präsident Sallinger von uns hat das ja angezogen. Die Manager dort kenne ich alle seit langem, ich war, wenn Sie wollen, zehn Jahre lang einer der ihren. Sie sind immer recht gut. Die meisten von ihnen wären auch im privaten Bereich und auch in anderen Bereichen etwas geworden. Das ist gar keine Frage. Aber man muß ihnen wirklich einmal die Verantwortung lassen. Dann sollen sie zeigen, ob sie eine Drehung aus den roten Zahlen schaffen können. Das geht manchmal nicht ohne Härten ab. Ich verstehe den Bundeskanzler — es ist auch meine Meinung —, wenn er erklärt: Man kann doch zehntausenden Leuten nicht sagen: Jetzt brauchen wir euch nicht mehr, geht!

Da war immer unser Vorschlag im Eisen- und Stahlbereich: In bestimmten Gebieten muß man genau definieren und muß sagen: Dir gebe ich es, damit du noch eine Chance kriegst, vielleicht noch ein paar Jahre, damit du nicht auf die Straße gestellt wirst. — Das will niemand, das will ich nicht, das will kein anderer. Aber da muß man genau definieren.

Damit kommt ja auch schon die nächste Frage, die Frage der 16,6 Milliarden, die der Herr Finanzminister angezogen hat. Wir haben damals nicht zugestimmt. Dabei frage ich mich: Ist nun mit diesen 16,6 Milliarden, von denen ich weiß, daß sie sich dem Ende zuneigen, eine fundamentale Verbesserung der Lage der Verstaatlichten erreicht worden? Ich will diese Frage von dieser Stelle aus nicht beantworten, ich möchte nur die Frage hier erheben, denn wir werden in Kürze die Geschäftsberichte kriegen, wir werden in

Kürze den ÖIAG-Bericht kriegen. Dann können wir uns öffentlich damit auseinandersetzen.

Jetzt sage ich etwas, was vielleicht bei einer Opposition contre coeur geschieht. Ich habe hier eine eilige Aussendung der APA aus dem Fernschreiber, in der die Diskussion über die Sanierung im Bereich der Creditanstalt behandelt wurde. Ich sage nichts Geheimen, denn es ist eine APA-Aussendung.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, dazu sagen: Die Österreichische Volkspartei hat sich als Oppositionspartei in dieser Diskussion bislang nicht öffentlich geäußert. Wir werden das auch weiter nicht machen. Das haben sowohl mein Freund Robert Graf als auch ich dem Herrn Finanzminister gesagt. Ich möchte aber festhalten: Seit Jahren sind die Probleme bekannt. Irgendwann muß doch da etwas kommen, womit man arbeiten kann. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Ich glaube, öffentliche Diskussionen bringen da nichts. Es ist ja nicht so, daß es wie ein Blitz aus heiterem Himmel in diese Unternehmungen eingeschlagen hat und alle aus allen Wolken fallen und sagen: Um Gottes willen, was ist denn dort los? — Nein, das ist seit Jahren jedem bekannt gewesen.

Daher würde ich meinen: Im Interesse Österreichs, im Interesse der Bank und aller Betroffenen soll man jetzt einmal agieren. Mehr will ich dazu nicht sagen. Wir halten uns an alle Vereinbarungen. Wir haben dieses Thema nicht problematisiert. Die ganze ÖVP hat es nicht problematisiert.

Meine Frage, die ich immer hier stelle: Wenn es umgekehrt wäre, was wäre da los? Ich möchte besonders den Herrn Bundeskanzler fragen: Was wäre da los?

Wir haben weder die Verstaatlichte noch alle anderen Problemkinder dieser Republik in einem Maße problematisiert, daß ein Schaden für die Republik daraus entstanden wäre. Wahrscheinlich nicht zum Vorteil der parteipolitischen Entwicklung der Österreichischen Volkspartei. Ich möchte es nur erwähnt haben, Herr Bundeskanzler!

Nun komme ich zu einem weiteren Punkt, den ich nicht aussparen möchte. Sie haben auch eine lange Passage über die Kernenergie gebracht. Gestatten Sie mir, dazu ein paar Sätze zu sagen: Mir ist das eigentlich ein bißchen zuwenig gewesen. Denn es geht ja nicht nur um die Kernenergie, es geht überhaupt um die Energiepolitik. Ich habe mir den Ener-

Dr. Taus

giebericht und das Energiekonzept 1984 der Regierung mit herausgenommen. Nach den Verbrauchszahlen 1984 und dem, was wir über 1985 wissen, ist dieser Bericht schon in seinen Annahmen falsch. Die Frage ist: Was sagt die Regierung dazu? Sie hat gerade einen dicken, schönen Bericht — sehr bunt — hier vorgelegt. Schon jetzt zeigen die Zahlen, daß die Vorausschätzungen — ich will nicht sagen: zum Krenreiben sind; das wäre vielleicht zu hart — unrichtig sind. Sie wissen ja genau: Dort, wo man mit geometrischen Reihen arbeiten muß, ist bei einem Fehler, den ich drinnen habe, schon die ganze Reihe falsch.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler: Was soll in diesem Land — Sie haben als Regierungschef immer die erste Verantwortung — energiepolitisch insgesamt geschehen, abgesehen von der Kernenergie, auf die ich zu sprechen komme? Wo sind zum Beispiel im Hinblick auf die Elektrizität die Kapazitäten in Bau, von denen wir heute schon wissen, daß wir sie brauchen! Energiepolitik kann man nicht kürzerfristig als auf fünf bis zehn Jahre in der Vorschau machen. So lange dauert es, Energiepolitik ist langjährige Politik. Also ich habe da keine andere Chance. Wie ist das?

Mit dem Bericht geht es nicht mehr, weil die Zahlen nicht mehr stimmen. Ich mache das niemandem zum Vorwurf. Es ist ein Faktum. Das hat sich aber schon sehr rasch überholt. Was tun wir dort?

Jetzt komme ich zur Kernenergie. Da ich eine Zeit politisch mit dieser Frage sehr beschäftigt gewesen bin, liegt mir das durchaus nahe und durchaus am Herzen. Ich möchte Ihnen dazu sagen: Weder uns noch Ihnen helfen Formalstandpunkte, auf die wir uns zurückziehen. Also Sie sagen: Das war immer das Parlament, und wir, die Regierung, wollen damit nichts zu tun haben. — Das geht ja nicht, aber auch bei uns geht ein Formalstandpunkt nicht.

Aber eines dürfen wir verlangen, Herr Bundeskanzler — ich gehe dann noch einen Schritt weiter —: Wir müssen als Österreichische Volkspartei — und Herr Präsident Salingner hat es auch gesagt, Graf hat es gesagt und König hat es gesagt; also alle Kollegen, die sich dazu seriös geäußert haben, haben das gesagt — von Ihnen verlangen, daß Sie in der Frage der Kernenergie, in einer so fundamentalen Frage eine einheitliche Meinung in der Regierung herstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das sage ich jetzt fernab von allen formalen Dingen. Wir waren auf unserer Seite — das wissen wir alle — auch manchmal zu formell. Ich will da den Angriff nicht in eine Richtung lenken. So etwas ist einer Opposition, die als Großpartei — und das sind wir — 15 Jahre auf der Oppositionsbank sitzt, einfach nicht zumutbar, Herr Bundeskanzler! Es ist so, bei allem guten Willen, den sicher ein großer Teil unserer Kollegen hat, wie Sie wissen.

Nun komme ich zur zweiten Frage, zur Volksabstimmung, damit es auch da keine Unklarheiten von unserer Seite her gibt. Normalerweise ist es ein sehr unschöner Vorgang, wenn man eine Volksabstimmung abhielt und dann eine zweite Volksabstimmung macht, weil einem das Ergebnis nicht paßt: Daher macht man eine und eine dritte Volksabstimmung, so lange, bis es einem paßt. So etwas kann man nicht machen. Ich würde mich gegen eine solche Vorgangsweise entschieden wehren, weil das das Instrument der Volksabstimmung mißbraucht und vor allem den Souverän — das Volk — eigentlich beleidigt.

Aber in dem konkreten Fall kann ich mir vorstellen, daß eine zweite Volksabstimmung möglich ist, natürlich dann, wenn Sie die Voraussetzungen bringen. Ich sage Ihnen auch warum. Ich sage das so offen: Der damalige Bundeskanzler Dr. Kreisky hat bei der ersten Volksabstimmung sein politisches Schicksal vom Ausgang dieser Volksabstimmung abhängig gemacht. Ein an sich eher unüblicher Vorgang, und ich könnte mir vorstellen — ich habe keinen Beweis dafür —, daß diese, ich möchte fast sagen, Verknüpfung eines persönlichen politischen Schicksals mit einer sachlichen Problematik das Ergebnis verzerrt hat. Es wäre vielleicht anders ausgegangen.

Man sollte daher dem Souverän die Möglichkeit schaffen, daß er ohne so persönliche Verknüpfungen — etwas anderes passiert ja nicht — einmal seine Meinung dazu sagt, nämlich ob er für die friedliche Nutzung der Kernenergie ist oder ob er nicht dafür ist — mit allen Implikationen, die man dort stellen kann. Das sollte man tun. Das ist meine Meinung dazu. Ich weiß nicht, ob das alle meine Parteifreunde decken. Aber das ist meine Meinung, der ich ja hautnahe an dieser Geschichte teilgenommen habe. *(Abg. Mühlbacher: Dann machen wir es!)*

Moment! Aber da gibt es eine Bedingung, und die Bedingung lautet: Hier kann doch nicht eine Regierung sitzen und sagen: Ja das ist Sache des Parlaments! — Das ist nicht Sache des Parlaments. Das ist eine politi-

Dr. Taus

sche Verantwortung einer Regierung. Ich kann mich nicht auf eine Regierungsbank setzen und in einer solchen Frage nicht mitziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das geht nicht!

Ich habe es in meiner Laufbahn oft so gehalten. Wenn ich gesehen habe, daß ich mit einer Sache nicht durchkomme — das kann jeder bei mir verfolgen, nicht daß ich um Gottes willen die Koalition sprechen würde —, dann habe ich halt gesagt: Mit mir nicht, tut mir leid! Nicht daß ich deshalb böse bin. Ich bin ja nicht böse deswegen. Ich muß halt die Position ändern. So etwas geht nicht.

Ich zitiere nicht das „Wohlbehagen“ und ähnliches mehr, obwohl man ja da, wenn man solche Sachen hört, zum Freudianer wird.

Aber das ist doch die entscheidende Frage, um die es hier geht, meine Herren! Das ist doch eine politische Frage. Ich kann das aber nicht wegschieben und kann nicht sagen: Ich, die Regierung, will damit nichts zu tun haben. — Das ist doch das Problem, um das es geht. Das ist eine Frage der politischen Kultur eines Landes. Mehr kann ich dazu jetzt nicht sagen.

Der Bundeskanzler stellt sich nun her und nimmt dazu Stellung. Ich finde, so lustig ist das für ihn auch nicht. Ich gebe das zu. Ich sage Ihnen: Ich denke gar nicht daran, hier auch nur ein Wort zu sagen, als Koalitionstäter aufzutreten oder als einer, der es gar nicht erwarten kann, daß die Koalition auseinanderbricht und ähnliches. Wir haben es 15 Jahre auf der Oppositionsbank ausgehalten, entgegen allen ... *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ich habe auf diesen Zwischenruf gewartet! Ich bedanke mich bei Ihnen. Er war von höchster Geistigkeit. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf also sagen: Es ist nicht die Frage, daß eine Großpartei wie die ÖVP mit hängenden Zungen vielleicht der Regierungsbeteiligung nachrennt. Ich sage Ihnen das auch. Aber es ist eine Frage ... *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Nein, Sie werden mich dort auch nicht sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Aber ich sage Ihnen eines: Ohne eine klare Entscheidung der Regierung wird das sehr schwer werden; und mehr möchte ich dazu nicht sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie verstehen es ja alle, daß es so ist. Es ist ja nicht so, daß Sie es nicht verstehen. Ich bin zwar kurz-sichtig und kann in den Gesichtern auf die Entfernung nicht mehr so genau lesen, aber

bei einzelnen kann man schon sehen, daß das nicht so unreal ist, was wir hier sagen, daß das nämlich nicht eine Forderung ist, die weiß Gott wie hinterhältig ist, sondern ganz im Gegenteil: Das ist der normale Ablauf der politischen Vorgänge! Sie haben Gegner der Kernkraft in Ihren Reihen, wir haben Gegner der Kernkraft in unseren Reihen. *(Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.)* Jeder weiß das doch, gar keine Frage. Aber die Regierung, die, verehrter Herr Präsident Mühlbacher, schlußendlich die Verantwortung gegenüber dem Volk zu übernehmen hat, die politische, die exekutive Verantwortung, die muß sagen: Ich will es!, und zwar mit einer Zunge. Das ist das Problem, vor dem wir hier stehen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf und Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Aber ich habe beim Herrn Finanzminister noch einen Punkt, den ich herausnehmen möchte, und zwar ist das die Frage des Budgets. Sie sprechen von Budgetkonsolidierung oder -sanierung oder wie immer.

Ich möchte nur eines auch hier vermieden wissen. Sie haben in Ihrem Wirtschaftsbericht — ich habe ihn mir genau angeschaut — die Zahlen drinnen und sagen auch: Im internationalen Vergleich ist eh alles nicht so arg! — Das ist der Tenor: Natürlich, wir haben Probleme, aber es ist eh alles nicht so arg! Herr Finanzminister, ich sage Ihnen: Das ist nicht richtig, weil man die Vergleiche, wie Sie sie drinnen anstellen — Vergleiche der Netto-defizite —, nicht anstellen kann, ohne auch die Einkommen je Kopf zu vergleichen, und ähnliche Dinge mehr! Ich will aber jetzt kein statistisches Kolleg beginnen. Sie wissen das genausogut wie ich. Nichts liegt mir ferner, als Sie zu belehren!

Die Hauptfrage für mich geht um eines: Wir müssen — oder Sie müssen, Sie regieren ja noch — dieses Budget sanieren. Die Sanierungsfortschritte, die Sie bisher gemacht haben, waren bescheiden, und wir sind neugierig, wie das Budget für nächstes Jahr ausschaut, denn Sie werden heuer wieder über 4 Prozent des Sozialproduktes Budgetdefizit haben. Es schaut so aus — in den letzten Tagen muß man einen Rekord gehabt haben —: Ende Mai müssen Sie bei der Finanzschuld, ich rede gar nicht von den anderen Bundesschulden, schon auf über 500 Milliarden Schilling gekommen sein! Das heißt — das ist ja schon ein ordentlicher Brocken —, Sie werden bis Jahresende vielleicht bei 520 Milliarden Finanzschulden liegen. Wenn wir da so weitergehen — Herr Finanzminister, das wissen Sie ganz genauso —, dann

Dr. Taus

engen Sie sich Ihren Budgetspielraum in einem Maße ein, daß Sie all das, was Sie hier ankündigen, daß Sie wieder Ellbogenfreiheit für einen eventuellen weiteren konjunkturpolitischen Einbruch kriegen, ja überhaupt nicht realisieren können, auch nicht mit dem derzeitigen Tempo der Sanierung!

Steuern werden Sie schwer erhöhen können, das ist nicht drinnen, weil das Drängen nach „Steuersenkung“, wie fälschlich gesagt wird, zu stark wird. Es ist ja keine Steuersenkung, sondern es ist die berühmte Tarifierung, die alle paar Jahre kommt. Ich habe natürlich kein Verständnis dafür, daß Sie es im Wahljahr machen wollen, um den Leuten zu sagen: Schaut her, wir geben es euch eh! Daher sagen wir: Macht es vorher! — Aber ich weiß, daß sich eine Regierung eben so verhält. Das wird Ihnen das Budget wieder reduzieren. Es ist ja gar keine Frage. Das heißt, es bleibt Ihnen nichts übrig.

Sie haben ja vorsichtig angekündigt, ordentliche Schnitte zu machen. Nun ist die Frage: Wo machen Sie diese Schnitte? Die Schnitte können auch an der falschen Stelle sein, und wir sind neugierig, wie sie ausschauen.

Wir kennen das Budget nicht, und es gibt ja auch eine Schweigepflicht darüber. Ich will daher nur eines sagen: Was uns, was mich zumindest persönlich freut, das ist — weil ich mir ja viel Unbill anhören konnte über meine These, die ich in den siebziger Jahren vorgebracht habe, man kann es nur mehr von der Ausgabenseite her sanieren —, daß es jetzt einmal einen Finanzminister der Republik gibt, der das auch sagt. Es ist nicht einmal Stolz dabei, sondern es geht ja darum, daß wir hier alle etwas Vernünftiges zu machen versuchen.

Nun zum Problem der Arbeitslosigkeit. Sie haben mit großem politischen Erfolg — das will ich gar nicht leugnen — gesagt: Wir sichern die Vollbeschäftigung! Sie haben dann auch völlig richtig drinnen gesagt, Herr Bundeskanzler: Die westlichen Volkswirtschaften werden immer reicher, und die Arbeitslosenzahlen werden höher. — Das heißt, der Kreis der Glücklichen, die arbeiten, die große Mehrheit der Arbeitenden, und die Minderheit der armen Hunde, die keine Arbeit haben und Arbeit wollen — es wird ein paar darunter geben, die vielleicht keine wollen, aber das sind nur wenige, es geht nur um die, welche Arbeit wollen und keine kriegen —, klaffen auseinander.

Wir sind ja im Begriff, sehr vorsichtig, so eine sanfte Landung in der Arbeitslosigkeit zu vollziehen. Sie steigt ja ständig. Wir haben unsere Position nicht geändert. Wir waren immer der vierte oder der fünfte. Lassen Sie mich eines sagen. Es klingt natürlich ungeheuer gut, wenn man politisch immer wieder erklärt — Sie sagen es zum zwanzigstenmal, ich sage es zum zwanzigstenmal, wir werden es auch noch ein 21. Mal hier sagen —: Wir liegen viel besser als alle anderen! Und jetzt sage ich zum Zwanzigstenmal oder wie oft sonst: Wir liegen nicht viel besser, wir liegen bestenfalls im besseren Durchschnitt!

Warum? — Wir haben Ende Mai, glaube ich, 138 000 Gastarbeiter gehabt. Wir haben einmal 240 000, 250 000 gehabt. Die sind weg, also diese Arbeitslosigkeit ist exportiert. Und wir haben eine Menge von Leuten — es heißt ja auch: nicht mehr vermittelbare Arbeitslose — frühzeitig in die Pension geschickt, manche mit 50, manche mit 55, mit 52, mit 57 Jahren, die in den meisten anderen Staaten natürlich als Arbeitslose zählen. Dr. Dragaschnig, an dessen fachlicher Kompetenz ja nicht zu zweifeln ist, hat gesagt, das sind ungefähr 1½ bis 2 Prozent. Jetzt haben wir 4 Prozent Arbeitslose. Die 1½ — seien wir vorsichtig — dazu sind 5½ Prozent. Die 2 oder 3 Prozent, die wir an Gastarbeitern weggeschickt haben — die Schweizer haben viel mehr weggeschickt —, sind 7, 7½ Prozent. Das ist die vernünftige Rate, die wir haben.

Das ist noch immer nicht schlecht. Aber es sind nicht diese sensationellen Zahlen, die Sie hier nehmen, und wir werden einen Weg in die Lösung auch dieser Fragen erst finden, bis man auch da wie bei allen anderen zu Realismus gekommen ist — Sie werden das auch noch einmal sagen müssen, ich glaube das mit hoher Wahrscheinlichkeit —, denn dann können wir eine Bekämpfungspolitik anfangen.

Dann ein letztes: Ich habe mit großem Interesse die Arbeitszeitverkürzungspassage von Ihnen, Herr Bundeskanzler, gehört. Es war in meinen Augen das erstemal, daß der Bundeskanzler in einer sehr massiven Form diese Arbeitszeitverkürzung mittelfristig verlangt oder gedeckt hat oder wie immer man das sagt. Jetzt haben ich von diesem Platz hier und auch andere Kollegen vor mir gesagt: Es ist ja überhaupt keine Frage, daß die Arbeitszeit weiter verkürzt wird. Das ist überhaupt keine Frage.

Ich möchte nur eines noch erwähnen als jemand, der in der Wirtschaft seit Jahrzehnten tätig ist und der beide Seiten kennt, der

Dr. Taus

die Arbeitnehmerseite kennt, der die Arbeitgeberseite kennt, wie es eben im Laufe der Laufbahn so gekommen ist: Versuchen wir hier nicht wieder, den Vorreiter zu spielen — die Arbeitszeitverkürzung kommt, das ist gar keine Frage —, sondern versuchen wir — sie haben das irgendwo angekündigt —, in der bewährten Form das zu lösen! Verschlechtern wir nicht unsere Positionen! Wir liegen in der Industrie nicht übertrieben gut, wir liegen in der Struktur unserer Exporte nicht übertrieben gut. Das heißt: Versuchen wir ja nicht, Leute zu verunsichern, die investieren sollen, die etwas machen sollen!

Ich sage Ihnen noch einmal: Die Arbeitszeitverkürzung kommt. Das ist meine Meinung. Ich muß es ja nur wiederholen. Aber gehen wir vorsichtig und zurückhaltend vor und nicht, um eventuell einen Gag für eine Nationalratswahl zu haben! Wir würden es lange bezahlen müssen, alle, selbst die, denen man vielleicht versprochen hat, daß sie dann Arbeit kriegen werden, wenn sie ihren Stimmzettel wieder abgeben. Riskieren wir es nicht, aus dieser Frage ein Wahlthema zu machen! Dazu sind wir als kleines Land, das so abhängig ist, in einer viel zu sensiblen Situation. Ich möchte Ihnen das hier so gesagt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich zum Ende kommen. Ich schließe mit dem, womit ich begonnen habe. Ich habe die Meinung vertreten, daß man den Grundkonsens auch bei aller Verschiedenheit in der Wirtschaftspolitik haben muß, daß der notwendig ist. Ich hoffe, wir können ihn erhalten, ich hoffe, es gibt in den nächsten Jahren, egal, wie die innenpolitische Entwicklung geht, ein einigermaßen vernünftiges Gesprächsklima. Wenn es das geben sollte, meine Damen und Herren, war die Österreichische Volkspartei nie eine Partei, die dagegen gewesen ist.

Wir wissen, daß wir schwierige Probleme zu lösen haben, wir wissen, daß das nicht einfach sein wird. Aber, meine Damen und Herren, je rascher sich die Regierung in allen Bereichen, wo sie viele Jahre Erfolge gefeiert hat, dazu entschließt zu sagen, wie es wirklich ist, umso schneller werden wir diese Fragen lösen können. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 15.55

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny.

15.55

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Freund und Klubobmann Sepp Wille hat vor einiger Zeit

gemeint, ein Problem des Parlaments sei, daß man leicht verlernt, anderen zuzuhören. Ich fürchte, er hat dabei in vieler Hinsicht recht gehabt.

Ich möchte daher heute versuchen, diese Wirtschaftsdebatte nicht als ein Gespräch zwischen Tauben abzuführen, wo jeder mit vorbereiteten Statements herkommt, sondern ich möchte tatsächlich versuchen, auf die Stellungnahmen des Präsidenten Sallinger und des Abgeordneten Taus in einigen konkreten Punkten einzugehen. Und es würde mich freuen, wenn wir diesen Dialog dann weiterführen könnten.

Herr Präsident Sallinger hat mit der Feststellung begonnen, daß er sagte, der Aufschwung, den wir jetzt haben, sei eben durch die österreichischen Unternehmer und durch ihre Mitarbeiter erreicht worden. Ich möchte dazu feststellen, daß es mich freut — das ist wohl auch unumgänglich, einmal festzuhalten —, daß wir jenen Aufschwung in diesem Jahr und im vergangenen Jahr erreicht haben. Und ich möchte doch auch in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß voriges Jahr, als etwa der Herr Bundeskanzler festgestellt hat, unsere Politik wird diesen Aufschwung stärken, die ÖVP das noch heftig kritisiert hat und es heftig geleugnet hat. Es freut mich, daß inzwischen auch Präsident Sallinger der Meinung ist: Dieser Aufschwung ist da, er ist stark gekommen, und wir haben ihn nicht zuletzt durch wirtschaftspolitische Maßnahmen hier erreicht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum zweiten — da stimme ich mit Präsident Sallinger völlig überein — ist es völlig unbestreitbar, daß die Unternehmer in unserem Wirtschaftssystem eine wichtige Rolle spielen. Aber ich glaube, man muß doch auch gleichzeitig sagen, daß natürlich die Rahmenbedingungen, die von der Wirtschaftspolitik gesetzt werden, ebenfalls eine entsprechende Rolle spielen.

Wenn Österreich rascher wächst als etwa die Bundesrepublik Deutschland, wenn wir eine geringere Arbeitslosenrate haben als die Bundesrepublik Deutschland, dann könnte man natürlich sagen, das sei alles deshalb, weil unsere Unternehmer um soviel besser sind als die in der Bundesrepublik Deutschland. Aber ich glaube, seriöserweise wird man doch davon ausgehen können, daß das unternehmerische Talent international wahrscheinlich ungefähr gleich verteilt ist, zumindest zwischen Staaten mit ähnlicher Sozialstruktur, sodaß wir die Unterschiede — und auf die kommt es eben an, und die sind hier

Dr. Nowotny

sehr wesentlich — sehr wohl der erfolgreichen Wirtschaftspolitik in Österreich zuweisen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein dritter Punkt aus den Beiträgen der Kollegen Taus und Sallinger: Kollege Taus hat gleich eingangs erklärt, das Budget könne seiner Meinung nach nur von der Ausgabenseite her saniert werden. Präsident Sallinger hat in seiner Eingangspassage sofort einmal die Forderung nach einem Mittelstandsgesetz erhoben. Man braucht nicht dreimal zu raten, was der Inhalt eines solchen Mittelstandsgesetzes sein würde *(Ruf bei der SPÖ: Mehrausgaben!)*: sicherlich zusätzliche Ausgaben von seiten des Staates! Genau das Gegenteil von dem, was Taus verlangt hat.

Ich glaube, das ist ein grundlegendes Problem der Politik der Österreichischen Volkspartei. Theoretisch finden wir uns ja relativ leicht. Da sind wir für den Strukturwandel, da sind wir auch alle für Sparsamkeit. In der Praxis wird es aber dann doch deutlich schwerer.

Ein wirklich besonders eklatanter Fall — ich würde mir wirklich wünschen, daß hier auch innerhalb der ÖVP eine viel intensivere Diskussion stattfindet — ist die meines Erachtens volkswirtschaftlich extrem unsinnige Position, die der ÖVP-Bauernbund in Fragen Biosprit einnimmt, wo wir den einmaligen Fall haben, daß tatsächlich reine Machtmittel eingesetzt werden, um volkswirtschaftlich unsinnige Projekte zu erzwingen, und wo wir den einmaligen Fall haben, daß eine bestimmte Gruppe ein massiv positives volkswirtschaftliches Projekt, nämlich den Pipelineneubau, durch den wir unmittelbar massive Kaufkraft aktivieren könnten, verhindert.

Ich muß ganz ehrlich sagen: Wenn ich die Aufgabe hätte, als Vertreter der Wirtschaft zu sprechen, und gleichzeitig würde in meinen eigenen Reihen jemand sitzen oder würde eine ganze Gruppe sitzen, die auf so eklatante Weise gegen jede volkswirtschaftliche Vernunft verstößt, dann würde ich mir schwer tun.

Ich hoffe sehr, Herr Kollege Taus — ich glaube, daß Sie sich bei Ihrer Seriosität in dieser Sache auch sehr schwer tun —, daß wir sehr bald zu einer Lösung kommen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es gibt natürlich noch eine ganze Reihe anderer Bereiche, wo sich zeigt, daß dieses prinzipielle Verlangen, das, was Kollege Taus sagt — er hat gerade zustimmend genickt —,

das Budget könne nur von der Ausgabenseite her saniert werden, mit der Politik, die die ÖVP tatsächlich vorschlägt, überhaupt nicht übereinstimmt.

Ein weiterer Bereich ist etwa die Forderung nach einem Müttergehalt, wo der Obmann der ÖVP so einfach und salopp sagt: Ich weiß schon, das kostet was, aber für so etwas muß das Geld ganz einfach da sein! — Das ist der Weg ins Desaster, kann ich nur sagen, wenn man sagt: Für so etwas muß das Geld einfach da sein! Es gibt eine Berechnung des ÖAAB selber, die davon ausgeht, daß das 8,8 Milliarden Schilling kostet. Also so stelle ich mir die Sanierung von der Ausgabenseite her nicht vor, Herr Kollege Taus!

Das gleiche gilt für die Frage der Wirtschaftsförderung — das ist ein Schwerpunkt im Referat beider ÖVP-Sprecher —, wo man auch davon ausgeht, es müßte hier Umschichtungen geben, es müßte neue Schwerpunktsetzungen geben. Einverstanden. In der Theorie sind wir d'accord. Wenn es aber dann konkret darum geht, daß etwa von der Fremdenverkehrsförderung, die sicherlich in vieler Hinsicht ein überförderter Bereich ist, zur Industrieförderung, die Sie gerade selber als Schwerpunkt angesetzt haben, Strukturverlagerungen stattfinden, dann heißt es: Nein, also so viel Strukturwandel wollen wir wieder nicht, dann soll lieber alles bleiben, wie es ist!

Ich habe vor kurzem eine hübsche Pressaussendung der Industrie in die Hand bekommen, wo die österreichische Industriellenvereinigung, die auch immer das Banner des Strukturwandels hoch trägt, so schön sagt: „Industrieförderung — das Kind nicht mit dem Bade ausgießen“, womit gemeint ist, man solle lieber doch die direkten Förderungen, die man zuerst so verteufelt hat, nicht abschaffen und sie doch letztlich alle lassen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, wenn es zum Schwur kommt, dann schauen die Dinge halt sehr viel anders aus als in der hehren Allgemeinheit Ihrer Programme.

Ein weiterer Punkt, den ich mir zum Referat des Herrn Präsidenten Sallinger angemerkt habe: Es war ja sehr deutlich, daß hier ein ganz spezielles, wenn auch nicht unbedingt freundschaftliches Naheverhältnis zu Minister Dallinger besteht, und es hat hier die Politik des Sozialministers reiche Erwähnung gefunden. Nur, glaube ich, sollte man auch dabei ein paar Fakten nicht ganz vergessen.

Dr. Nowotny

Einmal das Faktum, das gerade erst diese Woche in einer Reihe von deutschen Zeitungen publiziert wurde: daß das österreichische Lohnniveau, inklusive Lohnnebenkosten, im unteren Drittel der Industriestaaten anzusiedeln ist, daß wir also zweifellos deutlich unterhalb des deutschen Lohnniveaus und unterhalb des Lohnniveaus vieler anderer unserer außenwirtschaftlichen Konkurrenten sind, sodaß also offensichtlich die Klagen, die Befürchtungen, die hier geäußert worden sind, doch, glaube ich, im Hinblick auf diese konkreten Fakten zu sehen sind; abgesehen davon, daß zum Beispiel der Wirtschaftsbericht selber, wenn Sie sich das anschauen, etwa auf Seite 43 zeigt, daß in Österreich die Lohnkosten im internationalen Vergleich wesentlich langsamer gewachsen sind als in praktisch allen anderen unseren Konkurrenzstaaten. Ich glaube, auch das müßte man fairerweise anführen, wenn man über die Lohnentwicklung klagt.

Wenn Präsident Sallinger gemeint hat, es bestünde der Plan, Betriebe, die rationalisieren, mit einer Maschinensteuer zu bestrafen, so möchte ich doch die Gelegenheit nützen, ein paar ganz kurze Bemerkungen anzubringen.

Erstens — und hier darf ich für die gesamte sozialistische Fraktion sprechen —: Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Einsatz neuer Technologien, zum Einsatz von technischem Fortschritt in der Wirtschaft. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine Wirtschaft wie die österreichische, die eine so starke Auslandsabhängigkeit hat, die 40 Prozent ihrer Produktion im Ausland absetzen muß, natürlich jeweils den neuesten technologischen Stand haben muß, und zwar möglichst rasch und möglichst vollkommen haben muß. Darüber gibt es überhaupt keine Debatte. Und gerade die österreichischen Gewerkschaften haben im Gegensatz zu denen in vielen anderen Ländern stets gezeigt, daß sie voll aufgeschlossen sind und daß sie bei technischen Neuerungen voll mitmachen.

Gleichzeitig aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es auch wichtig, die sozialen Folgen des technischen Fortschrittes zu berücksichtigen, weil eben technischer Fortschritt allein von der Produktionsseite betrachtet sicherlich nicht ausreichend erfaßt wäre. Ein wichtiger Aspekt in dem Zusammenhang ist die Frage der Finanzierung der sozialen Sicherheit in einer Situation, wo eben langfristig zunehmende Kapitalintensität erfolgt.

In dem Zusammenhang ist die Diskussion zu sehen, die hier begonnen wurde und die ausdrücklich — das möchte ich hier sagen — nicht um eine Maschinensteuer geht. Das ist etwas ganz anderes. Eine Maschinensteuer wäre eine Besteuerung des Kapitaleinsatzes. Niemand in Österreich denkt an so etwas. Das, was vom Sozialministerium als Diskussionsgrundlage vorgelegt wurde, ist eine Wertschöpfungsabgabe, die einen viel breiteren Bereich umfaßt, daher auch mit viel geringeren Sätzen. Es ist eine Diskussion, die ja auch nicht neu ist, die in der Bundesrepublik Deutschland seit einiger Zeit geführt wird, wo es eine Reihe von Studien gibt, und die ja auch nicht dogmatisch geführt werden soll. Diejenigen von Ihnen, die in die Sache etwas näher involviert sind, werden ja wissen, daß vom Sozialministerium eine Expertengruppe eingesetzt wurde, der Vertreter aller Wirtschaftspartner angehören, der Vertreter der Wissenschaft angehören, die ganz generell die Frage der künftigen Finanzierung der sozialen Sicherheit diskutieren sollen — wobei die Frage der Wertschöpfungsabgabe ein Thema von vielen ist.

Ich würde daher glauben, daß wir einem so wichtigen Problem wie eben der langfristigen Finanzierung der sozialen Sicherheit keinen guten Dienst erweisen, wenn wir irgendwelche Teilaspekte dämonisieren, sozusagen zu einem politischen Popanz aufblasen. Ich glaube — und das ist auch eine gute Tradition der österreichischen Sozialpartnerschaft —, diese Dinge sollten ruhig, sachlich und im Hinblick auf längerfristige Entwicklung diskutiert werden, und ich hoffe, daß wir in diesem Stil weiter fortfahren können.

Nächster Punkt, der auch schon mehrfach angeschnitten wurde, ist die Frage der Energiepolitik. Ich darf hier insofern dem Kollegen Taus zustimmen, als ich auch der Meinung bin, daß das Energieproblem tatsächlich, wie sich abzeichnet, ernster ist, als wir es aus dem Energiebericht, zumindest aus den optimistischeren Varianten — es sind mehrere Varianten drinnen —, ersehen. Und ich glaube, man muß das auch der Bevölkerung sehr deutlich sagen. Die Energieproblematik ist eben nicht so einfach, daß der Strom wirklich so einfach nur aus der Steckdose kommt. Das sind gewaltige Probleme der Produktion, die kurzfristig dann nur durch Importe gelöst werden können, mit all den Folgen für die Zahlungsbilanz.

Ich glaube daher, daß man das Energieproblem tatsächlich ernst nehmen muß, von der ökonomischen Seite her ernster, als es viel-

Dr. Nowotny

fach geschieht. Und ich muß sagen: Gerade unter diesem Aspekt des notwendigen Ernstes hat mich die Aussage der Wirtschaftsvertreter der ÖVP wirklich enttäuscht. Da war man prinzipiell für eine friedliche Nutzung der Kernkraft. Der Kollege Taus hat sich sogar explizite für eine Volksabstimmung ausgesprochen. Ich würde nicht Ihre Argumente dafür verwenden, sondern ich würde einfach argumentieren, daß sich tatsächlich wesentliche neue Dinge getan haben. Aber was immer es ist, ich glaube, es ist offensichtlich, daß es ein legitimer Weg ist, hier eine Volksabstimmung anzustreben. — Bis hierher vollkommene Übereinstimmung.

Und dann wieder der Sprung: In der Praxis sind alle diese Argumente dann nicht mehr schlagend. In der Praxis überwiegt für die Politik der ÖVP dann eben offensichtlich wieder die rein parteitaktische Überlegung. Sie müssen das wirklich merken: Wenn Sie Ihre Argumentation all der schönen Worte entkleiden, bleibt dahinter eben nur die parteitaktische Überlegung, denn andere Argumente haben Sie ja nicht anzubieten.

Ich möchte auch hier ganz offen sagen: Aus meiner Sicht und aus der Sicht der überwiegenden Zahl meiner Freunde ist die Stellung, die die FPÖ zur Kernkraft einnimmt, falsch. Ich glaube, die FPÖ macht hier einen Fehler. Aber ich kann nicht einsehen, wieso eine große Partei wie die ÖVP sich gezwungen sieht, dem Fehler einer kleinen Partei nachzuzufolgen, auf diese Weise politische Selbstverstümmelung begeht und sich selber ihre Handlungsfreiheit von einer kleinen Partei derartig binden läßt, daß wir de facto — und nur auf das kommt es ja an — zu einem Zustand kommen, wo ein wichtiges energiepolitisches Postulat nicht erfüllt werden kann. (Abg. Helga Wieser: Aber die Regierung will nicht! — Abg. Dr. Höchtl: Das ist ja die Unfähigkeit der derzeitigen Regierung...!) Herr Kollege Höchtl! Sie können jetzt wieder alle verschiedenen parteitaktischen Finten aufzählen. Wir kennen das alles und haben es ja auch schon lange genug durchdiskutiert. Aber die Bevölkerung weiß ganz klar: Es ist offensichtlich eine Situation, wo eine überwindende Mehrheit in diesem Haus aus ernsthaften Überlegungen zur Meinung gekommen ist, daß der Einsatz der friedlichen Kernkraft in Österreich notwendig ist, wo aber ein Teil dieser Mehrheit sich aus parteitaktischen Gründen nicht artikulieren darf. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Denn das ist ja der Punkt: Sie geben ja nicht einmal die Abstimmung frei, was doch

immerhin die FPÖ macht! Nichts anderes würde von Ihnen verlangt werden, nur eine Freigabe der Abstimmung. Offensichtlich sind sie aus parteitaktischen Gründen nicht einmal zu diesem elementaren Punkt bereit. Und das ist leider, muß ich sagen, eine große Enttäuschung und entwertet unerhört viel von dem Vernünftigen und Richtigen, das Sie alles vorher zur Wirtschaftspolitik gesagt haben. (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. König: Es geht ja nicht um die Haltung der Freiheitlichen Partei, sondern um die der Regierung!)

Es geht um die der ÖVP! Sie haben völlig recht. Und genau mit der bin ich nicht glücklich.

Ein nächster Punkt: Verhältnis verstaatlichter zu privater Industrie. Ich möchte durchaus positiv vermerken, daß Präsident Sallinger hier ein Bekenntnis zu einer gesunden verstaatlichten Industrie abgegeben hat. Ich möchte das in aller Form anerkennen, auch die Positionen des Abgeordneten Taus. Ich halte das auch für sehr viel differenzierter und nuancierter als etwa die Kampagne, die vor einiger Zeit der Abgeordnete Schüssel hier in dieser Richtung entfacht hat und die mir nicht sehr durchdacht erschienen ist. Und tatsächlich ist es ja so, daß wir eine unerhört enge Verbindung zwischen verstaatlichter und privater Wirtschaft in Österreich haben. Wenn sie nur an die Tausenden Zulieferbetriebe denken, wenn Sie an die Situation denken, daß viele kleine Unternehmungen eben nur über die Großunternehmen der verstaatlichten Industrie die Chance haben, in den Export zu kommen, sodaß ja jedes gegenseitige Gegeneinander-Ausspielen zwischen verstaatlichter Industrie und Privatindustrie volkswirtschaftlicher Wahnsinn wäre, und daß wir alle zusammen nur ein Interesse haben können: beide Teile, den gesamten Bereich der Privatindustrie, der direkt verstaatlichten, der indirekt verstaatlichten Industrie gesund zu erhalten! Ich hoffe sehr, daß all die Maßnahmen, die dazu notwendig sind, auch wirklich erfolgen, und zwar sachbezogen erfolgen, ohne den Versuch irgendwelcher Junktimierungen, ohne den Versuch irgendwelcher Kuhhändler mit Dingen, die unmittelbar damit gar nichts zu tun haben.

Ein nächster Punkt, den der Kollege Taus angesprochen hat — und damit möchte ich dann auch fast schon schließen —, ist die Frage der längerfristigen Wachstumsentwicklung. Der Kollege Taus hat gemeint, nach 1975 und nach 1981/82 hatten wir ja weltweit wieder höhere Wachstumsraten. Das heißt,

Dr. Nowotny

das ganze Gerede, es habe im Jahr 1975 irgendeinen massiven Einschnitt gegeben, sei ja eigentlich falsch.

Nun möchte ich mich jetzt nicht professoral aufspielen, aber, Herr Kollege Taus, als Kollegen, von dem ich weiß, daß Sie auch ein guter und ausgebildeter Ökonom sind, muß ich Ihnen schon sagen: Da ist Ihnen einfach ein analytischer Fehler unterlaufen. Denn der Punkt ist ja der: Das Konjunkturschicksal oder das Wachstumsschicksal einer Volkswirtschaft kann ich nicht an den Wachstumsraten abmessen, sondern an der Kapazitätsauslastung. Denn es ist ja ganz klar: Wenn ich einen schweren Konjunktüreinbruch hatte, wo es zuerst tief hinuntergegangen ist, dann habe ich später natürlich hohe Wachstumsraten, wenn es wieder hinaufgegangen ist. Nur sagt das überhaupt noch nichts, daß deshalb die Wirtschaft gesund ist, sondern das sagt ja nur, daß ich von diesem tiefen Abschwung wieder etwas heraufgekommen bin. *(Abg. Dr. Taus: Ich bin gerne bereit, mit Ihnen zu diskutieren, weil es eine wichtige Frage ist, weil es für die Wirtschaftspolitik wichtig ist!)* Okay, ja, jetzt oder nachher, ich stehe für alles zur Verfügung.

Um nur das Argument abzuschließen: Das heißt, wir haben also hier offensichtlich eine Situation, wo ein bloßes Schauen auf die Wachstumsraten nicht entsprechende Informationen gibt, sondern das, worauf ich schauen muß, sind die Grade der Kapazitätsauslastung. Und das wichtigste Maß der Kapazitätsauslastung einer Volkswirtschaft ist die Arbeitslosenrate. Und wenn wir das anschauen, dann sehen wir sehr wohl, daß da seit 1975, seit den sechziger Jahren etliches passiert ist. Immerhin hatten wir damals Durchschnittswerte der Arbeitslosigkeit weltweit in den Industriestaaten von vielleicht zwischen 1 und 3 Prozent und wir haben heute in den Industriestaaten solche von zwischen 10 und 12 Prozent. Das heißt, da ist schon etliches passiert.

Und ich glaube, man kann es kaum leugnen, daß in einer Zeit, wo wir allein im europäischen OECD-Raum etwa 21 Millionen Arbeitslose haben, natürlich diese Wirtschaft von einem schweren Einbruch betroffen ist, daß sich hier tatsächlich etwas geändert hat und sozusagen ein business as usual sicherlich nicht möglich ist.

Das heißt, wir hatten tatsächlich einen massiven Einbruch und wir haben — das ist der zweite Punkt, der wichtig ist — in Österreich tatsächlich einen sehr viel geringeren Ein-

bruch. Daher war auch das Schwanken unserer Wachstumsraten weniger stark gewesen, weil es zuerst bei uns ja nicht so tief hinuntergegangen ist.

Das heißt drittens, daß es uns eben durch diesen realen Bereich gelungen ist, die Arbeitslosenraten in Österreich tatsächlich deutlich niedriger zu halten als im westlichen Ausland.

Es ist schon richtig, daß natürlich die Arbeitslosenzahlen, die ausgewiesen sind, durch verschiedene Dinge korrigiert werden könnten. Nur gilt dies natürlich für die anderen Länder auch. Und vor kurzem ist eine Studie des Professor Gunther Tichy erschienen, den Sie sehr gut kennen, der aufgrund sehr eingehender Untersuchungen letztlich zum Ergebnis gekommen ist: Die österreichischen Arbeitslosenraten sind im internationalen Vergleich aussagefähig. Das heißt, es ist zwar bei uns ein bisschen nach unten verschoben, aber bei den anderen auch. Das heißt: Der internationale Vergleich ist durchaus relevant und zeigt eben, daß es uns in Österreich gelungen ist, zu deutlich niedrigeren Arbeitslosenraten zu gelangen. Wobei der wichtige Punkt der ist, daß das nicht nur ein kurzfristiger Erfolg war, sondern ein langfristiger Erfolg, den wir nun schon seit über zehn Jahren durchziehen können. Und das ist ja das bemerkenswerte.

Es ist überhaupt keine Kunst, kurzfristig einen Konjunktüreinbruch zu übertauchen. Die wirkliche Kunst — und das ist eben der Erfolg der österreichischen Wirtschaftspolitik — ist es, durch lange Zeit hindurch dieses deutlich bessere Arbeitsmarktergebnis zu erbringen.

Damit möchte ich zu dem Punkt kommen, wo Sie gemeint haben, hier wäre ein totaler Kurswechsel in der österreichischen wirtschaftspolitischen Konzeption erfolgt.

Ich würde das nicht so sehen. Es ist ja der Satz gefallen: Ein Durchtauchen ist nicht möglich! — Das ist völlig richtig, und das haben wir auch nie behauptet. *(Abg. Dr. Taus: O ja!)* Nein, eben nicht! Das habe ich gerade zu zeigen versucht: Das Spezifische unserer Wirtschaftspolitik ist ja, daß es eben gerade nicht ein kurzfristiges Durchtauchen war, sondern daß es uns gelungen ist, längerfristig hier Erfolge zu erzielen, weil wir eben — und das unterscheidet uns ja von einem simplen Keynesianismus — ein viel umfassenderes Konzept einer Wirtschaftspolitik entwickelt haben.

Dr. Nowotny

Dieses Konzept beruht nicht nur auf dem Einsatz staatlicher Mittel; das ist völlig richtig: Ich kann eine fiskalische Konjunkturpolitik nicht unbegrenzt lang mit vollem Maß machen. Aber das österreichische Spezifikum war ja eben, daß es sich nicht nur auf fiskalischer Konjunkturpolitik aufgebaut hat; die war wichtig, aber nicht allein! Ich habe daneben den ganzen Bereich der Einkommenspolitik, nicht zuletzt damit auch den sozialen Frieden in diesem Land, ich habe daneben das Konzept der Hartwährungspolitik und ich habe das Konzept einer Strukturpolitik. Und erst dieser gesamte policy mix, erst das alles zusammen ergibt die österreichische Wirtschaftspolitik, die tatsächlich dazu geführt hat, daß wir Erfolge haben, die ganz offensichtlich und objektiv zu sehen sind und auf die wir tatsächlich alle zusammen, glaube ich, stolz sein können.

Diese Art von Wirtschaftspolitik werden wir sicherlich fortführen, wobei entsprechend den jeweiligen Anforderungen die Akzente sich zum Teil verschieben können. Im Augenblick verschieben sie sich sicherlich in Richtung auf strukturpolitische Erfordernisse. Aber eine Akzentverschiebung ist etwas völlig anderes als ein Kurswechsel, nämlich nicht nur in semantischer Hinsicht, sondern auch in der wirtschaftspolitischen Konzeption. Und darauf, glaube ich, muß man schon Wert legen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich konnte natürlich nur auf einige Punkte meiner Vorredner eingehen, hoffe aber doch, ein bißchen gezeigt zu haben, daß wir als SPÖ durchaus bereit sind, den wirtschaftspolitischen Dialog, das wirtschaftspolitische Gespräch zu führen, daß wir das nicht zu scheuen haben, daß wir im Gegenteil glauben, daß alle Beteiligten davon profitieren. Und wenn der Kollege Taus eingangs von einem Grundkonsens gesprochen hat, der in einem Land bezüglich der Wirtschaftspolitik notwendig ist, so werde ich mich freuen, wenn wir einen solchen Grundkonsens in Österreich aufbauen und stärken können.

Wir laden daher alle — ich betone: alle! — in diesem Haus ein, ein solches Gespräch, einen solchen Grundkonsens weiterzuführen im Interesse aller Österreicher, die ja interessiert sind an Zusammenarbeit, die nicht interessiert sind an kleinlichem parteipolitischen Taktieren. *(Beifall bei der SPÖ.)* 16.20

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Derfler.

16.20

Abgeordneter Ing. Derfler (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns liegt heute der wirtschaftspolitische Bericht der Bundesregierung vor, und der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister haben ihre Erklärungen hiezu abgegeben.

Ich glaube, wir sind uns einig, wenn wir feststellen, daß der Bereich der Land- und Forstwirtschaft keinesfalls den unbedeutendsten Wirtschaftsbereich in unserem Lande darstellt, daß er durch bestimmte Sonderstellungen und Sondersituationen gekennzeichnet ist, aber leider hörte man die Erwähnung der Land- und Forstwirtschaft im Bericht des Herrn Bundeskanzlers überhaupt nicht; im Bericht des Herrn Finanzministers allerdings war ein Satz, der sich mit einem agrarischen Problem befaßt hat, enthalten. Ich werde mir erlauben, darauf noch zurückzukommen.

Nur muß ich auch feststellen: Aus dieser Negierung der Land- und Forstwirtschaft in den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers für Finanzen kann man deutlich den Stellenwert, der der Landwirtschaft in der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zugemessen wird, erkennen, einen sehr geringen Stellenwert. Und deshalb sollte sich niemand wundern, auch in diesem Hause nicht, wenn die Bauern darüber in Unmut geraten und wenn es einen bestimmten Fall gibt, in dem dieser Unmut sich in einer in der Öffentlichkeit wirksamen Weise geäußert hat. *(Abg. Dr. Nowotny: Eine Erpressung! — Abg. Dr. Zittmayr: Was ist hier eine Erpressung? Das ist unerhört!)* Ich werde im Laufe meiner Ausführungen auch dazu noch ein paar Worte sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Landwirtschaftsminister ist vor wenigen Tagen mit einer Erklärung über die Entwicklung der Einkommenssituation in der Landwirtschaft im Jahre 1984 in die Öffentlichkeit gegangen, wo er auf die positive Entwicklung in diesem Jahre hingewiesen hat. Damit hat der Herr Minister der Arbeit der sogenannten Paragraph-7-Kommission, die den Grünen Bericht zu erstellen hat, vorgegriffen, aber das ist seine Sache, das geht mich nichts an. Ich möchte dazu nur feststellen, daß wir uns natürlich über jede positive Einkommensentwicklung freuen und daß sie zunächst einmal auf den Fleiß und die Tüchtigkeit der bäuerlichen Bevölkerung zurückzuführen ist.

Ich kann mir aber auch nicht ersparen fest-

8660

Nationalrat XVI. GP — 97. Sitzung — 26. Juni 1985

Ing. Derfler

zustellen, daß seit 1977 jedes zweite Jahr reale Einkommensverluste von den Bauern hingenommen werden mußten. Im Jahre 1983 zum Beispiel waren es real im Bundesmittel 9 Prozent. Allein im Jahre 1984 war eine Einkommensverbesserung in Höhe von 16 Prozent notwendig, um real diese Einbuße aus dem Jahre 1983 wiederauszugleichen.

Nun war aber das erfreuliche Ergebnis 1984 im österreichischen Bundesmittel eine Einkommenszunahme in Höhe von 21 Prozent. Aber, meine Damen und Herren, ein Drittel davon, also etwa 7 Prozent, geht auf die Anhebung des Vorsteuerabzuges zurück, eine Maßnahme, die längst fällig war und über die wir Jahre hindurch mit den jeweiligen Herren Finanzministern sehr intensiv verhandelt haben, wo dem bäuerlichen Einkommen vorher Verluste in Höhe von leicht einigen hundert Millionen Schilling jährlich erwachsen sind.

Wenn ich Einkommensvergleiche anstelle, dann kann ich nichts Besseres tun, als den Wirtschaftsbericht der Bundesregierung zu zitieren. Ich darf Sie bitten, Seite 47 aufzuschlagen, wo Einkommensentwicklungen der Jahre 1973 bis 1977 und 1978 bis 1983 angeführt werden, wo Sie beachtliche Einkommensverbesserungen in verschiedenen Berufskategorien und Wirtschaftssparten feststellen können, und bei der Landwirtschaft werden jeweils Verbesserungen in Höhe von einem halben Prozent festgestellt. Im Wirtschaftsbericht der Bundesregierung! Also bei Gott ein unverdächtiges Dokument. Ein halbes Prozent! Damit ist deutlicher, als ich es mit irgendwelchen Zahlen untermauern könnte, das Zurückbleiben der Einkommensentwicklung der Leute in der Land- und Forstwirtschaft dokumentiert; und das bei einer durchschnittlichen, wöchentlichen Arbeitszeit von über 60 Stunden und das bei einer Sieben-Tage-Arbeitswoche!

Das Institut für Wirtschaftsforschung hat für 1985 prognostiziert, daß sich die Preisschere zu Lasten der Landwirtschaft wieder weiter öffnen wird, daß die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft nicht mit der allgemeinen Entwicklung der Einkommen Schritt halten kann, daß wir mit einer gewissen Stagnation rechnen müssen und ein sogenanntes Nullwachstum für die Landwirtschaft in diesem Jahr zu verzeichnen sein wird, während in der gesamten Volkswirtschaft ein etwa dreiprozentiges Ansteigen der Wertschöpfung zu verzeichnen sein wird. Für uns Bauern also bildet dieser Wirtschaftsbericht absolut keinen Grund zum Jubeln. Wir haben

Grund und Ursache genug, die Bundesregierung aufzufordern, der Agrarpolitik in der österreichischen Wirtschaftspolitik einen höheren Stellenwert einzuräumen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun lassen Sie mich zu ein paar Kapiteln, zu ein paar Beispielen in diesem Bereich kommen.

So etwa haben der Herr Vizekanzler Steger und der Herr Staatssekretär Murer nach einem im Mai erfolgten Italien-Besuch einen Erfolg in der Außenhandelspolitik gemeldet. Leider Gottes sind die inzwischen eingetretenen Ereignisse von einer gegenteiligen Wirkung gewesen.

Nun ist der Herr Staatssekretär Murer wieder nach Rom gereist, und ich hoffe ehrlichen Herzens, daß seine Mission dort Erfolg haben wird. Denn wenn das nicht der Fall sein sollte, dann bricht ab 1. Juli der österreichische Zuchtviehexport nach Italien zusammen, und das sind im Jahr immerhin etwa 35 000 Stück. Es ist hier eindeutig festzustellen, daß die Anstrengungen der hiefür verantwortlichen Regierungsmitglieder in den letzten Jahren zu wünschen übrig gelassen haben.

Natürlich, die Handelshemmnisse, die von der italienischen Regierung nun gegenüber Österreich ausgesprochen wurden, verstoßen gegen das Freihandelsabkommen mit der EG und verstoßen gegen den 1972 abgeschlossenen Agrarbriefwechsel. Es ist also ein entsprechend rasches und zielstrebiges Handeln unserer Regierung hiezu erforderlich.

Ich darf zum Milchmarkt sagen, daß in langwierigen und schwierigen Verhandlungen ein nun auch nicht gerade zum Jubeln Anlaß bietender Kompromiß im Hinblick auf die Novellierung der Marktordnung gefunden wurde. Es gibt allerdings noch gewisse Schwierigkeiten hinsichtlich einer Einigung über die Durchführung der Inlandsverbilligungsaktionen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie aber darauf hinweisen, daß uns gerade die Importsituation bei verschiedenen Milchprodukten, insbesondere beim Käse, mit allergrößter Sorge erfüllt. Das kostet den Bauern Richtmengen; und es kommt ja noch dazu, daß wir dadurch ja auch Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft und in nachgelagerten Unternehmungen verlieren. Wir erwarten auch hier dringend eine größere Aktivität unserer Bundesregierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ing. Derfler

Ich darf auch darauf hinweisen, daß im Zusammenhang mit der Ablöseregelung bei den Milchrichtmengen, über die wir übermorgen in diesem Haus diskutieren werden und die wir beschließen wollen, natürlich ein erhöhtes Angebot an Rindern, an Kühen in der zweiten Hälfte dieses Jahres erfolgen wird. Das ist angesichts des an und für sich gedrückten Schlachtrinderpreises ein verhältnismäßig schwieriges Problem.

Wir haben seit Ende der siebziger Jahre ein gut funktionierendes Exportmodell beim Getreidemarkt. Dieses System hat sich bewährt. Wir brauchen aber auch eine Weiterführung der Lageraktion und der Frachtkostenvergütungen im kommenden Jahr, wollen wir einen Zusammenbruch des Getreidemarktes verhindern.

Der Getreidemarkt hat eine Schlüsselstellung in der Agrarwirtschaft. Vor allem für die Aufrechterhaltung einer breit gestreuten Veredelungsproduktion in den kleineren und mittleren bäuerlichen Betrieben ist es erforderlich, daß der Getreidemarkt funktioniert. Einsparungsmaßnahmen auf diesem Gebiet würden einen ausgesprochen negativen Effekt erzielen.

Ich darf bei der Preispolitik darauf hinweisen, daß die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern alljährlich, natürlich auch heuer, objektiv kalkulierte Preisanträge, die sich nur an den Kostensteigerungen orientieren, eingebracht hat. Ich darf vom Herrn Handelsminister erwarten, daß er als Chef der Preisbehörde auch im Sinne seiner programmatischen Erklärungen, daß den Bauern auch gewinnbringende Erzeugerpreise zugesichert werden sollen, tätig wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun ein Wort zu den Produktionsalternativen. Ich glaube, im Hinblick auf die schwer zu bewältigende Absatzsituation beim Getreide kommt der Eröffnung von Möglichkeiten, andere pflanzenbauliche Produktionen in Österreich zur Durchführung zu bringen, gesteigerte Bedeutung zu.

Es gibt seit dem Jahre 1977 ständige Verhandlungen. Und immer wieder, wenn ein greifbares Ergebnis erkennbar war, war es plötzlich nichts, war man seitens der Bundesregierung nicht bereit, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Angesichts dieser Tatsache, die den Bauern natürlich nicht verborgen geblieben ist, darf man sich nicht wundern, wenn die Bauern verärgert sind und wenn sie letztlich zu einer Maßnahme gegrif-

fen haben — von der Basis her kommend —, die uns natürlich nicht glücklich macht, die aber keinesfalls mit der Bezeichnung „Erpressung“ abqualifiziert werden kann, denn sonst müßte ich fragen: „Was war das früher mit den Verhandlungen? Das war dann ein An-der-Nase-Herumführen. Den Ausdruck „Erpressung“ möchte ich nicht gebrauchen, weil ich diesen nicht für tunlich halte für die Aufrechterhaltung einer objektiven Gesprächsbasis. Deshalb halte ich es auch nicht für tunlich, daß hier jemand von „Erpressung“ spricht. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Fachleutner: Der Professor Nowotny soll zuhören! — Gegenruf bei der SPÖ.)* Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen bei der Paritätischen hat das Alkoholprojekt untersucht; es gab dann recht verschiedene Interpretationen des Ergebnisses!

Bei einer Augenblicksbetrachtung kann man sagen: Das rechnet sich im Vergleich zu den Getreideexporten beziehungsweise zu den Stützungserfordernissen beim Getreideexport, beim Weizenexport des zu Ende gehenden Wirtschaftsjahres nicht gut. Aber, meine Damen und Herren, leider sind wir mit fallenden Weltmarktpreisen konfrontiert *(Abg. Fachleutner: Seit Jahren werden wir zum besten gehalten!)*, leider, meine Damen und Herren, werden wir im kommenden Wirtschaftsjahr, das in wenigen Tagen beginnt, einen höheren Stützungsbedarf haben. Sie wissen, die Stützungen zahlen die Bauern und der Bund je zur Hälfte. Ich hoffe, daß der Dollar nicht allzu schwach wird, denn sonst wird der Getreideexport überhaupt schwer bezahlbar. Wenn ein höherer Stützungsbedarf erforderlich sein wird, dann rechnet sich die Sache sofort anders.

Meine Damen und Herren! Letztendlich sollte doch niemanden verborgen geblieben sein, daß wir in Österreich in einem neutralen Lande leben, daß die Eigenversorgungsraten gerade mit so wesentlichen Dingen wie Nahrungsmitteln und Energierohstoffen einen viel höheren Stellenwert haben als in einem Land, das irgendeinem wirtschaftlichen Block, einem wirtschaftlichen Zusammenschluß angehört; wir müssen auf eigenen Beinen stehen. Deshalb wäre es gut und richtig, daß man zeitgerecht Voraussetzungen für diese Möglichkeiten schafft.

Meine Damen und Herren! Wir haben in der Paritätischen Kommission — über meine Anregung und meinen Antrag — beschlossen, daß sich der Beirat auch mit der Untersuchung des Ölsaatenprojektes befaßt, und wir konnten in Erfahrung bringen, daß dabei eine

Ing. Derfler

verhältnismäßig günstige Situation besteht und daß der Anlaß für positive Schlußfolgerung gegeben ist. Ich möchte also die Bundesregierung wirklich ernsthaft auffordern, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir nun endlich mit dieser Form der alternativen Pflanzenproduktion beginnen können, daß wir zunächst etwa eine Verdoppelung der Rapsanbauflächen erreichen, und einen Stufenplan zu erarbeiten, um in einer drei- bis vierjährigen Übergangszeit jene Fläche zu erreichen, die in Österreich sinnvoll ist und deren Ertrag von der österreichischen Öl- und Fettindustrie übernehmbar ist; das sind etwa 40 000 Hektar. Die gegenwärtige Situation ist schon so, daß die Finanzierung des Rapsanbaues bereits günstiger ist als die Stützung der Getreideexporte, und zwar aufgrund des Ertrages der gleichen Flächen.

Auch hier gilt natürlich das Argument des Abbaues der Auslandsabhängigkeit und das der Einsparung von Devisen, was angesichts der äußerst negativen Agrarhandelsbilanz sicherlich nicht uninteressant ist.

Auch der Anbau der Eiweißfutterpflanzen ist erweiterungsbedürftig, und auch da sollen gewaltige Importe, die getätigt werden, substituiert werden.

Was den agrarischen Außenhandel betrifft, muß ich feststellen, daß dieser Bereich wesentlich defizitärer als der Gesamtaußenhandel Österreichs ist, denn im Gesamtaußenhandel werden etwa 80 Prozent der Importe durch Ausfuhren gedeckt, im Agrarbereich ist es nur etwas über die Hälfte. Ungünstig ist das Verhältnis in unserem Außenhandel mit den EG-Ländern, wo sich seit 1972, seit dem Abschluß des Agrarbriefwechsels, die Situation um etwa das Zwölfwache im Hinblick auf das Verhältnis Exporte — Importe agrarischer Produkte mit den EG-Ländern verschlechtert hat.

Ich darf eine kurze Bemerkung zum Bundesbudget machen und muß feststellen, daß der Anteil des Agrarbudgets seit dem Jahr 1970 eine sehr zurückbleibende Entwicklung genommen hat. Sehen Sie sich etwa die Ansätze für den Förderungsbereich an: Dieser macht jetzt noch ein halbes Prozent der Gesamtausgaben des Bundes aus; im Jahre 1970 war es immerhin noch 1 Prozent.

Wenn der Herr Finanzminister richtigerweise eine Sparpolitik im Auge hat, so muß ich sagen: Eine Sparpolitik hat in diesem Bereich schon jeder seiner Vorgänger gepflogen, sodaß ein deutlicher Nachholbedarf sei-

tens der Landwirtschaft bestehen würde, und bei solchen Ausgaben wäre das Ansetzen des Sparstiftes natürlich völlig verkehrt.

Schauen sie sich doch die Gesamtausgaben auch des Bundes für die Absatzförderungsmaßnahmen an! Dann müssen Sie nämlich feststellen, daß diese, vergleichsweise zur Entwicklung der bäuerlichen Mittel, für die Förderung des Absatzes eine sehr, sehr rudimentäre Entwicklung genommen haben, denn die Ausgaben der Bauern beim Getreideabsatz und bei den Exporten von Milchprodukten haben sich um weit über 500 Prozent erhöht, während sich die Ausgaben des Bundes nur um rund 60 Prozent erhöht haben; sie liegen im wesentlichen auf dem Gebiete der Viehexporte. Es stehen den Bundesmitteln auch ständig steigende Landesmittel gegenüber.

Mich ermunterte ein Satz in den Ausführungen des Herrn Bundesministers für Finanzen, in dem er dem Stellenwert der staatlichen Abnahmegarantien für wachsende landwirtschaftliche Überschussproduktionen eine besondere Bedeutung beimißt. Diese Ausführungen des Herrn Finanzministers lassen mich hoffen, daß die Probleme der Verwertung dieser sogenannten agrarischen Überschüsse auch in Zukunft im besonderen Interesse der Budgetentwicklung stehen werden.

Zum Schluß kommend möchte ich an die Bundesregierung appellieren anzuerkennen, daß auch die Bauern als wichtiger und bedeutungsvoller Berufszweig — wir haben ja eine wirtschaftspolitische Diskussion — auf eine gerechte Behandlung hinweisen und eine solche fordern dürfen.

Der Herr Finanzminister hat in seinen Schlußbemerkungen erklärt — er sprach von „realistischem Optimismus“; also doch wohl etwas eingebremst scheint dieser Optimismus zu sein —, daß die Bundesregierung in ihrer Wirtschaftspolitik neuen Überlegungen und Gedanken offen sei, wenn sie im Sinne wirtschaftlicher, sozialer und politischer Stabilität vertretbar sind. Meine Damen und Herren! Wir Bauern haben gerade in diesem Interesse, was wirtschaftliche und politische Stabilität anbelangt — ich erinnere noch einmal an nachhaltige Versorgung in einem neutralen Land —, einiges anzubieten. Wir fordern die Bundesregierung auf, auch die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen!

Der Herr Bundeskanzler hat in seinen Ausführungen erwähnt, daß man im Zusammenhang mit der Umstrukturierung in der ver-

Ing. Derfler

staatlichten Industrie nicht einfach das Schicksal von Zehntausenden Menschen in den verschiedenen Betrieben mit den Worten entscheiden und sie nach Hause schicken könne, daß sie nicht mehr gebraucht werden. Für diese Sorge des Bundeskanzlers habe ich Verständnis. Aber ich appelliere an den Herrn Bundeskanzler, auch zu bedenken, daß bei einer weiteren Vernachlässigung der agrarpolitischen Probleme Zehntausende Bauern den Eindruck bekommen müssen, daß sie nicht mehr gebraucht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.43

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Haigermoser.

16.44

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Kurz zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Derfler, der meinte — fast wörtlich —, die Bundesregierung räume der Landwirtschaft keinen Stellenwert ein. Sie sind sicherlich auch meiner Meinung, daß Sie diese Aussage wider Ihr besseres Wissen, Herr Ing. Derfler, gemacht haben. *(Abg. Hietl: Beweise!)* Das sage ich jetzt als Nichtfachmann auf dem landwirtschaftlichen Gebiete *(Ruf bei der ÖVP: Das merkt man!)*, als Kaufmann. Sie können mir sicherlich über die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte vieles erzählen — ich habe aufmerksam zugehört —, aber über den Verkauf kann vielleicht ich Ihnen etwas erzählen.

Ich darf Ihnen ein Beispiel nennen — aus der Praxis erzählt — welchen Stellenwert diese Bundesregierung in der Importpolitik der Landwirtschaft einräumt: das Beispiel des Kartoffelimportes.

Sie wissen ganz genau, daß es selbstverständlich auf Grund der klimatischen Verhältnisse in den südlichen Ländern Europas dort früher die Ernte gibt. In der benachbarten Bundesrepublik Deutschland konnte man schon etwa seit Ostern zur Freude des Verbrauchers, den auch wir gerne gut bedienen, die frischen Kartoffeln auf den Tisch bringen. In Österreich mußten wir die alten Kartoffeln auf den Markt bringen. Das war auch eine Unterstützung des Verbrauchers für die Landwirtschaft. Bitte, auch derartige Dinge müssen Sie zur Kenntnis nehmen!

Ein weiteres Beispiel: frisches Obst und Gemüse. Es wird immer, lange bevor in Österreich die Ernte beginnt, aus erklärlichen Gründen die Einfuhr gesperrt, weil man eben die heimische Wirtschaft stützen und die heimischen Produkte, die auf Grund der österrei-

chischen Witterungsverhältnisse teurer kommen, an den Mann bringen will. Auch der Handel leidet darunter. Das ist die Unterstützung des Handels, des Kaufmanns, des Verbrauchers für die Landwirtschaft, gemeinsam in einem Boot, und ich bitte Sie, auch diese Unterstützung anzuerkennen, Herr Kollege Ing. Derfler!

Sie haben des weiteren davon gesprochen, man müsse eben den Export forcieren. Das ist richtig. Dazu bekennen wir uns. Im gleichen Atemzug haben Sie aber gesagt: Importe — nein! Ich glaube, und Sie, meine ich, sicherlich auch mit mir, daß diese Einbahnstraße in Europa nicht mehr befahren werden kann. Selbstverständlich wird es notwendig sein, einen vernünftigen Ausgleich zu finden. Daß dieser vernünftige Ausgleich nicht leicht ist, wissen Sie genausogut wie ich und wie Ihre Parteifreunde zum Beispiel in der EG. Sie kennen die Situation Ihres Parteifreundes Kiechle in der Bundesrepublik Deutschland besser als ich, der unter schwerstem Beschuß „seiner“ Bauern steht, weil er keine Lösung der Probleme der Bauern, die eben schwierig sind, zustande bringt.

Die österreichische Bundesregierung unterstützt sehr wohl in weiten Bereichen budgetär die Landwirtschaft, deshalb sollten Sie nicht mit dem „Gruß“ der Kaufleute — ich sage das gleich zum Anfang — und der Bauern, dem Jammern, beginnen. Ich glaube, das wäre die beste Vorgangsweise, die Sie dem Hohen Haus vorexerzieren sollten. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Ich möchte in keiner Weise die Problematik insgesamt ins Eck schieben.

Einen Satz noch zu diesem von Ihnen zitierten notwendigen Zuchtviehexport nach Italien. Sie haben geleugnet, daß hier das Bemühen des Landwirtschaftsstaatssekretäres und des Handelsministers gegeben war, voranzukommen. Sie haben es geleugnet, aber Sie haben vergessen, daß Sie das Verhandlungsklima durch Ihre Boykottandrohung bezüglich des Baues der TAG eindeutig belastet haben und daß Sie mit dieser Drohung mit schuld sind, daß gewisse Schwierigkeiten aufgetaucht sind. *(Abg. Ing. Derfler: Eine Ausrede!)* Nein, das ist keine Ausrede, Herr Kollege, das ist ein Faktum! *(Zustimmung bei FPÖ und SPÖ.)* Sie als Landwirt wissen genau: Wie man in den Wald hineinschreit, so kommt es zurück. — Ich hoffe, daß dieses Sprichwort noch in Ihrem Satz vorhanden ist.

Sie haben des weiteren davon gesprochen, Herr Kollege Ing. Derfler, der Agrarexport sei

Haigermoser

nur zu 50 Prozent durch Import — Export gedeckt und abgedeckt. Das ist richtig, aber wir müssen einfach unsere österreichische Situation auch einmal in die Debatte einbringen, denn ich glaube kaum, daß irgend jemand in Österreich dem Österreicher, dem Verbraucher zum Beispiel im Winter das frische Gemüse vom Tisch wegbringen will. Wir sind der Meinung, daß der freie Handel über die Grenzen hinweg das bessere Instrumentarium als das Aufrichten von einseitigen Zollschranken ist.

Hohes Haus! Die Berichte des Bundeskanzlers und des Finanzministers zur wirtschaftlichen Lage waren getragen von einer sachlichen Darstellung der Ist-Situation, ohne dabei die selbstverständlich auch vorhandene Problematik zu vernachlässigen. Dies ist mithin ein Bericht ohne Wenn und Aber, sondern vielmehr die einer aktiven Bundesregierung würdige Bilanz nach zwei Jahren erfolgreicher Arbeit. Der Bundeskanzler sagte wörtlich: „Die Investitionsbereitschaft der heimischen Wirtschaft wächst, unsere Unternehmen investieren so viel wie schon seit Jahren nicht mehr. Der wirtschaftliche Optimismus ist wieder eingekehrt, und die Menschen blicken wieder zuversichtlicher in die Zukunft.“ — Ende des Zitats.

Der Landeshauptmann von Salzburg meint in der „Salzburger Landeszeitung“ vom 25. Juni 1985 folgendes: Wir brauchen neuen Schwung im wirtschaftlichen Leben. Sollen die wirtschaftlichen Probleme mit einem pessimistischen Konzept gelöst werden? Ich halte — so meint Haslauer — diese Einstellung für vollkommen falsch, ich trete für eine Großoffensive ein, um zusätzliche neue Arbeitsplätze zu schaffen. — Soweit, so gut.

An welche Adresse diese Worte des Landeshauptmanns von Salzburg gerichtet waren, ist wohl jedermann klar, nämlich an seine Bundes-ÖVP, meine Damen und Herren! Fakten und Zahlen beweisen nachhaltig, daß es nicht nur in den beiden letzten Jahren aufwärtsging, sondern daß die Zukunftsprognosen ebenso positiv sind.

Erstes Faktum ist, daß die stärksten Impulse von der Auslandsnachfrage ausgingen, daß somit ein Anstieg der realen Warenexporte um 10 Prozent im Berichtszeitraum gegeben ist.

Hohes Haus, was bedeutet das im Klartext? Die österreichische Wirtschaft ist offensiver, innovationsfreundlicher geworden, denn sonst wären diese Erfolge nicht in die

Scheune gebracht worden, denn sonst hätten wir diese 10 Prozent Steigerung im Export sicherlich nicht nach Hause bringen können!

Dem steht das monotone Krankjammern der Wirtschaft durch die maßgeblichen ÖVP-Repräsentanten gegenüber. Wenn hin und wieder dem einen oder dem anderen von den hinteren Bänken der Opposition die Wahrheit zaghaft von den Lippen huscht, indem eingestanden wird, daß diese sozialistisch-freieiliche Regierung im Verein mit der Wirtschaft so schlecht nicht arbeitet, daß diese Regierung unter anderem auch angetreten ist, das Budget zu konsolidieren, und zwar erfolgreich, so hat sich das aber hoffentlich auch bis zu den vorderen ÖVP-Reihen durchgesprochen.

Dieses Ergebnis bedeutet: Durch steuerpolitische Maßnahmen und Ausgabeneinsparungen — Einsparungen!, ich betone das noch einmal, und damit sind auch die sogenannten Verschwendungsanfragen des Abgeordneten Ettmayer ad absurdum geführt — konnte der Nettobudgetabgang gegenüber 1983 von 5,4 Prozent auf 4,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gesenkt werden.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Sie leugnen nun diese Erfolge allzu leichtfertig. Selbstverständlich weiß jedermann in diesem Land, daß es nicht darum geht, sich satt und selbstzufrieden in die Hängematte zu legen, sondern darum weiterzuarbeiten. Wenn wir die Erfolge Österreichs herausstreichen, dann nicht aus Eigenlob, sondern im Bewußtsein des Fleißes der Wirtschaftstreibenden und von deren Mitarbeitern, meine Damen und Herren!

Es ist geradezu eine Beleidigung der leistungswilligen Mitbürger, wenn ständig — von welcher Seite auch immer — diese erfolgreiche Arbeit aller Österreicher in Zweifel gezogen wird. Es ist unbillig, auf dem Rücken der Bevölkerung Verunsicherung und taktische Ränkespiele auszutragen, meine Damen und Herren von der Opposition.

Hohes Haus! Der Abgeordnete Taus hat uns nicht nur heute, sondern auch stets in der Vergangenheit vieles ausgerichtet, unter anderem hat er uns am 21. Feber 1985 folgendes hier wörtlich zur Kenntnis gegeben:

„Sie haben gesagt“ — er meint jetzt die Regierungsparteien —, „wir vertreten — ich komme darauf noch zu sprechen — einen staats- und kreditschädigenden Pessimismus. Ich sage Ihnen einen Grundsatz aller Wirt-

Haigermoser

schaften: Man soll versuchen, objektiv zu sein und die Wahrheit zu sagen und nicht zu überdrehen! Ich komme schon darauf zu sprechen.“

Dann sagte er: „Wir liegen auch in unserer Beschäftigungspolitik natürlich im guten europäischen Durchschnitt. Das haben wir ja nie geleugnet. Aber doch nicht top an der Spitze“, schließt er dann ab. — Nichts anderes behauptet diese Bundesregierung: daß wir im guten europäischen Durchschnitt liegen und noch nicht an der Spitze sind!

Herr Kollege Taus, „top an der Spitze“ haben sie gesagt und behauptet. Aber nach der Spitze streben wird man wohl noch dürfen, sagen wir! Diese Bundesregierung ist dazu bereit, immer noch besser für die österreichische Bevölkerung zu arbeiten. Wir sind dabei: „Monatsberichte“, „Wirtschaftslage und Prognose für 1985 und 1986“, Übertitel: „Investitionskonjunktur kommt in Gang“.

Nur auszugsweise einige Sätze daraus: Die Prognose für 1985 ist jetzt besser abgesichert als bei den letzten Prognoseterminen. Günstiger als erwartet entwickeln sich bisher die Exporte und vor allem die Investitionen. Die Industrieunternehmen haben ihre Investitionspläne kräftig nach oben revidiert. Es ist heuer mit einer Steigerung der Industrieinvestitionen um 12 Prozent zu rechnen. — Weil eben das wirtschaftliche Umfeld verbessert wurde, weil Optimismus eingekehrt ist in die Reihen der österreichischen Wirtschaft, deswegen ist die Wirtschaft bereit, wieder zu investieren.

Dazu ist ganz interessant, da Sie ja immer in die konservativ regierten Länder blicken, was heute in der „Süddeutschen Zeitung“ unter „Thema des Tages“ mit dem Übertitel: „Schelte von den Weisen“ — fünf Sachverständige werden „die Weisen“ genannt — in der Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ausgesagt wird. (Abg. Dr. Kohlmaier: Die FDP hat dort nichts zu reden!) Herr Kollege, ich bin nicht so demagogisch, jetzt zu behaupten, in Deutschland sei für das Gute die FDP zuständig, für das Schlechte die CDU (Abg. Probst: Das ist die Realität!); das läßt der Chef der CSU sowieso über den Weißwurstäquator immer los, der ist dafür zuständig! Wir betrachten diese Angelegenheit eher objektiv und sachlich. Ich zitiere nur die Aussage der „fünf Weisen“.

Diese Beobachtung entspricht keineswegs einem Akt der Schadenfreude, weil wir alle

wissen, daß das kleine Österreich nur in einer funktionierenden Weltwirtschaft eingebettet reüssieren kann.

Eine Regierung braucht auch sachliche Kritik und realisierbare Vorschläge. Auf die warten wir ja stets auch aus den Reihen der Opposition. Die Betonung liegt aber auf „sachlicher Kritik“, Herr Kollege Kohlmaier, und nicht auf destruktivem „Jein“ und „Ja, aber“. Auf derartige Ratschläge können wir gerne verzichten. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Deshalb, weil wir begründet optimistisch sind, haben die Aufgaben der österreichischen Wirtschaftspolitik klare Konturen, die heute der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister diesem Hohen Hause mit Ihrem Bericht bekanntgegeben haben.

Nur ansatzweise:

Die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur durch Hilfestellung bei zunehmend starkem Anpassungsdruck in der Wirtschaft.

Neue Anforderungen insgesamt an die Wirtschaftsförderung.

Das ist sicherlich nichts Neues, wird der Kritiker sagen. Aber deshalb wird ja die Bundesregierung bis 1987 für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiete der Mikroelektronik weitere 170 Millionen Schilling sowie für die Biotechnik 40 Millionen Schilling zur Verfügung stellen.

Rückblickend gilt es festzuhalten, daß 1984 fast 20 Prozent der Mittel des Forschungsförderungsfonds für Anwendung von Mikroelektronik vergeben wurden.

Meine Damen und Herren! Das sind nur wenige Sätze über die positive Arbeit, die geleistet wird, daß die österreichische Wirtschaft wiederum stärker als schon bisher auf dem Weltmarkt ins Geschäft kommt. Es gibt eben viele Möglichkeiten, hier lenkend einzugreifen. Die Wirtschaft schätzt dies.

Schauen wir uns einmal die Entwicklung gerade im Erzeugerbereich bei den klein- und mittelständischen Betrieben an. Herr Kollege Derfler von der Landwirtschaft hat ja ausführlich gesprochen. Wo sind denn reihum zum Beispiel im Käsebereich die Mittelbetriebe geblieben? — Verschluckt und aufgekauft von der Gigantomanie der Genossenschaften! Dafür sind nicht die Regierung oder gar die Freiheitliche Partei zuständig, Herr Kollege Kohlmaier, sondern Ihre Interessen-

Haigermoser

vertreter in den Genossenschaften. Sie von der ÖVP haben ein gerüttelt Maß an Schuld und Verantwortung in diesem Bereiche!

Exportchancen individuellster Art sind damit verbaut worden, zum Beispiel den köstlichen „Mondseer“, einen Käse, den wir in Österreich so schätzen, in den Export zu bringen. Oder andere Produkte, die wirklich in die Marktlücken hineinstoßen. Sie sind in die Menge, in die Masse gegangen. Wie beim Wein. Wir haben ja erst kürzlich die Weingesetznovelle beschlossen, die den Kleinen wiederum mehr Chancen gibt, auch in den Export hineinzugehen.

Sie haben mit Ihren Machtinstrumenten die Kleinen im Erzeugungsbereich zu großen Teilen vernichtet. Diese Verantwortung wird Ihnen niemand abnehmen können.

Meine Damen und Herren! Das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft sind die Klein- und Mittelbetriebe. Das wissen wir, und deswegen räumt die Bundesregierung diesen Klein- und Mittelbetrieben einen hohen Stellenwert ein!

Ich möchte noch ganz kurz den Fremdenverkehr streifen. Auch in diesem Wirtschaftsbericht wird der Fremdenverkehr genannt (*Zwischenruf des Abg. Landgraf*), weil er zu einem großen Teil zum Wohlstand der Österreicher beiträgt. Herr Kollege! Wir sind sicherlich im Bemühen um den Fremdenverkehr eines Sinnes. Darum bitte ich — Sie werden sicherlich in Zukunft noch davon hören —, daß wir für den Fremdenverkehr genauso gut weiterarbeiten wie bis dato. Der Weg: Qualität vor Quantität, wird sicherlich weiter so erfolgreich beschritten werden, wie das in den letzten zwei Jahren bereits über die Bühne gegangen ist. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Zum Abschluß kommend möchte ich noch sagen: Es kann, es muß vieles in die Wirtschaftspolitik einfließen: die Umwelt, Reinhaltung von Seen, Flüssen und so weiter, die Katalysatorfrage, die Sie von der ÖVP neuerdings wieder aufgerollt haben; Sie haben gemeint, wir sollten wieder einmal die unterste Schublade hernehmen, um die Umweltprobleme zu erledigen. Nein! Die Bundesregierung ist der Meinung, daß wir in Österreich sehr wohl diese Vorreiterrolle, die in der EG nicht Platz gegriffen hat, weiter bestreiten sollen, und wir werden uns von Ihnen davon nicht abbringen lassen.

Dazu ein Zitat aus dem „Kurier“ vom

18. Juni 1985. Herwig Schmidl meint in seinem Kommentar: „Z' Tod gefürchtet ist auch gestorben“. Er sagt: „Denn die anfänglichen Reaktionen der Volkspartei auf das Umweltpaket klangen ja recht positiv. So bemängelte Generalsekretär Michael Graff im Jänner nur, daß die Förderung von Katalysatorautos sowie die Einführung bleifreien Benzins von der ÖVP schon früher gefordert worden war. Tags darauf aber zerzauste, wie es in der ÖVP Methode geworden ist, Robert Graf das Umweltpaket (und damit auch Graff).“ (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Das ist nicht unsere Politik, sondern das ist Ihre Politik! Das ist Ihr Tun und Lassen, Ihr Handeln, und dafür sind Sie verantwortlich. „Z' Tod gefürchtet ist auch gestorben“, meint Herwig Schmidl. Wir lassen uns, wie gesagt, nicht von unserem erfolgreichen Weg abbringen.

Zum Schluß stelle ich aus freiheitlicher Sicht fest, aus der Erfahrung zahlreicher Gespräche mit den Mitbürgern: Die „Jein“-Politik der ÖVP ist keine Alternative! Der Optimismus und die Tatkraft dieser Koalition finden zunehmend Anerkennung. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 17.03

Präsident: Nächster Redner: Abgeordneter Steidl.

17.03

Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Finanzministers zur wirtschaftlichen Lage haben dreierlei bestätigt, nämlich

erstens: daß die Kritik der Österreichischen Volkspartei an den bisherigen steuerlichen und budgetären Maßnahmen, die oftmals Nichtmaßnahmen waren, vollauf berechtigt ist,

zweitens: daß es dieser Koalitionsregierung an Mut und Einfallsreichtum fehlt, als notwendig erkannte Maßnahmen gegebenenfalls auch durch Einsatz neuer wirtschaftsbelebender Instrumentarien durchzuführen, und schließlich

drittens: daß die österreichischen Steuerzahler von dieser Koalitionsregierung nicht nur keine Erleichterung von der drückenden Steuerlast erwarten können, sondern durch die kalte Progression mit einer weiteren Belastung rechnen müssen.

Die beiden Erklärungen haben aber auch

Dr. Steidl

klargemacht, daß eine neue, dynamische Wirtschaftspolitik von dieser verbrauchten, in wesentlichen Fragen in sich uneinigen Koalitionsregierung nicht mehr erwartet werden kann, sodaß einfach ein Kurswechsel notwendig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Deutlicher als es jemals ein Sozialist gesagt hat, hat der Herr Finanzminister heute bestätigt, daß die Budgetpolitik der Vorgänger mit jenen kritischen Anmerkungen zu bedenken ist, die die Oppositionspartei immer gemacht hat. Wenn er davon spricht, daß „ein deutlicher Handlungsbedarf“ — eine interessante Wortschöpfung — vorhanden ist, um das Ausgabenwachstum einzugrenzen, dann bestätigt er den Vorwurf der Österreichischen Volkspartei, daß die bisherigen Budgetgestalter — also die Finanzminister Androsch und Salcher — die Dinge einfach treiben ließen, genau das, was wir, meine Damen und Herren, Ihnen immer vorgeworfen haben.

Wenn der Herr Finanzminister meint, daß „Inhalt und Art staatlicher Aufgabenerfüllung in wichtigen Bereichen zu überdenken sind“, dann bestätigt er wiederum genau unseren Vorwurf, nämlich daß sich der Staat Dinge angeeignet hat, zu deren Bewältigung er gar nicht fähig und nicht berufen ist, und daß er sich deshalb von ihnen zu trennen hat. Wozu muß der Staat eine Filmfirma führen? Wozu muß der Staat ein Verkehrsbüro haben? Sie meinen genau das, Herr Finanzminister, was wir schon immer behauptet haben.

Wenn Sie, Herr Finanzminister, in dieser Erklärung zu einer „maßvolleren Ausgabenentwicklung“ aufrufen, dann haben Sie dazu unsere volle Unterstützung. Sie müssen aber damit beginnen, in Ihren Ressorts von der aufgeblähten Zentralverwaltung, von der Repräsentation im übergroßen Ausmaß Abstand zu nehmen und wieder zu natürlichen Dimensionen zurückzukehren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir Ihnen den Vorwurf machen, Herr Finanzminister, daß Sie den Einsatz wirtschaftsbelebender Instrumentarien scheuen, dann deshalb, weil Sie in der Regierungserklärung angekündigt haben, daß wir ein Steuergesetz haben werden, das durch eine Reform sozial gerechter, einfacher und leistungsfördernder wird. Jetzt sagen Sie, wir machen keine Reform im Sinne der Regierungserklärung, sondern wir betrachten alle Steuergesetze, die Novellen, die notwendig sind, als permanente Reform, und meinen, dadurch zu einem neuen System zu kommen.

Nun frage ich Sie, Herr Finanzminister: Was war denn bis zur Regierungserklärung im Mai 1983? — Es wurden laufend Steuergesetze erlassen, es wurde laufend novelliert. Das hat aber dann zu einem System geführt, das Ihr Bundeskanzler selbst als sozial ungerecht, als nicht leistungsfördernd und als bürokratisch bezeichnet hat.

Sie machen heute die Bemerkung, Budgetkonsolidierung habe Vorrang, aber Sie haben bis heute nicht erklärt, was Budgetkonsolidierung für Sie eigentlich ist: Reduziert sich die Budgetkonsolidierung auf das Nettodefizit, oder ist Budgetkonsolidierung in Ihren Augen eine Konsolidierung der Verschuldungsdynamik? Ist Konsolidierung Anpassung des Nettodefizits an die Inflationsrate, oder aber ist Konsolidierung ein Prozeß der Umstrukturierung? — Wir wären Ihnen dankbar, Herr Finanzminister, wenn wir von Ihnen einmal ganz konkret erfahren könnten, was Sie nun wirklich unter Budgetkonsolidierung verstehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für die Österreichische Volkspartei, meine Damen und Herren, sind Budgetkonsolidierung und Steuersenkung nicht unbedingt ein Widerspruch. Wir haben unseren Steuerreformvorschlag immer mit der Forderung nach einer Budgetsanierung verbunden. Wir sind nicht Ihrer Meinung, Herr Finanzminister, daß steuerliche Änderungen zu keiner Mehrbelastung des Staatshaushaltes führen dürfen, sondern wir vertreten vielmehr die Ansicht, daß mit einer Steuersenkung die vorübergehende Belastung des Staatshaushaltes in Kauf genommen werden kann, weil durch eine Steuersenkung private Nachfrage geschaffen wird, deren umsatzbelebende Auswirkungen zu mehr Umsatz- und Gewinnsteuern führen, die den Ausfall in späteren Jahren voll ersetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da Sie Länder anführen, in denen die Verschuldung größer ist als in Österreich — obwohl derartige Vergleiche nur sehr mit Vorbehalt zu nehmen sind —, frage ich mich: Welch „verantwortungslose Minister“ — es sind zum Teil prominente Sozialisten — sind denn am Werk, wenn diese Länder ganz erhebliche Steuersenkungen machen? Was hat denn der französische Premierminister Fabius — ich glaube, ein guter Sozialist — im Sinn, bei einer höheren Verschuldung Steuersenkungen im Ausmaß von mehr als 160 Milliarden Schilling anzukündigen und durchzuführen und dies sogar im verstärkten Maße zu betreiben? Wie kann es dem italienischen Finanzminister bei einer höheren Verschuldung einfallen, in der nächsten Zeit ganz erhebliche Steuersenkungen durchzuführen?

Dr. Steidl

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien! Das sind doch auch Sozialisten, die nicht verantwortungslos handeln, wenn sie bei einer höheren Verschuldung Steuersenkungen in einem derartigen Ausmaß durchführen! Ich frage mich daher wirklich: Warum sollten derartige Steuersenkungen in Österreich, wie sie die Österreichische Volkspartei schon seit Jahren fordert, nicht möglich sein? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat heute deziidiert erklärt, daß für eine Steuersenkung zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Raum vorhanden ist. Das muß von der österreichischen Bevölkerung wie ein Keulenschlag empfunden werden. Damit, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, betonieren Sie ein Steuersystem, das Sie selbst in Ihrer Regierungserklärung als leistungsfeindlich, als bürokratisch und als sozial ungerecht qualifiziert haben. Damit haben Sie, Herr Bundeskanzler, den Österreichern aber auch signalisiert, daß das Steuersystem der Ausbeutung nur durch einen Kurswechsel demoliert werden kann!

Die Österreichische Volkspartei hat in ihrem Steuersenkungs- und Steuerreformprogramm der österreichischen Bevölkerung eine Alternative angeboten, die eine generelle steuerliche Entlastung mit sich bringt, die durch gezielte Maßnahmen Beschäftigungsprobleme mildert, neue Technologien fördert und Umweltschutzmaßnahmen unterstützt, die durch Leistungsanreize einen Beitrag zur allgemeinen Wirtschaftsbelebung leistet und die schließlich durch Abbau von Bürokratie den Staatsbürger in die Lage versetzt, seine steuerlichen Rechte leichter und gerechter wahrzunehmen.

Meine Damen und Herren! Wir haben eine Reihe punktueller Maßnahmen vorgeschlagen. Wir meinen, daß es unbedingt notwendig ist, die Klein- und Mittelbetriebe steuerlich zu entlasten, um ihnen so die Möglichkeit einer besseren Eigenkapitalbildung zu geben.

Kollege Taus hat Ihnen heute schon dargelegt, daß die Eigenkapitalauszehrung der österreichischen Betriebe in den letzten 15 Jahren außerordentlich stark war. Gerade diese Klein- und Mittelbetriebe, die nicht auf Zuschüsse des Staates rechnen können, wenn sie in Schwierigkeiten kommen, brauchen eine stärkere Eigenkapitaldecke, damit sie Risiken abfangen können, damit sie innovativ tätig sein können, damit sie sich einen Krisenpolster schaffen können.

Wir haben punktuelle Maßnahmen vorgeschlagen für die Jugendbeschäftigung. Es genügt nicht, Herr Bundeskanzler, die Jugendarbeitslosigkeit nur zu beklagen, sondern man muß dagegen auch etwas tun, und zwar auch auf dem steuerlichen Sektor! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen, daß Forschung und Innovation unterstützt werden, weil wir glauben, daß das für eine Wirtschaft, wie wir sie uns in der weiteren Entwicklung vorstellen, einfach lebensnotwendig ist.

Wir sind für steuerliche Maßnahmen für den Umweltschutz eingetreten und glauben, durch Unterstützung von Investitionen durch Investitionsbegünstigungen einen Beitrag zur Verfestigung des Wirtschaftswachstums leisten zu müssen.

Und wir sind der Meinung, daß in einer Sozialphase kinderreiche und sozial schwache Steuerzahler in Österreich ganz entscheidend entlastet werden müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Uns ist klar, daß nicht alle diese Maßnahmen auf Dauer werden halten können, wir wollen aber sofort mit diesen gezielten Maßnahmen bestimmte Ziele erreichen und uns nachher um neue Instrumentarien umsehen, neue Ziele anpeilen.

Professor Nowotny hat auf die Einladung von Dr. Taus, den Grundkonsens in Wirtschaftsfragen durch Diskussion herzustellen, positiv reagiert. Dieses Gespräch, meine Damen und Herren, haben wir bisher in Steuerfragen weitgehend vermißt. Insbesondere hätten wir uns eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Steuersenkungs- und Steuerreformkonzept der Österreichischen Volkspartei erwartet. Immer nur zu sagen, eine Steueranpassung sei derzeit nicht möglich, damit werden wir uns von der Österreichischen Volkspartei und wird sich die österreichische Bevölkerung nicht zufriedengeben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir fordern Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, daher neuerlich auf, das Steuersenkungs- und Steuerreformprogramm der Österreichischen Volkspartei zu realisieren, weil zur Entlastung des österreichischen Steuerzahlers, zur Festigung des Wirtschaftswachstums und zur Sanierung des Budgets ein Kurswechsel notwendig ist! *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.16

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Veselsky.

Dr. Veselsky

17.16

Abgeordneter Dr. Veselsky (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! In aller Kürze einige Worte zur Rekapitulation. Die Opposition hat eigentlich resigniert mit ihrer Kritik, indem sie nicht dort attackierte, wo man echt kritisieren kann. Sie hat nicht in Frage gestellt die Erfolge in der Vollbeschäftigungspolitik, nicht in Frage gestellt die Erfolge der Wachstumspolitik, nicht die Erfolge auf dem Gebiete der Preisstabilität, nicht die Erfolge auf dem Gebiete des Zahlungsbilanzausgleiches. Ich glaube, daß das denn doch eine Qualifikation der Leistung der Wirtschaftspolitik sein kann!

Lassen Sie mich heute noch einige Worte zum Stil sagen. Diese Bundesregierung hat Österreichs Wirtschaft erfolgreich durch die Fährnisse der Weltwirtschaftskrise geleitet. Auf der anderen Seite hat die ÖVP durch ihre Kritik ebensowenig wie durch konstruktive Vorschläge dazu beigetragen, wirtschaftspolitisch erfolgreich zu sein.

Zeugnis davon, wie diese ÖVP ihre wirtschaftspolitische Kompetenz von ehemals abgegeben hat, waren die jüngsten Ausführungen des ÖVP-Obmanns Dr. Mock nach dem Wirtschaftspolitischen Rat der Volkspartei. Laut „Presse“ vom 23. dieses Monats sagte der ÖVP-Chef, daß eine sofortige Steueranpassung mit einer Budgetsanierung nicht nur durchaus vereinbar, sondern auch eine Grundvoraussetzung für diese Budgetsanierung wäre.

Meine Damen und Herren, das ist ein starkes Stück! Jedermann weiß aus seinem eigenen Privathaushalt, daß geringere Einnahmen nicht zu einer Verbesserung der Haushaltssituation führen. Jedermann weiß, daß man, wenn man weniger einnimmt, seine Schulden nicht verringern kann. Und jedermann kann einsehen, daß das auch nicht im Budget, nicht im Staatshaushalt geht, daß man nicht durch geringere Steuereinnahmen das Budgetdefizit verringern kann.

Wenn nun also Herr Dr. Mock doch glaubt, das sagen zu müssen, dann ist er ganz offenbar der Meinung, daß er den Menschen eine gewisse Wundergläubigkeit vermitteln kann. Aber er darf sich dann nicht wundern, wenn der Glaube der Menschen in eine andere Richtung geht, nämlich dahin gehend, daß sie ihm die Ernsthaftigkeit nicht abnehmen und nicht glauben. Das bedeutet aber für die gesamte Politik etwas sehr Gefährliches, nämlich daß die Politik abgewertet wird.

Herr Dr. Mock darf sich nicht wundern, wenn er auf diese Weise etwas erreicht, was er nicht will, nämlich das Abonnement auf das Oppositionsgeschäft, wenn er auf diese Weise erreicht, was er nicht will: die Pragmatisierung in der Oppositionsrolle.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur darauf hinweisen, daß Kollege Taus heute hier ganz anders gesprochen hat. Er trat für die Sanierung von der Ausgabenseite ein; das ist zumindest logisch.

Ich möchte darauf hinweisen, daß Kollege Steidl soeben sagte, Budgetsanierung und Steuersenkung seien nicht unbedingt ein Widerspruch. Das ist auch etwas anderes. Da gibt es also drei Standpunkte, die wir zu dieser Frage gehört haben.

So widersprüchlich, wie sich diese ÖVP in diesen Fragen hier präsentiert, so wenig glaubwürdig ist sie in der Wirtschaftspolitik und so wenig kann sie dann erwarten, wieder zu größerer Verantwortung berufen zu werden.

Aber wenn sie schon nicht zu größerer Verantwortung unmittelbar berufen werden wird, so müßte ihre Kritik doch eine Schranke dort finden, wo es um die Wahrung österreichischer Staatsinteressen geht. Kritisieren sollte dort aufhören, wo es zum Herabwürdigen und Diffamieren wird. Ich glaube, heute war die Debatte ein Musterbeispiel dafür, daß man dem ausweichen kann, und ich sehe diese Debatte heute positiv.

Ich möchte die wenigen Minuten, die ich mir als Redezeit vorgenommen habe — denn die ÖVP hat dieser Debatte ja die Luft gelassen, und ich will ihr diese Luft nicht mehr einblasen —, dazu verwenden, einiges über die Förderung der Hochtechnologie in Österreich zu sagen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, daß diese Bundesregierung sich entschlossen hat, in mutiger Weise Hochtechnologie in Österreich zu fördern.

Ich denke in diesem Zusammenhang auch schon an Erfolge, denn allein die Maßnahmen hier zu besprechen, reicht nicht aus. Ich denke dabei aber nicht nur an das Siemens-Werk, an das Chips-Werk in Villach, ich denke nicht nur an die VOEST, die gemeinsam mit OKI ein ähnliches Werk in der Steiermark errichten wird, sondern ich denke auch an jene kleinen Firmen, die es in Österreich gibt, die von der Bundesregierung gefördert wur-

Dr. Veselsky

den und werden, die auf Grund eigener Initiative versuchen, einen eigenen Weg in die Wirtschaftslandschaft und Technik der Zukunft zu finden.

Wir haben im Fernsehen die Präsentation einer Firma erleben können, die Meßgeräte neuer Art entwickelt hat.

Das Fernsehen hat aber noch nicht eine Entwicklung präsentiert, die ich heute doch auch erwähnen möchte, nämlich die Ionenlithographie. Österreich ist es gelungen, mit Unterstützung der Bundesregierung, nämlich des Bundesministers für Finanzen, des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, ein Unternehmen in Österreich zu halten, das im Bereich der Mikroelektronik einen Makroerfolg gelandet hat.

In Österreich ist jene Innovation beheimatet, die den Durchbruch zum 1 000 K Byte Chip bringen wird, ist jene Entwicklung beheimatet, die einen wichtigen Durchbruch in Richtung Gentechnologie bringen kann.

Es ist gelungen, dieses Unternehmen in Österreich zu halten; das war nicht leicht. Die neue Wagniskapitalgesellschaft ist hier auch am Werk.

Ich darf sagen, meine Damen und Herren, diese österreichische Gruppierung, diese Firma mit Namen IMS, hat etwas ganz Großes bereits hinter sich: zweimal in den USA heuer über den Stand der Technik berichtet zu haben in einem wichtigen Bereich der Mikroelektronik, keine Selbstverständlichkeit, keine Kleinigkeit, etwas, was in diesem Mikrobereich angesiedelt ist, aber Makroerfolge und für die österreichische Wirtschaft eine Makrochance bedeutet — in Zusammenarbeit mit der Universität Stanford. Von dort kommen Einschätzungen dergestalt, daß man unter Umständen damit sogar eine ähnliche Entwicklung wie südlich von San Franzisko erreichen könnte, wenn man diese Innovation in Österreich halten kann.

Meine Damen und Herren! Das ist unterwegs, und ich glaube, das ist mit ein Erfolg, ein Erfolg, dessen sich diese Regierung ebenso wenig berühmt hat wie vieler anderer. Hinter diesen gesamtwirtschaftlichen Zahlen stehen eben einzelwirtschaftliche Erfolge, stehen Details, stehen aber Realitäten, meine Damen und Herren! Dieser Realität entspricht die realistische Einschätzung der wirt-

schaftlichen Situation, wie sie von der Bundesregierung vorgenommen wurde.

Es ist uns heute daher ein leichtes, der Bundesregierung nicht nur die Unterstützung zu geben für die Verabschiedung dieses Berichts, sondern auch Anerkennung dafür auszusprechen, daß sie Österreichs Wirtschaft mit so großem Erfolg durch die Wirtschaftskrise der letzten Jahre geführt hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.26

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Burgstaller.

17.26

Abgeordneter Burgstaller (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Mein Vorredner, der Abgeordnete Veselsky, hat darauf hingewiesen, daß er mit der Debatte heute sehr zufrieden ist. Er hat abschließend der Regierung dafür gedankt, daß sie die Wirtschaft so erfolgreich über alle Krisen geführt hat. Er hat anscheinend vergessen, daß der Bundeskanzler — der Abgeordnete Taus hat sehr genau darauf hingewiesen — eigentlich die stärkste eigene Kritik dieser Wirtschaftspolitik in diesem Hohen Haus geliefert hat. Wenn er meint, daß er damit zufrieden ist, so stimme ich ihm zu.

Meine Damen und Herren! In wenigen Tagen werden rund 100 000 junge Menschen ihre schulische Ausbildung beziehungsweise ihre Lehre, ihre Berufsausbildung, ihre akademische Ausbildung beenden. Sie werden in den nächsten Wochen und Monaten bemüht sein, eine Lehrstelle, einen Arbeitsplatz, eine Arbeit zu finden. Diese jungen Menschen erwarten zu Recht, von der Gesellschaft aufgenommen zu werden, eine Lehrstelle zu bekommen, eine Arbeitsstelle zu finden. Diese jungen Menschen hätten auch vom Bundeskanzler Dr. Sinowatz erwartet, daß er in seinem Bericht zur wirtschaftlichen Lage diesem so wichtigen Thema mehr als acht Zeilen widmet.

Der Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß alle Anstrengungen zu unternehmen sind, um dieses Problem — wie er es bezeichnet hat — in den Griff zu bekommen. Es ist zu fragen: Welche Anstrengungen meint denn der Bundeskanzler? Von wem soll in dieser schwierigen Frage, die in wenigen Tagen mehr als 100 000 junge Menschen betreffen wird, konkret etwas unternommen werden?

Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, daß der Sozialminister an die Wirtschaft appelliert. Das tut er immer, wenn er

Burgstaller

mit seinem Latein am Ende ist. Aber gerade die Wirtschaft hat in einem sehr hohen Maß gesellschaftspolitische Verantwortung getragen und sich besonders — und das seit Jahren — der jungen Menschen angenommen.

Der Herr Bundeskanzler hat auch auf die Förderungsmittel im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung verwiesen. Glaubt der Bundeskanzler, daß diese Mittel richtig eingesetzt sind? Werden damit dauerhafte, zukunftsorientierte Arbeitsplätze geschaffen, oder werden damit nur kurzfristig statistische Frisierungen vorgenommen?

Heute bei dieser Wirtschaftsdebatte hat der Bundeskanzler diesen jungen Menschen keine Hoffnung für die nächsten Wochen mitgegeben.

Eine Analyse der Arbeitsmarktdaten der letzten Jahre zeigt deutlich eine Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit. Damit ist mit einer entsprechenden Zeitverschiebung in Österreich eine Entwicklung eingetreten, die in anderen Ländern schon früher eingesetzt hat. Seit 1981 sind Jugendliche vom Anstieg der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen. Während 1981 im Jahresdurchschnitt 24 Prozent aller Arbeitslosen Jugendliche waren, erhöhte sich der Anteil bis 1984 auf über 35 Prozent und ist in weiten Teilen noch im Steigen begriffen.

Hohes Haus! Betrachtet man die Arbeitslosigkeit der 19- bis 24-jährigen, so ist zu berücksichtigen, daß in diesen Zahlen das an Gewicht zunehmende Problem der Jungakademikerarbeitslosigkeit nur unzureichend repräsentiert ist, weil viele junge Akademiker bereits aus dieser Altersgruppe herausfallen und daher in dieser Statistik nicht enthalten sind. Und dieses Problem, Hohes Haus, verschärft sich, weil die Beschäftigungschancen im öffentlichen Bereich sinken, die gewerbliche Wirtschaft, aber auch die freien Berufe nur begrenzte Beschäftigungsmöglichkeit bieten, die Ausbildungsrichtungen nur zu einem geringen Teil mit dem Bedarf der Wirtschaft beziehungsweise der freien Berufe korrespondieren.

Diese Problematik, Hohes Haus, wird dadurch weiter verschärft, daß die Zahl der Selbständigen laufend abnimmt, die Insolvenzquote mit 3 600 Betrieben im vergangenen Jahr dreimal höher liegt als etwa in der Bundesrepublik. Der Wegfall an Arbeitsplätzen wird demnach bei weitem nicht durch neue, hinzuwachsende Unternehmenszweige oder Neugründungen kompensiert.

In dieser Situation muß eine gezielte Unternehmensgründungspolitik Platz greifen. Hier hat die sozialistisch-freiheitliche Regierung bisher kaum Konzepte, kaum wirkliche Hilfen angeboten beziehungsweise vorgelegt.

Hohes Haus! Es wird immer wieder von der Schaffung zusätzlicher, zukunftsorientierter Arbeitsplätze gesprochen. Diese werden nur dann geschaffen werden können, wenn man eine gezielte Unternehmensgründungspolitik betreibt, dieser Gründungspolitik massive Unterstützung, massive Förderung angedeihen läßt, nicht nur im materiellen Bereich, sondern vor allem auch im immateriellen Bereich.

Wir brauchen in unserem Land Tausende neue Unternehmer! Nur dann werden wir die Beschäftigungspolitik wirksam langfristig beeinflussen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich finde es sehr bedauerlich, daß in dieser Wirtschaftsdiskussion, in diesem vorgelegten Programm die Ansätze dazu fehlen.

Die Beschäftigungssituation ist auch eine spezielle Facette der österreichischen Industriepolitik und als solche zu sehen. Dies wird ja auch durch die Arbeitslosenstatistik untermauert. Sehr hohe und weiter steigende Arbeitslosigkeit in gewissen Regionen hängt unmittelbar mit den zu spät und halbherzig durchgeführten Strukturmaßnahmen zusammen, wie es ja auch im OECD-Bericht zum Ausdruck kommt.

Der Verlust von über 100 000 Industriearbeitsplätzen, zum Teil auch durch Frühpensionierungen, hat in verschiedenen Regionen zu einer dramatischen Situation vor allem hinsichtlich der Jugendbeschäftigung geführt. Hohe Arbeitslosigkeit, verbunden mit hohen Abwanderungsraten, haben die Beschäftigungssituation in weiten Bereichen zusätzlich verschärft.

Mit Frühpensionierungen ist nicht nur der gesamte Bereich der Sozialpolitik in große finanzielle Schwierigkeiten gekommen, auch beschäftigungspolitisch wurde eine hohe Anzahl von Arbeitsplätzen vernichtet.

Wie die Entwicklung der Technologiepolitik in den verschiedenen Unternehmungen zeigt — der Herr Abgeordnete Taus hat darauf hingewiesen —, kann eine zukunftsorientierte Forschungs- und Technologieoffensive nur in wirtschaftlich gesunden Unternehmungen erfolgreich betrieben werden. Unternehmen, die, aus welchen Gründen auch immer, in die

Burgstaller

Verlustzone geraten sind, sind in der Regel nicht in der Lage, sich mit zukunftsorientierten Technologien erfolgreich auseinanderzusetzen.

Namhafte Wirtschaftsexperten sprechen heute ganz offen von einem technologischen Nachholbedarf in Österreich.

Gerade in diesem beschäftigungswichtigen Bereich hat die Volkspartei seit vielen Jahren konstruktive Vorschläge unterbreitet, wie zum Beispiel die Schwerpunktbildung im Förderungswesen, Beschränkung auf die unbedingt notwendige Verwaltung, Entschärfung der Progressionswirkung in der Einkommensbesteuerung, Einführung einer Steuergutschrift für Ausbildungsaktivitäten, die Reduzierung ertragsunabhängiger Steuern, Aufbau eines entsprechenden Risikokapitalmarktes — wobei wir sehr lobenswert noch einiges zu erwarten haben; es wurde schon darauf hingewiesen, glaube ich, vom Herrn Finanzminister —, Aufbau einer selektiven steuerlichen Investitionsförderung, um nur einige wenige Punkte einer konstruktiven Wirtschafts- und Technologiepolitik zu nennen.

Die sozialistisch-freiheitliche Regierung hat darauf zögernd, wenn überhaupt reagiert, und es wäre zu wünschen, daß sie diesmal bei diesen Vorschlägen rechtzeitig und rasch reagiert, dann brauchten wir nicht nach sieben Jahren draufzukommen, daß die Kritik richtig war. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Arbeit, Hohes Haus, gibt den Menschen mehr als materielle und soziale Sicherheit. Aus ihr bezieht er, der Mensch, sein Selbstwertgefühl. Die Volkspartei sieht es daher als eine der wesentlichsten Aufgaben des Staates an, alles zu unternehmen, daß junge Menschen ins Arbeitsleben eingegliedert werden können.

Die Volkspartei fordert daher höchste Priorität für die Schaffung neuer, zukunftsorientierter Arbeitsplätze, besondere Gründerinitiativen für neue, für junge Unternehmer, eine Technologieoffensive, mehr Privatinitiativen und weniger Staat, die Nutzung der Forschung und Entwicklung für eigene österreichische Unternehmungen und neue Leistungsanreize für die Arbeitnehmer und für die Unternehmer.

Die Volkspartei wird daher im Bereich ihrer Möglichkeiten alles tun, daß die jungen Menschen eine Arbeit und eine Lehrstelle finden. Wir sind überzeugt, daß die schwierige wirtschaftliche, die schwierige technologische

Situation nur gemeinsam mit den jungen Menschen in diesem Land gemeistert werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.36

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ressel.

17.36

Abgeordneter Ing. Ressel (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Burgstaller hat sich sehr eingehend mit der Frage der Jugendbeschäftigung auseinandergesetzt und kommt zu dem Schluß, daß einzig und allein die Bundesregierung dafür zuständig sei. Das steht wieder im Gegensatz zu dem, was Präsident Sallinger hier gemeint hat, als er zum Ausdruck gebracht hat, daß für Erfolge ausschließlich Unternehmer und Beschäftigte zuständig seien. Damit zeigt sich wieder einmal diese krasse Schwarzweißpolitik.

Auf die Frage: Wer soll nun tatsächlich etwas für die Jugendbeschäftigung tun?, könnte man dem Abgeordneten Burgstaller, der auch steirischer stellvertretender Landesparteiobmann ist, antworten: mit seinem Dr. Krainer, mit seinem Landeshauptmann, reden, denn er war es ja, der beispielsweise das Sonderwohnbauprogramm abgelehnt hat! Wäre das von der Steiermark zeitgerecht angenommen worden, dann wären sehr viel mehr Beschäftigte in der Steiermark.

Dr. Krainer geht sehr großzügig mit den Mitteln um. Denken Sie nur an seine Antwort in der letzten Landtagssitzung! Auf die Frage, was mit der steirischen Milliarde im Zusammenhang mit Zwentendorf ist, war seine Antwort: Diese Milliarde ist abgeschrieben! — Das müßte er einmal denen sagen, die in der Steiermark eine Wohnung suchen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben einen Fehlbestand von 50 000 Wohnungen in der Steiermark, wir haben Wartezeiten auf Wohnbaukredite von zweieinhalb Jahren, und der Landeshauptmann antwortet in der Landtagssitzung, daß 1 Milliarde für Zwentendorf abgeschrieben ist, und verkündet mit der gleichen Leichtigkeit, daß es ohne weiteres möglich ist, für Abfangjäger wesentlich mehr Geld auszugeben. Wissen Sie, das sind also die Probleme!

Und dann ist diese gleiche Landesregierung beim Projekt in Pöls beteiligt und schaut zu, welche pseudowissenschaftlichen Atteste dort ausgestellt werden. Das ist meiner Meinung nach — das sage ich Ihnen — ein echter Skandal, was sich jetzt im Raume Pöls tut, wo

Ing. Ressel

unter dem Deckmantel eines Professorentitels Atteste ausgestellt werden, Gutachten abgegeben werden, die jeder empirischen wissenschaftlichen Methode widersprechen! — Das ist also das Problem.

Und zum anderen müßte man fragen: Was tut das Land Steiermark dazu, daß dieses OKI-Werk in der Umgebung von Graz angesiedelt werden kann? Andere Bundesländer bemühen sich, und wir verabsäumen es, die Bevölkerung darauf vorzubereiten, daß dort 1 000 Arbeitsplätze mit Hilfe der Bundesregierung, auch mit Hilfe der Landesregierung geschaffen werden; aber wir bereiten den Boden nicht auf. — Das ist also die große Problematik.

Gerade wir in der Steiermark haben es ja nötig, daß wir um jeden einzelnen Arbeitsplatz ringen. Sie wissen ja ganz genauso wie ich, wie schwer wir von den Schwierigkeiten in der Eisen- und Stahlindustrie betroffen sind.

Ich selber komme aus der Papier- und Zellstoffindustrie und habe erlebt, wie schwierig der Strukturwandel, die Strukturveränderung gerade in diesem Bereich durchzuführen gewesen ist. Diese Strukturveränderung zieht sich wie ein roter Faden durch die sozialistische Regierungspolitik, weil sie ja bereits Mitte der siebziger Jahre für diesen Bereich, für diese Branche begonnen hat und erschwert wurde durch die damaligen Erkenntnisse auch im Umweltschutz. Der eigentliche Anstoß damals — das sollte man nicht vergessen! —, das Startsignal war die Mur-Verordnung, wo diesem Industriebereich vorgeschrieben wurde, bis 1978/79 die Güteklasse der Mur um eine Stufe anzuheben.

Wenn heute in verschiedenen Bereichen davon gesprochen wird, daß die Förderungsmittel, die in diesen Industriebereich hineingegeben wurden, zu hoch sind, so vergißt man, glaube ich, geflissentlich, daß allein in dieser Branche 4 Milliarden Schilling für umweltverbessernde Maßnahmen investiert wurden. In diesen 4 Milliarden sind keinesfalls rentabilitätserhöhende Investitionen enthalten. Und da darf man nicht vergessen, daß diese Investitionen voll in die Kostenrechnung einfließen und daß es daher enormer Anstrengungen bedurft hat.

Wenn wir weiters berücksichtigen, daß die gesamte Branche etwas mehr als zwei Drittel Exportanteil hat, dann wissen wir, wie wichtig dieser Bereich für unsere Leistungsbilanz ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Und in diesem Zusammenhang sollte es auch Berücksichtigung finden, daß der Rohstoff für diesen Produktionszweig einer der wenigen Rohstoffe ist, die immer wieder nachwachsen, und daß auch das Produkt, das herauskommt, sehr umweltfreundlich ist.

Die Technologie in der Zwischenstufe ist es, die derzeit noch nicht mit jener Umweltschonung betrieben wird, die wir uns wünschen. Hier wurden die Förderungsmittel eingesetzt, und die Ergebnisse, die wir heute haben, zeigen, daß wir sowohl im Umweltbereich als auch im wirtschaftlichen Bereich enorme Erfolge erzielt haben. Im Jahre 1984 hat es in Österreich kein papier- und zellstofferzeugendes Unternehmen gegeben, das nicht Gewinn gemacht hätte.

Warum ich mich darüber ausbreite? Ganz einfach deshalb, weil ähnliche Strukturmaßnahmen mit einem weitaus größeren Kostenaufwand im Eisen- und Stahlbereich betrieben werden und ich aus den hier festgestellten Erfolgen in den Branchen Papier — Zellstoff, Textil, Bekleidung und Leder durchaus die Zuversicht ziehe, daß sich der gleiche Erfolg auch in der Eisen- und Stahlindustrie einstellen wird.

Ich glaube, daß es hier nicht nur um betriebswirtschaftliche, sondern auch um gesellschaftspolitische und sozialpolitische Fragen geht. Ich finde es geradezu einmalig, wie wir diesen Problemkreis bei uns in Österreich lösen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe im vergangenen Sommer die Chance gehabt, einiges in Großbritannien zu sehen. Ich war in den Bezirken Hackney und Brixton in London, jenen Bezirken mit der größten Arbeitslosigkeit. Ich habe dort zufällig die Frauen und Kinder der coal-miners getroffen, die auf einem Protestmarsch durch London waren, weil sie der englischen Königin eine Petition überreicht haben, und ich habe mit ihnen gesprochen. Ich kann euch sagen: Damals war ich wirklich erschüttert, als ich bei diesen Menschen die Angst auf der einen Seite und die Aggression auf der anderen Seite gesehen habe! Man hat damals schon sehr unschwer voraussagen können, welche eruptive Gestalt die Gewaltausbrüche in dieser Gesellschaft dort werden annehmen können.

Vergleicht man dann — die Verstaatlichte bei uns ist durchaus mit der Kohleindustrie in England vergleichbar —, wie wir diese Probleme lösen, dann, glaube ich, kann man

Ing. Ressel

sagen: Das ist ein uns vor der ganzen Welt ausgestellt Zeugnis, das eben sagt, daß für uns tatsächlich der Mensch das entscheidende ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben in den letzten Jahren vor allen Dingen die phantastische Situation erlebt, daß Wettbewerbserhöhung einerseits und umweltverbessernde Maßnahmen andererseits mit neuen Forschungsinitiativen gekoppelt sind, und wir erleben, daß wir in einer gleichsam überhöhenden neuen Technologie die Zukunft für wesentliche Industriezweige in Österreich setzen. Das zeigt einfach — Kollege Veselsky hat ja dazu ein Beispiel gebracht —, wie stark die innovative Kraft in uns ist und daß die Rahmenbedingungen durch die Bundesregierung gesetzt wurden, diese Kräfte freizusetzen.

Vergleichen wir aus der Branche Papier und Zellstoff uns beispielsweise mit Japan, so werden wir feststellen, daß wir in Österreich durchaus auch den Standard der Umweltschutzeinrichtungen, die in Japan so hochgepriesen werden, besitzen.

Zum anderen darf ich sagen, daß die Investitionsprämien für strukturschwache Gebiete wie zum Beispiel die Steiermark von sehr großer Bedeutung waren. Die Forschungsförderung hat neue Akzente gesetzt. Daß die Streichung der Kapitalertragsteuer für alle Unternehmen von enormer Bedeutung war, braucht hier nicht betont zu werden. Jeder, der momentan die Hausse auf unserem Aktienmarkt an der Börse erlebt, weiß, wie sehr das zur Belebung der österreichischen Industrie, sollte es von Dauer sein, wird beitragen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß auch der Pressedienst der Industrie diese Arbeit anerkennt, geht aus der letzten Meldung vom 14. Juni hervor, wo eindeutig zum Ausdruck gebracht wird, daß es falsch wäre, nach dem Auslaufen der Zinsstützungsaktionen für die Papier-, die Textil-, die Bekleidungs- und die Lederindustrie Branchenaktionen überhaupt ersatzlos zu streichen. Es wird hier noch weiter ausgeführt, der Strukturverbesserungseffekt der mit den Förderungsmitteln durchgeführten Investitionen sei beachtlich, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der geförderten Branchen konnte erhöht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie uns das als Resümee sehen, lassen Sie uns das aber auch gleichzeitig als die Aufforderung sehen, in Zukunft im gleichen Gei-

ste weiterzumachen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.49

Präsident: Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Dr. Rabl-Stadler.

17.49

Abgeordnete Dr. Helga Rabl-Stadler (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, am heutigen Tag fand ein faires politisches Kräfteressen in Sachen Wirtschaft statt. Daß ausgerechnet einer der wichtigsten Minister in Sachen Wirtschaft, Vizekanzler Steger, nie da ist, zeigt, wie abgetreten die FPÖ in dieser Regierung zu diesem Thema ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Natürlich haben Sie als die Regierungsparteien vorwiegend die positiven Daten der Wirtschaft gebracht, und natürlich haben wir die negativen Aspekte beleuchtet, um das sonst zu rosig ausfallende Bild ins rechte Licht zu rücken. Ich glaube, beides ist legitim.

Nicht legitim, sondern unehrlich ist es hingegen, wenn Worte und Daten weit auseinanderklaffen. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich glaube, besonders kraß ist das beim Thema Mittelstand. Den hätscheln Sie — vor allem die FPÖ hat das heute in ihrer Wortmeldung getan — auch verbal, seit Sie merken, wie stark die Zustimmung der Bevölkerung für die Mittelstandsoffensive der ÖVP ist. Den entmutigen Sie aber nach wie vor tagtäglich in der Praxis.

Mit der der Letztrednerin zustehenden Bescheidenheit führe ich dazu nur zwei Beispiele an: Arbeitszeitverkürzung und Förderungspraxis.

Sozialminister Dallinger will offensichtlich an seiner Schocktherapie für die Wirtschaft festhalten. Er forderte gestern wieder, diesmal als Vorsitzender der Privatangestellten-gewerkschaft, die generelle Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden mit 1. Jänner 1986. Das heißt, er ist durch Fakten nicht belehrbar. Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat in seinem umfangreichen Gutachten eindeutig einen anderen Weg als richtig dargestellt. Dieser Weg ist glücklicherweise von den Sozialpartnern auch beschritten worden, und zwar mit einer branchen- und stufenweisen Arbeitszeitverkürzung durch Kollektivvertrag dort, wo es möglich ist, dort, wo es richtig ist.

Der Beirat hat sich ja damals sogar wegen der unkalkulierbaren Folgen geweigert, die Auswirkungen der 35-Stunden-Woche modell-

Dr. Helga Rabl-Stadler

haft darzustellen. Er behandelte nur die Folgen der 38-Stunden-Woche. Das heißt, Minister Dallinger will der Mehrheit der Klein- und Mittelbetriebe eine Arbeitszeitverkürzung aufbrummen, in bezug auf die bei der Beurteilung von deren Auswirkungen selbst der Beirat bei seiner Prognose überfordert ist. — Herr Abgeordneter Mühlbacher, passen Sie auf! Sie haben bei dieser Handelskammerwahl schon so viel verloren, und ich wundere mich, daß Sie so fröhlich sind nach dieser Schlappe. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mühlbacher: Das, was Sie gewonnen haben durch mich...!)* Ja man sieht schon, Sie sind ein alter politischer Hase, der viel verdauen kann; ich würde da etwas kleinlaut auftreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Ich habe in Salzburg in meinem Wahlbezirk 83 Prozent Wahlbeteiligung gehabt. Wenn man nur die Sektion Handel nimmt, wo auch Abgeordneter Haigermoser ist, hat dort weder die SPÖ noch die FPÖ ein Mandat errungen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mühlbacher: Da hat die Handelskammer einen ganzen Tag telefoniert auf unsere Kosten!)* Nur: Milde und sanft und weise im Siegen, wie wir sind, haben wir Ihnen zwei Sitze eingeräumt. *(Ruf bei der ÖVP: Da schau her! Oje!)*

Zu den Umfragen. Auch die Umfragen ergeben seit 1978 ein stetes Bild der Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung. International hat sich gezeigt, daß sich auf dieser Front auch nicht soviel tut, wie sich das der Sozialminister wünscht. Zum Beispiel sind sich nach den letzten Berichten aus Deutschland Arbeitgeber und Arbeitnehmer uneinig, ob es der Konjunkturaufschwung oder die Arbeitszeitverkürzung ist, die bewirkt haben, daß die Arbeitsplätze nur gehalten werden konnten. Das heißt aber auch, daß es sich bei der Arbeitszeitverkürzung keinesfalls, wie Minister Dallinger gestern sagte, um eine „existenzielle Frage handelt, an deren Durchsetzung die Gewerkschaft gemessen wird“. Existenziell ist vielmehr eine Steuersenkung für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber *(Beifall bei der ÖVP)*, eine Meinung, die ja, glaube ich, auch Präsident Benya mit uns teilt. *(Abg. Dr. Mock: Die Frage ist, ob er sich durchsetzt!)*

Bedauerlich beim Thema Arbeitszeit ist auch die eigentlich eher rüde Ablehnung des Sozialministers, über den Vorschlag der Bundeswirtschaftskammer betreffend das Thema „Jahresarbeitszeitverträge, Bandbreitenmodelle“ einmal zu reden. Selbst Bundeskanzler Sinowatz hat einmal gesagt, er finde es unsinnig, daß zum Beispiel in der Bauwirtschaft je

nach Saison entweder Überstunden gemacht werden oder Arbeitslosigkeit herrscht. Also ich glaube, man sollte da wirklich überlegen und nicht deshalb auf mehr Arbeitszeitfreiheit verzichten, weil die nicht in die Ideologie paßt.

Ganz interessant war für mich zum Thema „Arbeitszeitverkürzung“ auch eine Stellungnahme des Finanzministers in seiner heutigen Unterlage. Da steht:

„Die österreichische Industriestruktur ist dadurch gekennzeichnet, daß Arbeitskräfte und Kapital regional sehr unterschiedlich dicht verteilt sind. Auch die wirtschaftlichen Erträge weichen von Gebiet zu Gebiet stark voneinander ab.“ Und — so Vranitzky —: „Die Milderung dieser Diskrepanzen ist Aufgabe der Regionalpolitik?“

Die Verstärkung dieser Nachteile ist offensichtlich Ziel der Dallingerschen Arbeitszeitpolitik, denn durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung würde in diesen Regionen der Facharbeitermangel noch größer werden, als er ohnehin schon ist.

Ich glaube, Herr Minister, an dieser Stelle können wir von der ÖVP uns recht loben, und Sie haben Glück, daß wir bisher die generelle Arbeitszeitverkürzung verhindert haben, denn sonst wären manche der Wirtschaftsdaten, die für Sie heute recht gut ausschauen, weit schlechter.

Ich nehme nur das Thema Export. Sie haben ja sehr ehrlich in Ihrem Bericht angeführt, wie schwach es um den privaten Konsum im Inland steht. Das heißt, die ganze Belebung kommt aus dem Ausland, und hätten wir bereits die 35-Stunden-Woche, wäre unsere Wettbewerbsfähigkeit um vieles schlechter. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zweites Beispiel: Förderungspolitik. Hier heißt es in Ihrem Bericht unter „Handlungsschwerpunkt der Bundesregierung“:

„Im Rahmen einer Arbeitsgruppe, in der neben den zuständigen Ressorts auch die Sozialpartner vertreten sind, sollen Grundlagen für eine Neugestaltung des direkten Förderungswesens und einen Abbau administrativer Erschwernisse geschaffen werden.“

Wir begrüßen diese Bestrebungen sehr, denn es muß endlich Schluß gemacht werden mit der Überforderung der Kleinen und der Überförderung der Großen. Es ist schlicht unerträglich, daß nur 14 Prozent der Direkt-

Dr. Helga Rabl-Stadler

förderung in jenen Sektor gehen, wo 98 Prozent der Unternehmer sind. Es ist weiters unerträglich, daß die direkte Investitionsförderung eine immer größere Rolle gegenüber der indirekten spielt. Dazu nenne ich folgende Zahlen: 1970 wurden 17 Prozent der Investitionsförderungsmittel direkt ausgeschüttet und 83 Prozent indirekt; jetzt lautet das Verhältnis: 46 Prozent direkt zu 54 Prozent indirekt.

So erfreulich der Vorsatz ist, den Förderungsdschungel zu durchforsten, so bedenklich scheinen mir wieder einmal die Taten zu sein. Während nämlich die Arbeitsgruppe noch tagt, werden bei der mittelständischen Wirtschaft bereits scheibchenweise Förderungen gestrichen.

Mein Kollege Lußmann hat eine Anfrage bezüglich Kürzung der ERP-Kredite für den Fremdenverkehr gemacht. Es ist doch ein Wahnsinn, daß man gerade dem Fremdenverkehr, der eine der Säulen der österreichischen Wirtschaft ist, Mittel entziehen will, obwohl erwiesen ist, daß jene Betriebe, die schlechter ausgestattet sind, im letzten Jahr einen größeren Einbruch hatten. Das bedeutet, daß zur Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft umfangreiche Investitionen notwendig sind. Es geht nicht an, daß zur selben Zeit, zu der man bei der Privatwirtschaft spart, die Verstaatlichte Milliarden bekommt.

Ich bitte Sie, nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, daß es nicht besser ist, einmal tausend Arbeitsplätze zu sichern als tausendmal einen! Beides ist uns gleich wert! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen die Verstaatlichte nicht benachteiligen, wir brauchen auch die Großen und nicht nur die Kleinen. Aber derzeit besteht das Problem, daß immer nur die Kleinen benachteiligt werden, obwohl sich auch international gezeigt hat, daß gerade die Klein- und Mittelbetriebe der Motor der Entwicklung und der Beschäftigung sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Interessant aus dem OECD-Bericht dazu folgende Zahl: Die Produktivität der gesamten verstaatlichten Industrie ist von 1973 bis 1983 nur um 1 Prozent gewachsen. Die Produktivität der Privaten hingegen stieg um 60 Prozent. Das heißt eigentlich: Der gesamte strukturelle Anpassungsdruck wird auf die Privatwirtschaft überwältigt *(Zustimmung bei der ÖVP)*, ein ganzes verstaatlichtes Drittel der

Industrie entzieht sich diesem Druck, und dafür wirft man dem Privaten noch Prügel vor die Füße!

Auch in diesem Lichte ist die Förderungspraxis der Regierung mehr als bedenklich.

Dazu noch einmal das Beispiel Andritz, das wahrlich kein rühmliches ist: Allein die ersten 2,8 Milliarden, die Andritz bekam, sind so viel, wie in zwei Jahren aus der BÜRGE-Aktion den Klein- und Mittelbetrieben zur Verfügung steht. Das ist ja besonders bedenklich, weil wir gerade, wie auch der OECD-Bericht aufzeigt, bei Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen leider noch einen großen Nachholbedarf haben.

Oder das zweite Beispiel: Der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft gibt im Jahr etwas über 600 Millionen aus. Das ist nicht einmal ein Viertel von der ersten Tranche für Andritz!

Dieses Ungleichgewicht ist für uns vom Mittelstand doppelt schmerzlich, kämpft doch der Mittelstand, wie schon meine Vorredner gesagt haben, seit Jahren gegen die Eigenkapitalauszehrung an. So wiesen zum Beispiel 1983 beim Gewerbe viele Branchen weniger als 10 Prozent Eigenkapitalanteil aus.

Das heißt: Wir von der ÖVP sind sofort bereit, über eine Änderung der Förderungen zu reden, aber unter einigen Voraussetzungen: Es darf die Förderung nicht noch selektiver werden. Es darf nicht herauskommen, daß eine Förderungsallmacht für Lacina entsteht. Das ist nicht persönlich gegen Minister Lacina gerichtet. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! Es tut nie gut, wenn einer zuviel Geld und zuviel Macht hat.

Leider ist Abgeordneter Mühlbacher nicht da. Wir haben nämlich da eine sehr klare Linie: Wir geben gerne etwas von der Direktförderung ab, wenn dafür die Unternehmer eine Steuersenkung bekommen! *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn wir von der ÖVP wollen aus Überzeugung den Unternehmer nicht mit Förderungen ans Gängelband nehmen, sondern wir wollen ihm durch eine gute Politik zum Wirtschaften aus eigener Kraft verhelfen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.03

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in dieser Sitzung die Anfragen 1445/J bis 1461/J eingelangt sind.

Nationalrat XVI. GP — 97. Sitzung — 26. Juni 1985

8677

Präsident

Die nächste Sitzung des Nationalrates ordnung vorgesehenen Mitteilungen und
berufe ich für morgen, Donnerstag, den Zuweisungen erfolgen.
27. Juni 1985, um 9 Uhr ein.

In dieser Sitzung findet eine Fragestunde
statt. Außerdem werden die in der Geschäfts- Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 04 Minuten